

8. Parteitag, 1. Tagung der Partei DIE LINKE  
Erfurt, 24. bis 26. Juni 2022

# Antragsheft 1

**DIE LINKE.**



# Inhaltsverzeichnis

<b>Einladung</b> des Bundesgeschäftsführers .....	Seite 5
<b>Einladung</b> zum Frauenplenum .....	Seite 6
<b>Einberufungsbeschluss</b> .....	Seite 7
<b>Allgemeines</b> .....	Seite 9
Organisatorische Hinweise .....	Seite 11
Social Media .....	Seite 18
Verwendung der Software OpenSlides .....	Seite 19
Wahlordnung .....	Seite 21
<b>Berichte</b> .....	Seite 27
Bericht des Bundesausschusses .....	Seite 29
Bericht der Europäischen Linken .....	Seite 35
Bericht der Historischen Kommission .....	Seite 37
Bericht der Inklusionsbeauftragten .....	Seite 39
Neunter Gleichstellungsbericht .....	Seite 41
<b>Anträge</b> .....	Seite 77
<i>Anträge zu den Regularien des Parteitags</i> .....	Seite 79
Tagesordnung .....	Seite 79
Zeitplan .....	Seite 79
Geschäftsordnung .....	Seite 80
Gremien .....	Seite 85
<i>Anträge zur Finanzordnung und Satzungsanträge</i> .....	Seite 87
Weitere Satzungsanträge .....	Seite 122
<i>Anträge von grundsätzlicher Bedeutung (§ 17 (5) Satzung)</i> .....	Seite 93
Leitantrag L01 <i>Gemeinwohl statt Profit. Klimagerechtigkeit statt Aufrüstung. DIE LINKE ist bereit für die neue Zeit</i> .....	Seite 93
Leitantrag L02 <i>DIE LINKE aufbauen</i> .....	Seite 101
Leitantrag L03 <i>Keine Aufrüstung, kein Krieg. Für eine neue Friedensordnung und internationale Solidarität</i> .....	Seite 107
Leitantrag L04 <i>Neuer Aufbruch für uns und unser Land</i> .....	Seite 113
Leitantrag L05 <i>Konkrete Zukunftskonzepte für eine sozialistische Gesellschaft entwickeln</i> .....	Seite 120

## **Impressum/Kontakt**

Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE  
Kleine Alexanderstr. 28  
10178 Berlin  
*[www.die-linke.de](http://www.die-linke.de)*

Redaktionsschluss: 26. April 2022

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Gäste,

ich lade Euch recht herzlich zur 1. Tagung des 8. Parteitags ein. Sie wird vom 24. bis 26. Juni 2022 stattfinden in der

Messe Erfurt, Gothaer Str. 34, 99094 Erfurt ([www.messe-erfurt.de](http://www.messe-erfurt.de)).

Im Mittelpunkt des Parteitags werden die Neuwahl des Parteivorstands und die Debatten zu den vorliegenden Leitanträgen stehen. Hinzu kommen Anträge zur Änderung der Satzung.

Nach über drei Jahren werden wir uns bei diesem Parteitag erstmals wieder in Präsenz treffen. Ich bin überzeugt davon, dass unser »echtes« Treffen das typische »Parteitagsgefühl« entstehen lassen wird, das wir alle so vermisst haben. Das direkte Wiedersehen und die vielen direkten Gespräche sind ein sehr wichtiges Element für uns als sozialistische Partei.

Gleichzeitig werden wir die Erfahrungen der vergangenen virtuellen Parteitage nutzen, um unsere gemeinsame Arbeit auf dem Parteitag zu effektivieren. So wollen wir wieder mit der Konferenzsoftware **OpenSlides** arbeiten und damit die Antragsberatung und die Abstimmungen erleichtern und beschleunigen.

Das vorliegende Antragsheft enthält u. a. die **Leitanträge des Parteivorstands**, die Tagesordnung, den Zeitplan, die Geschäftsordnung und Hinweise zur Konferenzsoftware.

Parallel zum **Frauenplenum** wird am Freitagabend ein Workshop zu »Kritischer Männlichkeit« stattfinden. Zugleich werden wir an diesem Abend den Clara-Zetkin-Frauenpreises verleihen. Ebenfalls am Freitagabend findet unser Plenum für **Menschen mit Migrationsgeschichte** statt.

Alle Informationen zum Parteitag werden auch im Internet unter [www.die-linke.de](http://www.die-linke.de) veröffentlicht.

Der weitere Verlauf der Coronapandemie wird von uns genau im Blick behalten. Nach dem bisherigen Stand können sich interessierte Besucher\*innen akkreditieren und dem Parteitag beiwohnen. Natürlich wird es auch eine Live-Übertragung für Interessierte geben.

Ich heiße auch die Vertreterinnen und Vertreter der Medien herzlich willkommen.

Wenn Ihr **Fragen zum Parteitag** habt, dann wendet euch bitte an Ulrike Liersch, Leiterin des Organisationsbüros:

DIE LINKE Bundesgeschäftsstelle  
Tel.: 030 24009-537  
E-Mail: [ulrike.liersch@die-linke.de](mailto:ulrike.liersch@die-linke.de)

Ich wünsche uns allen einen erfolgreichen Bundesparteitag.

Solidarische Grüße und bleibt gesund!



Jörg Schindler  
Bundesgeschäftsführer

## Einladung zum Frauenplenum

der 1. Tagung des 8. Parteitages der Partei DIE LINKE

Liebe Genossinnen,

der Parteivorstand hat mit Beschluss vom 24. April 2022 die 1. Tagung des 8. Parteitages der Partei DIE LINKE für den 24. bis 26. Juni 2022 einberufen. Der Parteitag findet in der Messe Erfurt, Gothaer Str. 34, 99094 Erfurt, statt.

Das Frauenplenum der 1. Tagung des 8. Parteitages wurde durch den Parteivorstand für **Freitag, 24. Juni 2022, 19 bis 21 Uhr** einberufen.

Der Parteivorstand schlägt folgende Tagesordnung für das Frauenplenum vor:

1. Eröffnung des Frauenplenums
2. Diskussion und ggf. Beschlussfassung zu Inhalten des Parteitages
3. Weitere Anträge

Die Themen des Frauenplenums ergeben sich aus der Tagesordnung des Parteitages.

Im Anschluss an das Frauenplenum findet die Verleihung des Clara-Zetkin-Frauenpreises 2022 in der Messe Erfurt statt.

Solidarische Grüße



Jörg Schindler  
Bundesgeschäftsführer

## Einberufung des 8. Parteitages

1. Der Parteivorstand beruft mit Beschluss vom 23./24. April 2022 die 1. Tagung des 8. Parteitages der Partei DIE LINKE für den 24. bis 26. Juni 2022 nach Erfurt ein. Tagungsort ist die Messe Erfurt, Gothaer Str. 34, 99094 Erfurt.  
**Die Parteitagstagung beginnt am Freitag, 24. Juni um 12 Uhr und endet am Sonntag, 26. Juni 2022 um 15 Uhr.**
2. Der Parteivorstand schlägt für die 1. Tagung des 8. Parteitages folgende vorläufige Tagesordnung vor:
  1. Eröffnung und Konstituierung der 1. Tagung des 8. Parteitages der Partei DIE LINKE
  2. Reden der Vorsitzenden der Partei DIE LINKE
  3. Berichte an den 8. Parteitag der Partei DIE LINKE:
    - Tätigkeitsbericht des Bundesausschusses
    - Bericht der Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag
    - Bericht des Präsidenten der EL
    - Bericht des Fraktionsvorsitzenden der Fraktion The Left im EP
    - Bericht des Ältestenrates
    - Bericht aus dem Frauenplenum
    - Gleichstellungsbericht
    - Bericht der Inklusionsbeauftragten
    - Bericht des Jugendverbandes und des Studierendenverbandes
  4. Generaldebatte
  5. Beschlussfassung zu den Leitanträgen des Parteivorstandes
  6. Beschlussfassung zu Satzungsanträgen
  7. Beschlussfassung zu Finanzfragen
  8. Beratung und Entscheidung weiterer Anträge an die 1. Tagung des 8. Parteitages
  9. Wahlen des Parteivorstandes
  10. Schlusswort.
3. Antragsschluss für die 1. Tagung des 8. Parteitages ist Donnerstag, 12. Mai 2022.  
Antragsschluss für Änderungsanträge zu eingereichten Anträgen ist Mittwoch, 8. Juni 2022.  
  
Die Anträge sind auf der Internetseite <https://linke.openslides.com> in die entsprechende Antragsmaske einzutragen. Wer bislang keinen Zugang für diese Seite hat, kann sich die Zugangsdaten unter der folgenden Adresse geben lassen: [antragskommission@die-linke.de](mailto:antragskommission@die-linke.de),  
Telefon: 030 24009-305.
4. Das Frauenplenum des Parteitages findet am Freitag, 24. Juni 2022 von 19 bis 21 Uhr als ein den Parteitag unterbrechendes Plenum am gleichen Tagungsort wie der Parteitag statt. Die Themen des Frauenplenums ergeben sich aus der Tagesordnung des Parteitages. Parallel findet ein Workshop zur kritischen Männlichkeit statt.
5. Am Parteitag findet ein Plenum für Menschen mit Migrationsgeschichte statt, und zwar am Freitag, 24. Juni 2022, von 21 bis 22.30 Uhr. Das Plenum gibt sich seine Tagesordnung selbst.
6. Der Beschluss des Parteivorstandes zur Einberufung der 1. Tagung des 8. Parteitages wird den Delegierten und den weiteren Teilnehmerinnen und Teilnehmern mit beratender Stimme schriftlich übermittelt.

7. In der Zeit zwischen dem Änderungsantragsschluss und dem Parteitag führt der Parteivorstand mit Antragsteller\*innen Vorberatungen im Online-Format durch, um intensiver, als es auf dem Parteitag möglich ist, Argumente auszutauschen und mögliche Einigungen zu erzielen. Für die Durchführung des Parteitages werden 800 Tausend Euro bereitgestellt.



# **Allgemeine Informationen**



## Organisation des Parteitages

Das Organisationsbüro des Parteitages ist wie folgt zu erreichen:

DIE LINKE Bundesgeschäftsstelle  
Ulrike Liersch  
Tel.: 030 24009-537  
Fax: 030 24009-310  
E-Mail: [ulrike.liersch@die-linke.de](mailto:ulrike.liersch@die-linke.de)

### **ab Dienstag, 21. Juni 2022, 10 Uhr:**

Im Servicecenter der Messe Erfurt  
Raum E.01 und E.02; Ebene 0  
Gothaer Str. 34, 99094 Erfurt  
[www.messe-erfurt.de](http://www.messe-erfurt.de)  
Tel. 0361 400 7051

### **Anmeldung**

Die Anmeldung und Akkreditierung zur 1. Tagung des 8. Parteitages der Partei DIE LINKE erfolgen im Foyer (Halle 1) der Messe Erfurt.

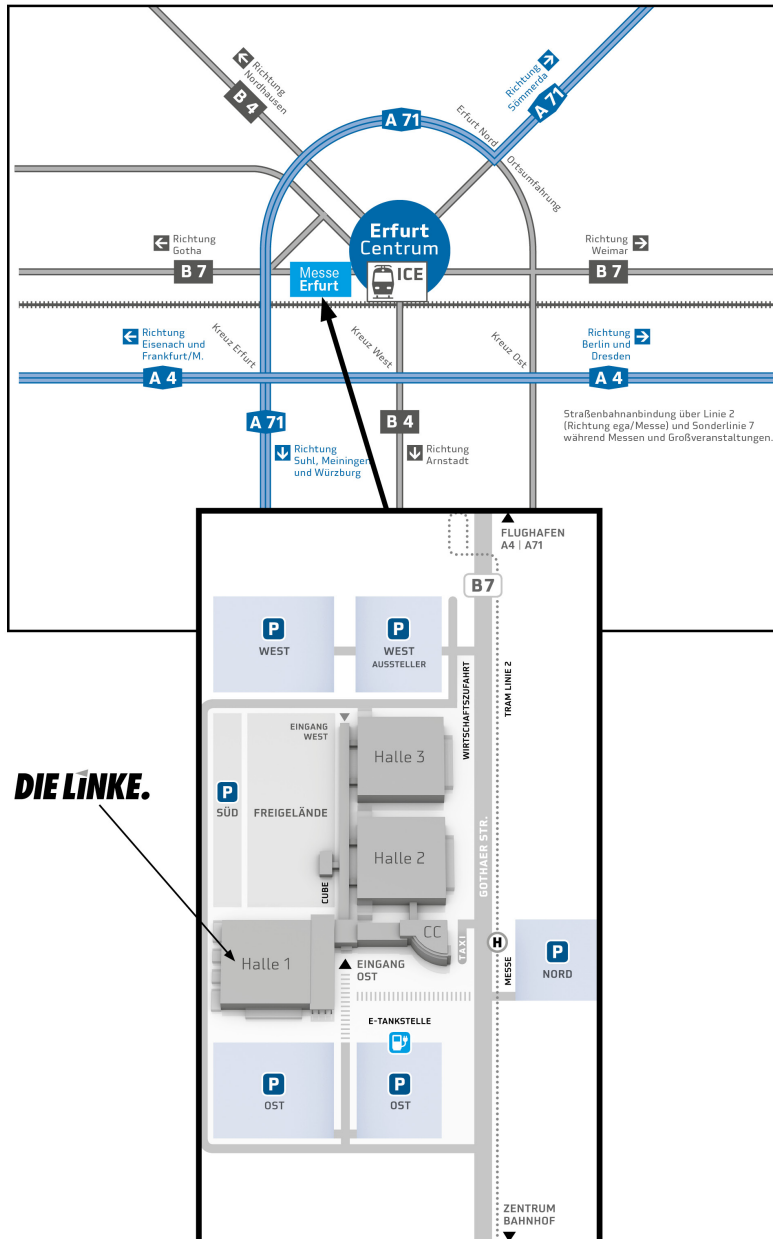
Die Anmeldung ist am Freitag, 24. Juni 2022 **ab 11 Uhr** geöffnet. Am Samstag, 25. Juni und Sonntag, 26. Juni 2022, sind Anmeldung und Akkreditierung **ab 8 Uhr** geöffnet.

An der Anmeldung werden Sichtausweise, gegebenenfalls Hinweise zur Veranstaltungssicherheit unter Corona-Bedingungen sowie weitere Unterlagen ausgegeben.

### **Veranstaltungssicherheit im Kontext von COVID-19**

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Antragsheftes 1 haben sich die Bestimmungen zur Veranstaltungssicherheit unter Covid19 unmittelbar geändert, sodass das Hygienekonzept zur Veranstaltungssicherheit auf dem Bundesparteitag erst in dem folgenden Antragsheft veröffentlicht wird.

## Anreise



### Öffentliche Verkehrsmittel:

Wer mit dem Zug am Erfurter Hauptbahnhof ankommt, fährt mit den Straßenbahnlinien 1 (Richtung Europaplatz), 4 (Richtung Bindersleben), 6 (Richtung Rieth) eine Station zu »Am Anger« und steigt dort in die Straßenbahnlinie 2 (Richtung »P+R Platz Messe«). Die Straßenbahnlinie 2 fährt direkt zur Messe (Ausstieg ist am Haltepunkt »Messe«).

Alternativ kann man die 600 Meter vom Erfurter Hauptbahnhof zur Station »Am Anger« auch laufen.

## Mit dem Auto:

Das Messegelände ist sehr gut ausgeschildert. Es ist auf schnellem und direktem Weg über die Autobahn zu erreichen.

Von Berlin / Leipzig kommend auf der A9 bis zum Hermsdorfer Kreuz, dann auf die A4 in Richtung Frankfurt a.M. bis zur Autobahnabfahrt Erfurter Kreuz / Messe Erfurt, weiter auf der A71 Richtung Erfurt.

Von Hamburg / Hannover / Kassel kommend auf der A7 bis Kirchheimer Dreieck, dann auf die A4 in Richtung Dresden bis zur Autobahnabfahrt Erfurter Kreuz / Messe Erfurt, anschließend weiter auf der A71 in Richtung Erfurt.

Von Frankfurt a.M. (A5), aus dem Ruhrgebiet (A44) auf der A7 bis Kirchheimer Dreieck kommend, danach auf die A4 Richtung Dresden bis zur Autobahnabfahrt Erfurter Kreuz / Messe Erfurt, anschließend weiter auf der A71 in Richtung Erfurt.

Von München / Nürnberg auf der A73 Richtung Bamberg bis zum Autobahndreieck (20) Suhl, Wechsel auf die A71 in Richtung Erfurt, Verlassen der A71 an der Anschluss-Stelle (11) Erfurt-Bindersleben in Richtung Flughafen / Messe.

Von Stuttgart / Würzburg auf der A7 bis Dreieck Schweinfurt, dann auf der A70 bis Autobahndreieck Werntal, danach auf die A71 in Richtung Erfurt (bitte der Ausschilderung »Messe« folgen).

Bei der Parkplatzsuche ist ein dynamisches Parkleitsystem behilflich, das Euch schnell zu freien Besucher\*innenparkplätzen führt. Das Tagesticket für einen PKW kostet 5,00 EUR.

## Anträge

**Antragsschluss für Anträge** ist am Donnerstag, 12. Mai 2022, 24 Uhr.

**Antragsschluss für Änderungsanträge** zu eingereichten Anträgen ist am Mittwoch, 8. Juni 2022, 24 Uhr.

Die Anträge sind auf der Internetseite <https://linke.openslides.com> in die entsprechende Antragsmaske einzutragen. Wer bislang keinen Zugang für diese Seite hat, kann sich die Zugangsdaten unter der folgenden Adresse geben lassen: [antragskommission@die-linke.de](mailto:antragskommission@die-linke.de).

Laut Geschäftsordnung ist außerdem zu beachten: (

*»(...) Ordentliche Anträge, die von Landesverbänden, Kreisverbänden, Ortsverbänden gemäß § 13 Abs. 8 der Bundessatzung, dem Frauenplenum des Parteitag, bundesweiten Zusammenschlüssen, von der linksjugend [solid], vom Studierendenverband DIE LINKE.SDS, von Organen der Partei oder Arbeitsgremien des Parteitages gestellt werden oder für die **zum Zeitpunkt der Antragstellung** von mindestens 25 Delegierten die Unterschriften vorliegen, sind vom Parteitag zu behandeln.«*

Kontakt zur Antragskommission:

DIE LINKE Bundesgeschäftsstelle  
Antragskommission des Parteitages  
Kleine Alexanderstraße 28  
10178 Berlin

Telefon: 030 24009-305  
Telefax: 030 24 009-310  
[antragskommission@die-linke.de](mailto:antragskommission@die-linke.de)

Die Antragskommission arbeitet vor Ort im Congress Center, EG, im Carl-Zeiss-Saal rechts.

Dringlichkeits- und Initiativanträge mit den laut Geschäftsordnung zum Zeitpunkt ihrer Einreichung benötigten 50 Unterschriften von Delegierten (einschließlich Delegierten-Nummern) können am Arbeitstisch des Tagungspräsidiums vorne neben der Bühne abgegeben werden.

## **Ausschlussklausel**

Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen. Fallen Euch solche Personen auf, dann sagt am Infopunkt oder im Organisationsbüro Bescheid. Unsere Security kümmert sich dann darum.

## **Barrierefreiheit**

Die Barrierefreiheit ist im gesamten Tagungsobjekt gewährleistet. Es werden Gebärdensprachdolmetscher\*innen eingesetzt. Im Servicecenter, Raum E.13 (Ebene 0) gibt es einen Nachteilsausgleichsraum. Besondere Anforderungen von Menschen mit Beeinträchtigungen und deren Assistent\*innen sind bitte dem Organisationsbüro im Vorfeld mitzuteilen.

Genoss\*innen, die auf Grund einer Beeinträchtigung einen blauen Parkausweis haben und somit einen **Behindertenparkplatz** benötigen, parken kostenfrei auf dem **Parkplatz Ost, Reihe A**. Der Ausweis muss an der Zufahrt gezeigt werden bzw. gut sichtbar hinter der Scheibe ausgelegt sein.

Die BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik gibt ein Informationsblatt zur Barrierefreiheit und den Angeboten für Menschen mit Beeinträchtigung auf dem Parteitag heraus. Dieses erhaltet Ihr am Stand der BAG und bei der Anmeldung.

## **Besucher\*innen**

Interessierte können sich entweder auf dem Veranstaltungsgelände akkreditieren und als Besucher\*innen dem Parteitag beiwohnen oder die gesamte Veranstaltung unter [www.die-linke.de](http://www.die-linke.de), auf Facebook oder YouTube online verfolgen.

## **Einkaufen**

Circa 250 Meter, drei Minuten Fußweg, – gegenüber der Messe Erfurt – befindet sich ein großer Supermarkt. Dieser hat Freitag von 7 bis 21 Uhr und Samstag von 7 bis 20 Uhr geöffnet.

## **Flugblätter, Informationen, Zeitungen, Flyer, Handzettel**

Eine Materialverteilung im Plenarsaal ist nicht gestattet und vom Großteil der Delegierten auch nicht gewünscht. Einzelfälle und Ausnahmen entscheidet das Organisationsbüro.

## **Frauenplenum**

Das Frauenplenum findet am **Freitag, 24. Juni 2022 von 19 bis 21 Uhr** als ein den Parteitag unterbrechendes Plenum im Plenarsaal statt. Es ist Bestandteil des Parteitags.

## **Fundsachen**

Fundsachen bitten wir, am Informationspunkt am Stand der Bundesgeschäftsstelle im Foyer der Messe Erfurt abzugeben. Dort kann auch nach verlorenen Gegenständen gefragt werden.

## **Garderobe**

Die Garderobe befindet sich im Foyer der Messe Erfurt.

## **Gastronomie**

Die Versorgung erfolgt ganztägig im Foyer und im Außenbereich der Messe Erfurt auf Selbstzahlendenbasis. Die Preise für Speisen und Getränke sind, wie in vielen Messehallen, relativ hoch und wir können keinen preiswerteren Caterer binden. Nach der Hausordnung der Messe Erfurt ist das

Mitbringen von Speisen und Getränken leider nicht gestattet (es wird jedoch keine Kontrollen danach geben).

### **Hotels und sonstige Unterbringung**

Mit Fragen zur Unterbringung wenden sich Delegierte aus den Landesverbänden bitte an ihre jeweiligen Landesgeschäftsstellen der Partei DIE LINKE.

Die Übernachtung der Delegierten aus den Zusammenschlüssen sowie für Teilnehmer\*innen und Delegierte mit beratender Stimme wird durch die Bundesgeschäftsstelle organisiert.

Im Organisationsbüro sind dafür zuständig:

Christina Beck (Tel.: 030 24009-583) und Eduard Kosminski (Tel.: 030 24009-355),  
E-Mail: [quartier.parteitag@die-linke.de](mailto:quartier.parteitag@die-linke.de);  
vor Ort erreichbar unter: 0151 21274132.

### **Informationspunkt**

Während des Parteitages können über den Informationspunkt am Stand der Bundesgeschäftsstelle im Foyer (Halle 1) der Messe Erfurt Fragen und Wünsche an das Organisationsbüro gerichtet und Auskünfte eingeholt werden, Fundsachen abgegeben und abgeholt sowie Kopier- und Schreibwünsche eingereicht werden.

### **Initiativ- und Dringlichkeitsanträge**

Für das Schreiben von Initiativ- und Dringlichkeitsanträgen ist ein Schreibbüro eingerichtet. Anmeldungen bitte am Informationspunkt (am Stand der Bundesgeschäftsstelle im Foyer, Halle 1).

### **Kandidaturen**

Die Wahlen auf dem Parteitag erfolgen digital auf der Grundlage der Bundessatzung und der Wahlordnung der Partei DIE LINKE. Die auf dem Parteitag digital gewählte Liste aller Parteivorstandsmitglieder wird anschließend in einem abschließenden Wahlgang per Urnenwahl bestätigt.

Mitglieder, die ihre Kandidatur für auf dem Parteitag zu wählende Funktionen vorab öffentlich machen wollen, können **bis spätestens 30. Mai 2022** einen Text (max. 2 000 Zeichen, einschließlich Leerzeichen, im Word-Format) und ein Foto einreichen an:

DIE LINKE Bundesgeschäftsstelle  
Kleine Alexanderstraße 28  
10178 Berlin  
[kandidaturen@die-linke.de](mailto:kandidaturen@die-linke.de)

Die Veröffentlichung erfolgt im Internet unter [www.die-linke.de](http://www.die-linke.de), im Newsletter des Parteivorstandes und in den Delegiertenunterlagen zum Parteitag, die allen Teilnehmer\*innen, Gästen und Pressevertreter\*innen übergeben werden.

Entsprechend der Bundessatzung der Partei können Kandidaturen auch später angemeldet werden, in diesem Falle kann eine Veröffentlichung in den Delegiertenunterlagen nicht gewährleistet werden.

**Fragen an die Kandidierenden** können über <https://www.die-linke.de/erfurter-parteitag-2022/befragung/> eingereicht werden. Fragen, die per Mail oder über einen anderen Weg an die Bundesgeschäftsstelle übermittelt werden, können nicht bearbeitet werden, eine Eingabe über das Portal ist zwingend notwendig. Die Kandidierenden werden über eingegangene Fragen informiert. Auf der Profilsseite der Kandidierenden können auch, soweit vorhanden, Unterstützungserklärungen veröffentlicht werden. Unterstützungserklärungen müssen bitte an [kandidaturen@die-linke.de](mailto:kandidaturen@die-linke.de) geschickt werden, sie werden dann entsprechend auf den jeweiligen Profilsseiten veröffentlicht.

## **Kinderbetreuung**

Während des gesamten Parteitages gibt es eine professionelle Kinderbetreuung. Die Betreuung findet für Kinder ab sechs Monaten statt und wird am Freitag und am Samstag bis max. 21 Uhr und am Sonntag bis 15 Uhr erfolgen.

### **Eine Betreuung von Kindern mit Erkältungssymptomen (auch bei milden Symptomen) ist leider nicht möglich.**

Wir bitten darum, die Kinder – mit Geburtsdatum, Wohnadresse, Telefonnummer (Mobil) der Eltern und dem gewünschtem Betreuungszeitraum – **bis zum 10. Juni 2022** beim Organisationsbüro anzumelden. Spätere Anmeldungen können nur berücksichtigt werden, wenn ein besonderer Grund vorliegt.

Im Organisationsbüro ist dafür zuständig:

Janina Bloch (Tel.: 030 24009-397,  
E-Mail: [janina.bloch@die-linke.de](mailto:janina.bloch@die-linke.de);  
vor Ort: 0151 21274132).

## **Kopieraufträge**

Kopierwünsche können am Informationspunkt (Foyer, Halle 1) abgegeben werden, über die Realisierung entscheidet die Leitung des Organisationsbüros. Eine Materialverteilung im Plenarsaal ist nicht gestattet.

## **Infomeile**

Im Foyer (Eingangsbereich Halle 1) findet Ihr die Infomeile mit Ausstellungs- und Informationsständen. Am Informationsstand der Partei DIE LINKE können sich alle über die notwendigen Maßnahmen zur Veranstaltungssicherheit auf der 1. Tagung des 8. Parteitages der Partei DIE LINKE im Kontext von COVID-19 informieren.

## **Müll**

Parteitage produzieren Müll. Versucht Müll zu vermeiden. Bitte verlasst Euren Bereich im Plenarsaal, wie ihr ihn vorgefunden habt. Die Beseitigung Eures Mülls verursacht bei den Reinigungskräften Rückenschmerzen und bei uns teilweise Kopfschütteln. Bitte hinterlasst keine benutzten Taschentücher, leere Fischdosen oder alte Couches.

## **Parken**

Wir bitten um die Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Es gibt einen Parkplatz der Messe Erfurt, die Parkgebühren betragen 5,00 EUR je Stellplatz am Tag.

Genoss\*innen, die auf Grund einer Beeinträchtigung einen blauen Parkausweis haben und somit einen **Behindertenparkplatz** benötigen, parken kostenfrei auf dem

### **Parkplatz Ost Reihe A.**

Der Ausweis muss an der Zufahrt gezeigt werden bzw. gut sichtbar hinter der Scheibe ausgelegt sein.

## **Parteitageseröffnung**

Die 1. Tagung des 8. Parteitages der Partei DIE LINKE wird am Freitag, 24. Juni 2022, um 12 Uhr im Plenarsaal (Halle 1, Messe Erfurt) eröffnet.

## **Rauchen**

In allen Räumen der Messe Erfurt besteht Rauchverbot. Ein Bereich zum Rauchen, die »Raucherinsel« befindet sich auf dem Vorplatz, am Foyer der Halle 1.



## **Tagungspräsidium**

Das Tagungspräsidium ist über den Arbeitstisch neben der Bühne zu erreichen.

## **Tiere**

Bitte lasst eure Hunde, Katzen, Chamäleons, Vogelspinnen und anderes Getier zu Hause. Das betrifft nicht Begleithunde von Menschen mit Beeinträchtigung.

## **Wahlen**

Die Wahlkommission wird während der gesamten Veranstaltung vertreten sein. Kandidaturen können per E-Mail **bis zum 30. Mai 2022** an [kandidaturen@die-linke.de](mailto:kandidaturen@die-linke.de) abgegeben werden.  
(siehe Punkt Kandidaturen)

## **Wasser**

Auch dieses Jahr wird es wieder für alle Menschen auf dem Parteitag eine kostenlose Wasserversorgung durch – von uns bereitgestellte – Wasserspender geben.

## **Wortmeldungen**

Für Wortmeldungen in der Debatte sind Wortmeldezettel, die es bei der Anmeldung und am Arbeitstisch neben der Bühne gibt, zu benutzen. Die Wortmeldezettel sind am Arbeitstisch abzugeben.

## Social Media beim 8. Parteitag

Wie über unseren Parteitag berichtet wird, überlassen wir nicht allein den großen Medien. Wer sich dafür interessiert, soll Informationen auch direkt von uns bekommen. Ein Social-Media-Team wird live berichten. Es gibt Livestreams bei YouTube, Twitter und Facebook, Posts bei Instagram, Twitter und Telegram – und Ihr könnt mitmachen.

Was könnt Ihr tun?

- Wenn Ihr zum Parteitag postet, benutzt *#LINKEbpt* als Hashtags. Sobald der zentrale Claim feststeht, kommunizieren wir auch noch einen weiteren Hashtag für unseren Parteitag.
- Helft mit, unsere Botschaften zu verbreiten, in dem ihr LINKE Post teilt, liked und diskutiert – freundlich im Ton, konkret in der Sache!
- Den Livestream könnt ihr einbinden. Den Codeschnipsel dafür werdet ihr auf *www.die-linke.de* finden.

Wir werden Material für Social Media zur Verfügung stellen, das ihr nutzen könnt.

Ihr habt Fragen? Schreibt an: *socialmedia@die-linke.de*.

## Verwendung der Software OpenSlides auf dem Parteitag

Für die Antragsberatung, Antragsabstimmung, Verwaltung der Teilnehmenden, Wortmeldungen und Projizierung der Tagesordnung wird das Präsentations- und Versammlungssystem OpenSlides auf dem Parteitag verwendet.

**Es ist daher zwingend erforderlich, dass Delegierte ein internetfähiges mobiles Endgerät (Laptop, Tablet etc.) zum Parteitag mitbringen.**

Sollte dies Delegierten nicht möglich sein, müssen sie sich **bis spätestens zum 13. Mai** unter [parteitag@die-linke.de](mailto:parteitag@die-linke.de) melden, dann wird ein Gerät zur Verfügung gestellt. Eine Vorab-Anmeldung für ein technisches Gerät ist zwingend erforderlich.

Nach der Meldung als Delegierte bekommen diese über eine automatisierte E-Mail einen Zugang zu OpenSlides. **Sollte bisher keine E-Mail-Adresse von Delegierten gemeldet worden sein, soll diese bitte schnellstmöglich an Hannes Retzlaff** ([hannes.retzlaff@die-linke.de](mailto:hannes.retzlaff@die-linke.de), Telefon: 030 24009-665) **übermittelt werden.**

OpenSlides kann über folgende URL aufgerufen werden: <https://linke.openslides.com>

Um mit OpenSlides dem Parteitag problemlos verfolgen zu können, sollten aktuelle und sicherheitsgepflegte Browser verwendet werden:

- Chrome, Edge, Brave (mit Shields deaktiviert), Firefox
- Ältere Versionen, vor allem beim Safari-Browser, können Probleme machen. Ähnliches ist bei anderen mobilen Browsern zu beobachten.

**Antragsschluss** für die 1. Tagung des 8. Parteitages ist Donnerstag, **12. Mai 2022.**

**Antragsschluss für Änderungsanträge** zu eingereichten Anträgen ist **Dienstag, 8. Juni 2022.**

Die Anträge sind auf <https://linke.openslides.com> in OpenSlides einzutragen. Eine Anleitung dazu wird bereitgestellt werden.

Antragsteller\*innen, die keine Delegierte sind und bislang keinen Zugang für diese Seite haben, können sich die Zugangsdaten unter der folgenden Adresse geben lassen:

[antragskommission@die-linke.de](mailto:antragskommission@die-linke.de)  
Telefon: 030 24009-305

Für die Verwendung von OpenSlides werden wieder Anleitungen bereitgestellt und Schulungstermine angeboten, die vorab an die Delegierten kommuniziert werden. Vor Ort wird es ein Support-Team geben, dass bei technischen Problemen Hilfestellung leisten kann.



# Wahlordnung der Partei DIE LINKE

*Beschluss des Gründungsparteitages am 16. Juni 2007 in Berlin, geändert durch Beschluss des Parteitags der Partei DIE LINKE am 21./22./23. Oktober 2011 in Erfurt.*

## § 1 Geltungsbereich

- (1) Diese Wahlordnung gilt für alle Wahlen innerhalb der Partei.
- (2) Sie gilt, vorbehaltlich besonderer Bestimmungen der Wahlgesetze, auch für Versammlungen zur Aufstellung von Wahlbewerberinnen und -bewerbern für öffentliche Wahlen.

## § 2 Wahlgrundsätze

- (1) Es gilt allgemein der Grundsatz der freien, gleichen und geheimen Wahl.
- (2) Wahlen, die weder die Besetzung von Organen der Partei oder ihrer Gebietsverbände, noch mittelbar (Wahl von Vertreterinnen und Vertretern) oder unmittelbar die Aufstellung von Wahlbewerberinnen oder Wahlbewerbern betreffen, können offen durchgeführt werden, wenn keine wahlberechtigte Versammlungsteilnehmerin und kein wahlberechtigter Versammlungsteilnehmer dem widerspricht.
- (3) Eine Versammlung kann im Rahmen des Grundsatzes nach Absatz 1 und im Rahmen der Bundessatzung ergänzende oder abweichende Bestimmungen zu den §§ 8 und 10 bis 12 treffen. Ein entsprechender Versammlungsbeschluss kann jedoch niemals rückwirkend auf eine bereits stattgefundene Wahlhandlung angewendet werden.
- (4) Nach Versammlungsbeschluss sind auch elektronische Wahlen zulässig, soweit diese das Wahlgeheimnis, den Datenschutz und die Manipulations- und Dokumentationssicherheit gewährleisten. Die Bestimmungen dieser Wahlordnung sind dabei sinngemäß anzuwenden.

## § 3 Ankündigung von Wahlen

- (1) Wahlen sind anzusetzen, wenn Neu- oder Nachwahlen satzungsgemäß vorgeschrieben sind oder wenn ein zulässiger Antrag auf die Durchführung von Neu- oder Nachwahlen bzw. ein zulässiger Abwahantrag vorliegt.
- (2) Wahlen können nur stattfinden, wenn zur Wahl spätestens 10 Tage vorher eingeladen wurde.
- (3) Soweit die Wahlen nicht satzungsgemäß vorgeschrieben sind, bleibt es der Versammlung unbenommen, angekündigte Wahlen ganz oder teilweise von der Tagesordnung abzusetzen.

## § 4 Wahlkommission

- (1) Zur Durchführung einer oder mehrerer Wahlen bestimmt die Versammlung in offener Abstimmung eine Wahlkommission, welche aus ihrer Mitte eine Wahlleiterin oder einen Wahlleiter bestimmt, sofern diese oder dieser nicht bereits durch die Versammlung bestimmt wurde.
- (2) Die Wahlkommission leitet die Wahlhandlung und stellt das Wahlergebnis fest.
- (3) Die Mitglieder der Wahlkommission müssen der Versammlung nicht angehören. Die Wahlkommission kann bei Bedarf weitere Wahlhelferinnen und Wahlhelfer hinzuziehen.
- (4) Wer selbst für ein zu wählendes Parteiamt oder Mandat kandidiert, kann nicht der Wahlkommission angehören. Nimmt ein Mitglied der Wahlkommission eine Kandidatur an, scheidet es unmittelbar aus der Wahlkommission aus.

## **§ 5 Wahl für unterschiedliche Parteiämter oder Mandate**

(1) Wahlen für unterschiedliche Parteiämter oder Mandate finden in jeweils gesonderten Wahlgängen nacheinander statt. Die Versammlung kann entscheiden, dass Wahlgänge parallel stattfinden können.

(2) Bei parallel stattfindenden Wahlgängen ist eine gleichzeitige Wahlbewerbung auch dann möglich, wenn die gleichzeitige Annahme der zu wählenden Parteiämter und Mandate ausgeschlossen ist.

(3) Bei der Aufstellung der einzelnen Listenplätze von Wahlvorschlagslisten für öffentliche Wahlen ist analog zu verfahren. (Ausnahme: siehe § 6 Absatz 4)

## **§ 6 Wahl für gleiche Parteiämter oder Mandate**

(1) Wahlen für mehrere gleiche Parteiämter oder Mandate werden in der Regel in zwei aufeinander folgenden Wahlgängen durchgeführt. Dabei werden im ersten Wahlgang die gemäß den Vorgaben zur Geschlechterquotierung (Bundessatzung § 10 Absatz 4) den Frauen vorbehaltenen Parteiämter oder Mandate besetzt. Im zweiten Wahlgang werden die danach verbleibenden Parteiämter oder Mandate besetzt.

(2) Beide Wahlgänge können, auf Beschluss der Versammlung, parallel stattfinden, wenn nicht mehr Frauen vorgeschlagen werden als gemäß den Vorgaben zur Geschlechterquotierung insgesamt mindestens gewählt werden sollen oder wenn alle (weiblichen) Bewerberinnen bereits vorab auf die Teilnahme am zweiten Wahlgang verzichten. Die Teilung in zwei Wahlgänge entfällt, wenn nicht mehr Männer vorgeschlagen werden, als gemäß den Vorgaben zur Geschlechterquotierung insgesamt höchstens gewählt werden können.

(3) Zusätzliche Wahlgänge, zum Beispiel zur Berücksichtigung von Gebietsverbänden oder zur Sicherung besonderer Quoten, sind nach Versammlungsbeschluss zulässig. Die Absätze 1 und 2 sind dabei sinngemäß anzuwenden.

(4) Bei der Aufstellung von Wahlvorschlagslisten für öffentliche Wahlen können nach einem entsprechenden Versammlungsbeschluss mehrere aufeinander folgende Listenplätze wie gleiche Mandate behandelt werden. Dabei werden in dem gemäß der Geschlechterquotierung den Frauen vorbehaltenen ersten Wahlgang die ungeraden, im zweiten Wahlgang die geraden Listenplätze, jeweils in der Reihenfolge der erreichten Ja-Stimmen-Zahlen, besetzt. (Bundessatzung § 10 Absatz 5)

## **§ 7 Wahlvorschläge**

(1) Jedes Parteimitglied kann Wahlvorschläge unterbreiten oder sich selbst bewerben. Für weitere Wahlgänge nach § 12 können nur wahlberechtigte Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer Wahlvorschläge unterbreiten.

(2) Wahlvorschläge müssen schriftlich eingereicht werden. Das schriftliche Einverständnis der Vorgeschlagenen muss vorliegen. (elektronische Übermittlung ist ausreichend).

(3) Wenn eine vorgeschlagene Person in der Wahlversammlung selbst anwesend ist, kann sowohl der Wahlvorschlag als auch die Zustimmung der Bewerberin bzw. des Bewerbers durch Zuruf erfolgen. Auf Zuruf können jedoch nur wahlberechtigte Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer Wahlvorschläge unterbreiten.

(4) Wahlvorschläge sind bis zum Abschluss der Bewerberinnen- und Bewerberliste für den entsprechenden Wahlgang zulässig.

(5) Alle vorgeschlagenen Bewerberinnen und Bewerber erhalten eine angemessene Redezeit zu ihrer Vorstellung. Über die angemessene Zeit und über Möglichkeit und Umfang von Fragen an Bewerberinnen und Bewerber und Stellungnahmen zu Bewerberinnen und Bewerbern ist durch Versammlungsbeschluss zu entscheiden. Dabei sind die Bewerberinnen und Bewerber für gleiche Parteiämter oder Mandate gleich zu behandeln.

## **§ 8 Stimmenabgabe**

- (1) Stimmzettel in einem Wahlgang müssen in Form und Farbe einheitlich sein.
- (2) In jedem Wahlgang sind alle Bewerberinnen und Bewerber in alphabetischer Reihenfolge auf einen einheitlichen Stimmzettel aufzunehmen.
- (3) Jede und jeder Wahlberechtigte hat das Recht, hinter dem Namen jeder Bewerberin und jedes Bewerbers mit Ja, mit Nein oder mit Enthaltung zu stimmen. Fehlt eine Kennzeichnung, ist dies eine Enthaltung.
- (4) Die Zahl der zulässigen Ja-Stimmen in einem Wahlgang ist auf die Zahl der zu besetzenden Parteiämter oder Mandate begrenzt. Die zulässige Zahl der Ja-Stimmen muss bei der Stimmabgabe nicht ausgeschöpft werden.
- (5) Ist die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber in einem Wahlgang größer als die Zahl der zu besetzenden Parteiämter oder Mandate, entfällt die Möglichkeit von Nein-Stimmen.

## **§ 9 Stimmenauszählung und ungültige Stimmen**

- (1) Die Stimmenauszählung durch die Wahlkommission ist parteiöffentlich. Die ordnungsgemäße Auszählung darf durch die Öffentlichkeit nicht beeinträchtigt werden. Bei der Stimmenauszählung ist zu gewährleisten, dass keine Rückschlüsse auf das Wahlverhalten möglich sind.
- (2) Die Wahlkommission hat Stimmzettel für ungültig zu erklären, wenn auf ihnen der Wille der oder des Wählenden nicht gemäß dieser Wahlordnung erkennbar ist, wenn auf ihnen mehr Stimmen als zulässig abgegeben wurden oder wenn sie das Prinzip der geheimen Wahl verletzen.

## **§ 10 Erforderliche Mehrheiten**

- (1) Grundsätzlich sind mit Ausnahme der Regelung in Absatz 2 in einem Wahlgang diejenigen gewählt, bei denen die Zahl der gültigen Ja-Stimmen größer ist, als die zusammengefasste Zahl der gültigen Nein-Stimmen und der gültigen Enthaltungen (absolute Mehrheit). Durch Satzung oder durch Versammlungsbeschluss kann für bestimmte Ämter auch ein höheres Quorum bestimmt werden.
- (2) Bei Delegiertenwahlen oder – nach einem entsprechenden Versammlungsbeschluss – auch bei anderen Wahlen ist es ausreichend, wenn die Zahl der gültigen Ja-Stimmen größer ist als die Zahl der gültigen Nein-Stimmen (einfache Mehrheit). In Wahlgängen ohne die Möglichkeit von Nein-Stimmen haben die Bewerberinnen bzw. Bewerber die einfache Mehrheit erreicht, wenn sie auf mindestens einem Viertel der gültigen Stimmzettel gewählt wurden. Durch Versammlungsbeschluss kann ein anderes Mindestquorum bestimmt werden.

## **§ 11 Reihenfolge der Wahl und Verfahren bei Stimmgleichheit**

- (1) Haben in einem Wahlgang mehr Bewerberinnen oder Bewerber die jeweils erforderliche Mehrheit erreicht, als überhaupt Parteiämter oder Mandate zu besetzen waren, sind die Bewerberinnen und Bewerber mit den höchsten Stimmen-Zahlen gewählt.
- (2) Bei Delegiertenwahlen sind alle weiteren Bewerberinnen und Bewerber mit der erforderlichen Mehrheit in der Reihenfolge ihrer Stimmen-Zahl als Ersatzdelegierte gewählt, soweit nicht zur Wahl der Ersatzdelegierten gesonderte Wahlgänge stattfinden.
- (3) Entfällt auf mehrere Bewerberinnen bzw. Bewerber die gleiche Stimmenzahl, entscheidet eine Stichwahl. Kommt auch die Stichwahl zu keinem Ergebnis entscheidet das Los.
- (4) Bei den Wahlen der weiteren Mitglieder des Parteivorstandes oder eines Landesvorstandes sind die Bewerberinnen und Bewerber in der Reihenfolge ihrer Stimmen-Zahlen gewählt, soweit sie sowohl die erforderliche Mehrheit nach § 10 dieser Ordnung erhalten haben, als auch der Bedingung nach § 32 Absatz 4 der Bundessatzung (Höchstzahl von Mandatsträgerinnen und -trägern der Europa-, Bundes- oder Landesebene im Parteivorstand und in den Landesvorständen) genügen.

Die Bedingung nach § 32 Absatz 4 der Bundessatzung ist bereits im ersten Wahlgang (nach § 6 Absatz 1 Satz 2) anteilig zu berücksichtigen.

## **§ 12 Weitere Wahlgänge und Stichwahlen**

(1) Bleiben nach einem Wahlgang Parteiämter oder Mandate unbesetzt, kann durch Versammlungsbeschluss entweder

- die Wahl vertagt oder
- ein weiterer Wahlgang (nach den §§ 5 bis 11) aufgerufen oder
- eine Stichwahl herbeigeführt werden.

(2) In einer Stichwahl stehen diejenigen noch nicht gewählten Bewerberinnen und Bewerber zur Wahl, die in den zuvor stattgefundenen Wahlgängen die meisten Ja-Stimmen erhalten haben, soweit sie ihre Wahlbewerbung nicht zurückziehen. Neue Bewerbungen sind unzulässig. Dabei stehen höchstens doppelt so viele Bewerberinnen bzw. Bewerber zur Wahl, wie noch Parteiämter bzw. Mandate zu besetzen sind, bei Stimmengleichheit der letzten Bewerberinnen bzw. Bewerber ausnahmsweise auch mehr. Ein Nachrücken in die Stichwahl an Stelle von Wahlbewerberinnen bzw. -bewerbern, die ihre Bewerbung zurückgezogen haben, ist nicht möglich. Gewählt sind die Bewerberinnen bzw. Bewerber mit den meisten Stimmen. Falls nach einem zuvor stattgefundenen Wahlgang so viele Wahlbewerbungen zurückgezogen werden, dass nur noch so viele Bewerbungen wie zu besetzende Funktionen übrig bleiben, ist statt einer Stichwahl ein weiterer Wahlgang aufzurufen.

(3) Bei den Wahlen der weiteren Mitglieder des Parteivorstandes oder eines Landesvorstandes können an einer Stichwahl mindestens doppelt so viele Bewerberinnen und Bewerber, die keine Mandatsträgerinnen und -träger der Europa-, Bundes- oder Landesebene sind, teilnehmen, wie gemäß § 32 Absatz 4 der Bundessatzung mindestens noch gewählt werden müssen. Die zulässige Zahl von Mandatsträgerinnen und -trägern verringert sich gegebenenfalls entsprechend. Die Bewerberinnen und Bewerber sind in der Reihenfolge ihrer Ja-Stimmen-Zahlen gewählt, soweit sie der Bedingung nach § 32 Absatz 4 der Bundessatzung (Höchstzahl von Mandatsträgerinnen und -trägern der Europa-, Bundes- oder Landesebene im Parteivorstand und in den Landesvorständen) genügen.

## **§ 13 Annahme der Wahl, Wahlprotokoll und Nachwahlen**

(1) Eine Wahl gilt als angenommen, wenn die oder der Gewählte dem nicht unmittelbar nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses widerspricht.

(2) Jede Wahl ist zu protokollieren. Das Protokoll muss alle ergänzenden Versammlungsbeschlüsse zu dieser Wahlordnung und alle Wahlergebnisse enthalten. Es ist durch die Wahlleiterin bzw. den Wahlleiter und zwei weitere Mitglieder der Wahlkommission zu unterzeichnen. Die Wahlunterlagen (Wahlprotokoll, Stimmzettel, Zählzettel, Wahllisten usw.) sind für die Dauer der Wahlperiode der Gewählten aufzubewahren.

(3) Vakante Parteiämter sind durch Nachwahlen zu besetzen.

(4) Vakante Delegiertenmandate sind nur dann durch Nachwahlen zu besetzen, wenn unter Beachtung der Vorgaben zur Geschlechterquotierung (Bundessatzung § 10 Absatz 4) keine gewählten Ersatzdelegierten mehr zur Verfügung stehen.

## **§ 14 Wahlwiederholung**

(1) Wird während der Wahlhandlung oder während der Stimmenauszählung ein Wahlfehler festgestellt, der relevanten Einfluss auf das Wahlergebnis haben kann, hat die Wahlkommission die Wahlhandlung bzw. die Stimmenauszählung sofort abubrechen und die Wiederholung der Wahlhandlung zu veranlassen. Der Grund für die Wahlwiederholung ist im Wahlprotokoll festzuhalten.

(2) Im Übrigen kann eine Wahlwiederholung nur infolge einer Wahlanfechtung stattfinden.



## **§ 15 Wahlanfechtung**

(1) Wahlen können bei der zuständigen Schiedskommission angefochten werden, wenn die Verletzung von Bestimmungen dieser Wahlordnung, der Parteisatzung, des Parteiengesetzes, der Wahlgesetze oder des Verfassungsrechts behauptet wird und eine solche Rechtsverletzung zumindest möglich erscheint.

(2) Wahlanfechtungen haben keine aufschiebende Wirkung.

(3) Anfechtungsberechtigt sind:

- der Parteivorstand und die zuständigen Landes- und Kreisvorstände
- wahlberechtigte Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer
- unterlegene Wahlbewerberinnen und -bewerber.

(4) Eine Wahlanfechtung ist binnen zwei Wochen nach Ablauf des Tages, an dem die Wahl stattfand, zulässig.

(5) Eine Wahlanfechtung ist nur begründet, wenn und soweit der behauptete Mangel Einfluss auf das Ergebnis der Wahl gehabt haben kann.

(6) Die Schiedskommission ist bei einer berechtigten Wahlanfechtung befugt, eine Wahlwiederholung anzuordnen.



# Berichte



# Bericht des Bundesausschusses an die 1. Tagung des 8. Bundesparteitages

## 1. Statistische Daten:

### 1.1. Durchgeführte Tagungen:

Im Berichtszeitraum (Juli 2021–Juni 2022) fanden vier Beratungen des Bundesausschusses statt, wobei eine Tagung als Sondersitzung stattgefunden hat, in der wir die an den BA überwiesenen Anträge der 2. Tagung des 7. Bundesparteitages behandelt haben. Drei Beratungen fanden als Videokonferenz und eine Beratung als Hybridkonferenz statt.

### 1.2. Teilnahme der Mitglieder des BA an den Beratungen

Teilnahme Beratungen Bundesausschuss 2020–2022

Datum der Beratung	Teilnahme gesamt	aus den Ländern (max. 58)	aus dem PV (max. 6)	aus den ZS (max. 12)	von solid (max. 2)
27. Juni 2020	59	48	3	6	2
19. September 2020	58	46	1	9	2
20. September 2020	51	42	2	5	2
21. November 2020	66	51	4	9	2
15. Januar 2021	48	40	1	5	2
16. Januar 2021	46	38	0	6	2
6. März 2021	55	43	2	8	2
7. März 2021	56	43	2	9	2
7. Mai 2021	54	39	2	11	2
29. Mai 2021	51	37	5	7	2
30. Mai 2021	52	39	5	6	2
27. August 2021	42	29	5	7	1
9. Oktober 2021	45	33	3	7	2
10. Oktober 2021	39	28	3	6	2
27. November 2021	56	41	6	7	2
28. November 2021	50	38	4	6	2
12. März 2022	71	45	5	12	2

Die Teilnahme der BA-Mitglieder hat sich im Berichtszeitraum verbessert. Hier ist zu bemerken, dass

1. der Landverband Saarland keine Vertreter\*innen in den Bundesausschuss entsendet hat
2. die Landesverbände eigenverantwortlich die Teilnahme ihrer Ersatzmitglieder organisieren müssen
3. die Vertreter\*innen der Zusammenschlüsse eigenständig über die Bundesgeschäftsstelle eine Vertretung organisieren müssen.

Wir möchten darum bitten, dass das in Zukunft stärker beachtet wird.

## **2. Gefasste Beschlüsse:**

Durch den Bundesausschuss wurden insgesamt elf Beschlüsse gefasst.

Darunter waren zwei Beschlüsse zu den vom Bundesparteitag überwiesenen Anträge:

- »Solidarität mit dem sozialistischen Kuba«
- Die Unterstützung des »Friedensaufrufes - Für neue Initiativen und neue Bündnisse im Kampf um den Frieden«,

die beide mehrheitliche beschlossen worden sind.

Darüber hinaus fasste der BA Beschlüsse in Bezug auf die weitere Zusammenarbeit mit dem Ältestenrat, der Entsendung von Heike Lorenz in die Satzungskommission und Empfehlungen für die weitere Arbeit des Bundesausschusses. Letzteres wurde durch den Bundesausschuss in seiner Sitzung am 12./13.2022 als Arbeitsgrundlage bestätigt.

Breiten Raum nahm die Diskussion über die Wahlergebnisse der Partei DIE LINKE zu den Bundes- und Landtagswahlen ein. Auf Basis der Diskussion und eines Entwurfes einer Arbeitsgruppe wurde der Beschluss »Wege aus der Krise-wie weiter nach der BTW« mehrheitlich beschlossen. Diese Diskussion wurde in einer solidarischen und respektvollen Atmosphäre durchgeführt, die deutlich machte, dass wir gemeinsam in Sorge um unsere Partei sind, viele Fragen, unterschiedliche Sichtweisen und Bewertungen haben.

Neben konkreten Anforderungen an den Parteivorstand zieht sich der Bundesausschuss auch nicht aus der eigenen Verantwortung und hat seine konkreten Aufgaben in diesem Prozess klar definiert (siehe Beschluss).

Die aktuell-politische Situation in Europa, der Krieg in der Ukraine, bildete in der Märzsession einen weiteren Schwerpunkt. Fristgerecht wurden zwei Anträge eingereicht, die noch vor dem völkerrechtswidrigen Krieg Russlands gegen die Ukraine eingereicht worden waren. Um die Anträge zu aktualisieren, gab es entsprechend Ersetzungsanträge durch die Einreicher\*innen (des Antrags »Die Waffen nieder! Friedenslogik statt Kriegslogik« bzw. den Bundesgeschäftsführer »Nein zum Krieg«). Darüber hinaus wurde ein Antrag des Gerarer Dialogs »Frieden schaffen mit den Waffen der Aufklärung« behandelt. Zu diesen Anträgen gab es eine breite, solidarische, auch von Emotionen geprägte Diskussion. Sie zeigte deutlich die Gemeinsamkeiten, aber auch die Sorge, dass unsere Partei die im Parteiprogramm festgeschriebenen friedenspolitischen Ansätze verlassen könnte. Klar wurde auch, dass es zur Frage Sanktionen in der Partei unterschiedliche Auffassungen gibt. Es ist uns gelungen, aus den vorliegenden Anträgen einen gemeinsamen Antrag zu formulieren, der mit großer Mehrheit beschlossen wurde. Der Antrag des Geraer Dialogs wurde bei Stimmgleichheit abgelehnt. Die Diskussion hat aber gezeigt, dass wir im Rahmen der Bildungsarbeit die angesprochenen Themen einbeziehen sollten.

## **3. Abrechnung unserer eigenen Beschlüsse – Empfehlungen usw.**

Entsprechend unserer Aufgaben hat der BA zu Beginn seiner Wahlperiode auf Basis der Empfehlungen des BA der Wahlperiode 2019-2020 die Schwerpunktaufgaben festgelegt. Im Rahmen seiner Möglichkeit und unter Berücksichtigung der andauernden Pandemie wurden die entsprechenden Themen in die Tagesordnung eingeordnet und mit den entsprechenden Verantwortlichen vorbereitet.

Schwerpunkte waren:

1. Fragen der Mitgliederentwicklung in der Partei DIE LINKE
2. Notwendigkeit der Verstärkung der politischen Bildung in der Partei DIE LINKE
3. Auswertung der Bundes- und Landtagswahlen September 2021
4. Die Diskussion der aktuell-politischen Situation unter Einbeziehung der Berichterstatter (PV, EL, EP, Ältestenrat, BTF, Jugendverband)

Durch die Aufnahme des Jugendverbandes in die obligatorische Berichterstattung des BA haben wir erreicht, dass die Sichtweisen des Jugendverbandes zu den unterschiedlichen politischen Themen stärker in die Diskussion im Bundesausschuss einbezogen worden sind. Ein Ergebnis dieser Arbeit ist z.B. auch das gemeinsame Treffen des Ältestenrates mit Vertreterinnen des Jugendverbandes.

Leider konnten die Fragen »Europa und DIE LINKE« trotz konkreter Absprachen nach einer im Mai 2021 gelungenen Auftaktveranstaltung nicht fortgeführt werden. Aufgrund der unterschiedlichen Auffassungen in der Partei DIE LINKE in Bezug auf die EU und die Entwicklung in Europa und den bevorstehenden Wahlen zum EP 2024 sieht der Bundesausschuss die weitere Debatte als unbedingt notwendig an. Ziel sollte es sein, die bestehenden Differenzen klar zu benennen und gemeinsame politische Standpunkte herauszuarbeiten. Hier bedarf es einer besseren Zusammenarbeit mit den politisch Verantwortlichen der Vertreter\*innen in der Europäischen Linken, der Delegation im EP der Partei DIE LINKE, der Bundestagsfraktion und den entsprechenden Bundesarbeitsgemeinschaften.

#### **4. Ergebnisse der Arbeit des Bundesausschusses entsprechend der in der Satzung festgeschriebenen Aufgaben**

*Der Bundesausschuss ist das Organ der Gesamtpartei mit Konsultativ-, Kontroll- und Initiativfunktion gegenüber dem Parteivorstand. Der Bundesausschuss fördert und unterstützt das Zusammenwachsen der Landesverbände. Er soll Initiativen ergreifen und unterstützen, die diesem Ziel dienen.  
(Aus der Bundessatzung)*

##### **4.1. Konsultativfunktion:**

Durch die ständige Berichterstattung des Parteivorstandes wurde der Bundesausschuss regelmäßig über die aktuell-politischen Fragen informiert. Anforderungen bzw. Bitten aus Sicht des PV im Rahmen der Konsultativfunktion gab es nicht. Aus Sicht des BA sollte der PV diese Möglichkeit stärker nutzen.

##### **4.2. Kontrollfunktion gegenüber dem PV:**

Der BA hat in den letzten Jahren immer darauf verwiesen, dass er sich nicht in erster Linie als Kontrollorgan des PV versteht, sondern davon ausgeht, dass es zwischen den Organen eine kameradschaftliche und solidarische Zusammenarbeit gibt. Das Präsidium hat im Rahmen der Berichterstattung an den BA und im PV die Umsetzung der Beschlüsse des BA durch den PV als Schwerpunkt gesetzt. Mit dem im Bundesausschuss gefassten Beschluss vom 7. März 2021 »Bundesausschuss: Aufgaben und Bedeutung«, der Diskussion mit dem GfPV und des PV wurden dafür gute Grundlagen geschaffen.

Hinsichtlich seiner Umsetzung stehen wir aber noch am Anfang. Das betrifft die Umsetzung der Beschlüsse des BA durch den PV, aber auch die Fragen der Verantwortung des BA gegenüber der Bundespartei.

Die Umsetzung des Beschlusses »Wege aus der Krise –wie weiter nach der BTW« mit konkreten Aufgaben an den PV erfolgte in der Sitzung des BA im März. Wie im obengenannten Beschluss festgeschrieben hat der Bundesgeschäftsführer hinsichtlich der Auswertung der Bundestagswahlen einen Zwischenbericht gegeben. Einbezogen in diesen Bericht war auch das Papier der Bundesvorsitzenden Wissler/ Hennig-Wellsow »Den Kompass neu ausrichten«, das die Parteivorsitzenden in die Debatte mit eingebracht haben. Deutlich wurde, dass es hinsichtlich der Wahlauswertung nach wie vor großen Diskussionsbedarf gibt, die Genoss\*innen auch konkrete Schlussfolgerungen erwarten. Hier stehen wir erst am Anfang. Fragen wie zum Beispiel:

- Warum haben wir seit den Wahlen zum EP (bis auf ein paar Ausnahmen) Wähler\*innen verloren?
- Warum ist es uns nicht gelungen die eigene Mitgliedschaft für den Wahlkampf zu mobilisieren?
- Welche Rolle sollte die Partei DIE LINKE im Parteiensystem der BRD zukünftig einnehmen?
- Wie gelingt es uns, politische Auseinandersetzungen innerhalb der Partei solidarisch miteinander zu führen?

konnten noch nicht ausreichend beantwortet werden bzw. müssen weiter diskutiert werden. Der Bundesausschuss geht davon aus, dass dem Bundesparteitag eine entsprechende Einschätzung einschließlich der Schlussfolgerungen vorgelegt wird.

In Bezug auf die Umsetzung der Beschlüsse des BA gibt es zurzeit einen offenen Punkt:

Im März 2021 fasste der Bundesausschuss den Beschluss: »Der Bundesausschuss bittet den Bundesvorstand, im Sommer 2021 als Teil der Wahlkampfaktivitäten eine öffentliche Tagung/Konferenz zum Thema »Die Grundrechte in der Spannung zwischen Verfassungsnorm und Wirklichkeit« (Arbeitstitel) durchzuführen«.

Durch den Parteivorstand wurde nachvollziehbar erläutert, dass die Umsetzung in Vorbereitung und Durchführung der Bundestagswahlen nicht erfolgen konnte. Gleichzeitig wurde aber versichert, dass das Thema zukünftig behandelt wird und entsprechende Maßnahmen eingeleitet werden.

### **4.3. Initiativfunktion**

Im Rahmen der Initiativfunktion hat sich der BA dazu verständigt, das Thema »Europa« und »Bildungsarbeit in der Partei DIE LINKE« kontinuierlich auf die Tagesordnung zu setzen.

Mit der Beratung des BA im November, an der

- Sophie Dieckmann, Leiterin Politische Bildung beim PV
- Jan Schiffer Jugendverband linksjugend [´solid]
- Stefanie Ehmsen, Rosa-Luxemburg-Stiftung

teilnahmen, sind wir einen ersten Schritt gegangen.

Dabei wurde festgehalten, dass es auch unsere Aufgabe als Bundesausschuss ist, die Bildungsarbeit in der Partei zum zentralen Thema zu machen und dafür Ressourcen (finanziell und personell) zu mobilisieren und geeignete Strukturen für die politische Bildung in allen Regionen zu entwickeln. Deshalb sollten wir als Partei den Anspruch haben, mindestens in allen Kreisen eines Landesverbandes mit Angeboten oder kleineren Zirkeln präsent zu sein. Je niedriger die Ebene, umso eher wird Bildungsarbeit wahrgenommen.

Dabei wollen wir als Bundesausschuss uns bemühen, dass sich in der Partei DIE LINKE eine kooperative Arbeitsteilung zwischen Bund, Land, Regionen und Kreisen entwickelt. Um die Koordination und Vernetzung zwischen den Bildungsanbietern (RLS, LINKE, andere) zu erhöhen bzw. zu verbessern, sollten Absprachen und Kooperationen auf den verschiedenen Ebenen angestrebt werden.

In der Beratung wurde festgehalten, dass die Bildungsarbeit immer beides sein muss: politisch-inhaltliche Bildung (auch Grundlagenbildung – Marx und Engels sind immer noch aktuell), aber auch Handlungsanleitung und Funktionsbildung. Unsere ideologischen Positionen sollten wir durch gezielte Themen und Veranstaltungen voranbringen. Dabei sollten neben den Klassikern und fachpolitischen Themen auch politisch-historische Erfahrungen der linken Bewegungen (Antifaschismus, Widerstand, Kalter Krieg, Remilitarisierung, Berufsverbote, Friedensbewegung etc., die viele Jüngere in Partei und Bewegung nicht miterlebt haben) vermittelt werden.

Unser Internationalismus mit vielen Chancen der Kooperation (Antiimperialismus, Migration, Solidaritätsinitiativen, Städtepartnerschaften etc.) sollten wir ausbauen.

Im Bundesausschuss wollen wir gemeinsam mit den verschiedenen Verantwortlichen (Rosa-Luxemburg-Stiftung, Jugendverband, Partei, Ältestenrat etc.) unsere bisherigen Erfahrungen in der politischen Bildungsarbeit weiterentwickeln. Die politische Bildung bleibt weiterhin Thema der Bundesausschuss-Sitzungen.



#### **4.4. Unterstützung und Förderung Zusammenwachsen der Landesverbände**

Im Rahmen dieser Aufgaben hat sich der Bundesausschuss sich im März 2021 und im November 2021 mit dem Thema Mitgliederentwicklung beschäftigt. Grundlage der Beratung waren die vom Parteivorstand in Auftrag gegebenen Studien und die Darstellung des Bereichs Kampagnen/ Parteientwicklung in der Bundesgeschäftsstelle. Einbezogen in die Beratung wurden Vertreter\*innen aus unterschiedlichen Landes- und Kreisverbänden.

- Stadtverband Leipzig: Johannes Schmidt und Stephan Sander
- Landesverband Bayern: Stella Prott
- Kreisverband Görlitz: Marko Schmidt
- Landesverband Sachsen: Robert Wünsche

Deutlich wurde in der Diskussion, dass es in der Partei zum einen um die Pflege der Mitglieder in der Partei geht und andererseits Wege und Möglichkeiten entwickelt werden müssen, neue Mitglieder an unsere Partei zu binden, ihr Engagement, ihre Stärken und Interessen für die weitere Entwicklung in den Regionen zu nutzen. Durch Kreis- und Ortsverbände wurden diesbezüglich zahlreiche Initiativen ergriffen und Erfahrungen gesammelt. Diese gilt es gemeinsam für die Partei nutzbar zu machen. Dazu sollten wir Formen wie Patenschaften zwischen Kreisverbänden, Vorstellungen von Projekten auf den Parteitagen (Best Practice) verstärkt nutzen.

In diesem Zusammenhang möchten wir an dieser Stelle bemerken, dass aus Sicht des Bundesausschusses die Begegnung, Diskussionen zwischen Neu- und Altmitgliedern nicht vernachlässigt werden sollte. Wir sind überzeugt, dass nur durch solche Begegnungen das Verständnis für inhaltliche Positionen, der Respekt untereinander und demzufolge auch das gemeinsame politische Handeln gestärkt werden kann. Wir brauchen Jung wie Alt, wir brauchen die Erfahrungen der älteren Mitglieder und die Sichtweisen der jungen Generation.

Gleichzeitig wurde aber auch deutlich, dass wir im Zusammenhang mit den vorhandenen Strukturen in der Partei neue Überlegungen und Anstrengungen brauchen. Das betrifft auch die weitere Schaffung von Möglichkeiten in der Partei, sich in die Partei einzubringen, Freiräume zu entwickeln.

Der Bundesausschuss wird diesen Prozess weiter begleiten und unter Einbeziehung von Kreis- Landesverbänden mit Unterstützung der Bundesgeschäftsstelle diese Diskussion weiterführen.



## Bericht der Europäischen Linken zum Parteitag

Die 2004 gegründete Partei der Europäischen Linken (EL) dient der Koordination der linken Parteien auf europäischer Ebene. Sie umfasst inzwischen 26 Mitglieds- und 10 Beobachterparteien. Hinzu kommen sechs Partnerparteien bzw. -organisationen. Gleichzeitig aber agiert sie auch eigenständig und repräsentiert die Linke auf der europäischen Ebene.

Angesichts dessen, dass die Pandemie nach wie vor unsere Arbeits- und Lebensbedingungen bestimmt, ist klar, dass die Bekämpfung der Pandemie ein zentrales Aktionsfeld gerade auch der europäischen Linken darstellt. Dazu hat die EL eine Plattform mit dem Titel »Schützt die Menschen, nicht das System. Die Coronakrise und ihre Folgen für die europäische Politik« veröffentlicht. In der Pandemie selbst sieht die Linke eine Zuspitzung einer ohnehin systemischen ökonomischen, sozialen und politischen Krise. Die Pandemie offenbart für sie das Versagen neoliberaler Politik. Gefordert werden nicht nur konkrete Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung, sondern auch ein grundlegender Politikwechsel und damit eine Abkehr von der neoliberalen Austeritätspolitik. Schwerpunkte sind eine andere Wirtschaftspolitik in Richtung sozial-ökologischer Transformation, Verteidigung der Demokratie, das Eintreten für Frieden und Abrüstung sowie internationale Solidarität. In diesem Zusammenhang ist die Kampagne »No Profit on Pandemic« bzw. die Europäische Bürgerinitiative »Right2Cure« für einen freien allgemeinen und kostenlosen Zugang zu den Impfstoffen hervorzuheben.

Die von der Europäischen Kommission, dem Europaparlament und dem Europäischen Rat ins Leben gerufene Konferenz zur Zukunft Europas hat die EL zum Anlass genommen, um ihre Vorstellungen zur zukünftigen Entwicklung Europas zu präsentieren (»Considerations from the Left Perspective«). Im Mittelpunkt stehen dabei Fragen der sozial-ökologischen Transformation, weshalb die EL sich auch beim COP 26 engagierte und dieses Engagement mit anderen progressiven Kräften und Gewerkschaften fortsetzen wird.

Der Kampf gegen die extreme Rechte und gegen faschistische Tendenzen stellt einen weiteren Schwerpunkt in der Arbeit der EL. So hat sie, gemeinsam mit der Partei DIE LINKE und der Stiftung transfrome!europe, im März eine antifaschistische Konferenz unter dem Motto »¡No Pasarán! Stop the far right: Building the Alternative« organisiert. Die Konferenz vereinte internationale linke Parteien, Antifaschist\*innen, Gewerkschafter\*innen und soziale Bewegungen, um gemeinsam Strategien gegen die extreme Rechte und Ideen für eine friedliche, gerechte und solidarische Welt zu entwickeln.

Mit der völkerrechtswidrigen und durch nichts zu rechtfertigenden russischen Invasion in der Ukraine sah sich die EL vor eine neue Herausforderung gestellt. Die gesamte europäische Linke verurteilt diese Aggression, fordert einen sofortigen Waffenstillstand und ein Ende des Krieges. Allerdings gibt es unterschiedliche Auffassungen in der Frage der Waffenlieferungen und der Sanktionen. Klar ist doch die Ablehnung der Aufrüstung, das Eintreten für Frieden und für eine politische Lösung des Konflikts. Sie unterstützt die Initiative der baskischen Linken für eine Friendskonferenz in Guernika.

Weiterhin ist die EL bemüht, die Kooperation mit möglichst allen linken Parteien in Europa zu verstärken, auch wenn diese wie z.B. die belgische PTB nicht Mitglied der EL sind. Dazu dient insbesondere das jährliche Europäische Forum, das eine Plattform für den politischen Dialog zwischen linken, progressiven und ökologischen Parteien und Organisationen darstellt. Deutlich verbessert hat sich die Verbindung zu den europäischen Gewerkschaften. Dabei stehen als Themen soziale Rechte und die industriellen Transformationsprozesse im Vordergrund. Die EL unterhält darüber hinaus zahlreiche internationale Beziehungen, wobei besonders auf die enge Kooperation mit dem Foro de São Paulo, einem Zusammenschluss lateinamerikanischer linker und progressiver Parteien und Organisationen, hervorzuheben ist.

Trotz aller Bemühungen hat die EL noch nicht das Gewicht als Repräsentation der Linken in Europa, das eigentlich notwendig wäre. Die EL ist wenig bekannt. Mit der Schärfung ihres politischen Profils versucht die EL, sichtbarer zu werden. Auch hat sie ihre Kommunikation durch regelmäßige Berichterstattungen und der Herausgabe der Zeitschrift »Questioni« – ein Name, der auf Gramsci zurückgeht –

verbessert. Was ihr aber fehlt, das sind europaweite Kampagnen. Ansatzweise ist dies nur in Zusammenhang mit den Impfstoffen gelungen. Gegenwärtig stehen in Verbindung mit der linken Fraktion im Europaparlament Überlegungen zu Kampagnen mit den Themen »Housing« und »Energie« an.

## **Bericht der Historischen Kommission** beim Parteivorstand der Partei DIE LINKE an die erste Tagung des 8. Parteitages

Die Historische Kommission wurde auf Beschluss des Vorstandes der Partei DIE LINKE vom 25. August 2007 gebildet. Sie konnte an die Arbeit der Historischen Kommission der Vorgängerpartei Linkspartei.PDS anknüpfen, die vor über drei Jahrzehnten am 23. Juni 1990 ihre Tätigkeit aufnahm. Die Erneuerung der Partei verlangte zwingend nach einer kritischen und selbstkritischen Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte, einschließlich ihrer Erbschaften und Traditionen.

Die Historische Kommission beim Parteivorstand hat gegenwärtig 23 Mitglieder. Sie wurde das letzte Mal am 14. Mai 2017 vom Parteivorstand neu berufen und im August 2020 ergänzt. Mit Stellungnahmen und Diskussionsangeboten beteiligt sich die Historische Kommission am öffentlichen Geschichtsdiskurs und unterstützt die Meinungsbildung zu historisch-politischen Themen unter Mitgliedern und Sympathisanten. Außerdem pflegt sie Kontakte zu Vertretern und Einrichtungen der Geschichtswissenschaft. Sie ist Mitglied der Internationalen Tagung der Historiker:innen der Arbeiter- und anderer sozialer Bewegungen (ITH), deren jährliche Tagungen in Linz (Österreich) der inzwischen vielfach vernachlässigten Geschichte der Arbeiterbewegung gewidmet sind. Einige Mitglieder der Kommission sind im Vorstand und im internationalen wissenschaftlichen Beirat der ITH vertreten. Außerdem sind Mitglieder der Kommission im Vorstand der German Labour History Association und im Beirat und der Redaktion der Zeitschrift Arbeit – Bewegung – Geschichte vertreten. Darüber hinaus arbeitet das älteste Kommissionsmitglied im Ältestenrat mit. Die Mitglieder der Kommission arbeiten ausschließlich ehrenamtlich. Die Arbeit der Kommission wird von einem Sprecherrat koordiniert.

Seit dem Bericht an den 7. Parteitag, der den Stand vom August 2020 wiedergab, traf sich die Kommission zu fünf Plenartagungen, die mit einer Ausnahme als Web-Konferenzen durchgeführt wurden. Inhaltliche Schwerpunkte der Beratungen waren:

- Der 150. Geburtstag von Rosa Luxemburg und seine Widerspiegelung in der Öffentlichkeit.
- Der Fall »Barbarossa« – der deutsche Überfall auf die Sowjetunion – ein historischer Wendepunkt.
- Der angebliche rassistische Mord am mosambikanischen Vertragsarbeiter Manuel Diogo.
- Die Hohenzollern-Debatte: Rückgabeforderungen und der Beitrag der Hohenzollern-Familie zur Stabilisierung des NS-Regimes.
- 100 Jahre Vertrag von Rapallo und seine historischen Lehren.
- Der Überfall auf die Ukraine und die historischen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts.

Zu den jeweiligen Themen gaben Kommissionsmitglieder bzw. Gäste eine Einführung, die in der Regel auf der Webseite der Kommission veröffentlicht wird. Darüber hinaus verständigten sich die Kommissionsmitglieder zu aktuellen Ereignissen, so zu den Ergebnissen der Bundestagswahlen und zur russischen Invasion in der Ukraine.

Am 30. August 2020 weilten Vertreter\*innen und Vertreter der Kommission zur Berichterstattung im Parteivorstand. Während des ausführlichen Meinungsaustausches wurde darüber beraten, wie die Partei DIE LINKE im öffentlichen Geschichtsdiskurs und für die Erinnerungskultur auch künftig eigene Ansprüche und Maßstäbe geltend machen kann. Der damalige Parteivorstand dankte der Kommission für die geleistete Arbeit. Eine Beratung mit dem auf dem 7. Parteitag gewählten Vorstand hat nicht stattgefunden.

Zwischen dem 7. und 8. Parteitag hat die Historische Kommission eine Erklärung zum 80. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 veröffentlicht. Sie stellt darin klar, dass die heutigen Generationen keine Schuld an den Ereignissen der Vergangenheit haben, aber in der Verantwortung stehen, dass deren Erfahrungen in der Politik der Gegenwart berücksichtigt werden.

Außerdem veröffentlichte die Kommission eine Stellungnahme zur russischen Invasion in der Ukraine, die durch nichts zu rechtfertigen ist.

Die Historische Kommission hat sich entschieden, ihre Erklärungen und sonstigen Stellungnahmen sowie alle Texte ihrer Mitglieder, soweit diese ausdrücklich für die Historische Kommission entstanden, unter die Creative Commons-Lizenz CC BY-NC-ND 3.0 D zu stellen. Damit soll die Nutzung dieser Veröffentlichungen durch Dritte vereinfacht werden. Inzwischen ist bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung die im letzten Bericht angekündigte Publikation erschienen, die alle Erklärungen aus dem Zeitraum von 1993 bis 2020 sowie einen Aufsatz zur Geschichte der Historischen Kommission und ihrer Vorgängerin enthält. Der von Ronald Friedmann und Jürgen Hofmann herausgegebene Sammelband unter dem Titel »Den Sozialismus am humanistischen Ansatz messen« kann über die Stiftung bezogen bzw. als PDF-Datei heruntergeladen werden.

Weiterhin veröffentlicht die Historische Kommission jedes Jahr eine Übersicht über Jahrestage und Jubiläen, die in der historisch-politischen Debatte von Bedeutung sein können. Auf Anfrage standen Kommissionsmitglieder als Referenten für Landesverbände, Kreis- und Basisorganisationen zur Verfügung. Darüber hinaus waren Kommissionsmitglieder mehrfach an Konferenzen und Veranstaltungen der parteinahen Stiftung und der Bildungsvereine beteiligt. So waren Kommissionsmitglieder mit Referaten und Diskussionsbeiträgen an der von Stefan Bollinger vorbereiteten Konferenz »Die DDR in der gesamtdeutschen Geschichte – Vertane Chance, Sackgasse, Nachwirkungen« im Oktober 2021 beteiligt. Die Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung hat sich gut entwickelt und stabilisiert. Langjährige Mitglieder der Historischen Kommission haben inzwischen ihre Unterlagen dem Archiv Demokratischer Sozialismus übergeben. Die in der Bundesgeschäftsstelle vorliegenden Materialien der Historischen Kommission wurden ebenfalls dem Archiv Demokratischer Sozialismus zugeleitet.

Die Mitglieder der Kommission unterstützten mit Publikationen und Vorträgen die historisch-Politische Bildungsarbeit und griffen in verschiedene jeweils aktuelle geschichtspolitische Debatten ein. Stellvertretend seien hier genannt: Die Dokumentation zur Wittorf-Affaire der KPD 1928 (Ronald Friedmann 2020), die Neuedition von Arbeiten Arthur Rosenbergs und die Biografie von Arkadij Maslow (Mario Keßler 2021), die Broschüre über Jüdinnen und Juden in der internationalen Linken (Hrsg.: Bernd Hüttner u.a. 2021), die Geschichte des als »Sozialistenfriedhof« bekannten Zentralfriedhofs Berlin-Friedrichsfelde (Jürgen Hofmann 2021), die Forschungen und Vorträge von Anke Geißler zum Kulturerbe jüdischer Friedhöfe im Land Brandenburg (2021/2022) und die Organisation und Betreuung antifaschistischer Bildungsarbeit unter Schüler(innen) und Jugendlichen durch Cornelia Domaschke-Prochnow (2020–2022).

Darüber hinaus meldeten sich Kommissionsmitglieder regelmäßig mit Aufsätzen und Artikeln in Sammelbänden, Zeitschriften und Tageszeitungen sowie elektronischen Medien zu Wort, darunter im Neuen Deutschland und in der Jungen Welt.

Zu den Herausforderungen für die Partei DIE LINKE wird auch weiterhin gehören, Position in den erinnerungspolitischen Debatten zu beziehen. Das setzt eine innerparteiliche Diskussion voraus, die Mainstream ebenso wie eigenes Erbe kritisch hinterfragt.

Ein weitgehend ungenutztes und ausbaufähiges Potential für die geschichtspolitische Arbeit sieht die Historische Kommission bei den Landesverbänden der Partei. Die Möglichkeiten, vor Ort eigene Akzente in der Diskussion um historisches Selbstverständnis und Erinnerungskultur zu setzen, werden immer noch ungenügend ausgeschöpft. Die Historische Kommission steht für Beratung und Kooperation zur Verfügung. Wünschenswert wären Verantwortliche bzw. funktionsfähige Arbeitsgruppen für Geschichte bei den jeweiligen Landesverbänden.

# Bericht der Inklusionsbeauftragten an den Erfurter Parteitag 2022

## Inklusion – jetzt erst recht!

Liebe Genoss:innen,

die aktuellen Entwicklungen in Deutschland, in Europa und in der Welt lassen mich nicht optimistisch in die Zukunft blicken, was die weitere Umsetzung von Inklusion und Teilhabe aller Menschen anbelangt. Im Gegenteil, ich befürchte, dass wir darum werden kämpfen müssen, bereits Errungenes zu verteidigen – nicht zuletzt angesichts des geplanten Sondervermögens für die Bundeswehr. Die Zeche wird jemand bezahlen müssen. Wer das sein wird, ist klar. Doch was könnte man stattdessen mit 100 Milliarden Euro alles anfangen? Da fallen mir ein paar wichtige Aufgaben ein: der Ausbau eines solidarischen Gesundheitssystems, die Entwicklung einer Schule für alle und eines inklusiven Arbeitsmarktes, ein barrierefreier Nah- und Fernverkehr, barrierefreier Wohnungsbau, mehr politische Bürgerbeteiligung, um nur ein paar Dinge zu nennen.

Die letzten Monate haben uns gelehrt, dass das nicht gewollt ist. Denn wie kann es zum Beispiel sein, dass in einem hoch entwickelten Land wie Deutschland eine Debatte um die so genannte Triage möglich wurde? Eine Debatte darüber, wer als Erster versorgt werden müsste, wenn intensivmedizinische Kapazitäten während der Pandemie nicht in ausreichendem Maße vorhanden sein würden. Diese Frage hat viele Menschen – besonders alte, kranke und behinderte – zutiefst besorgt, denn sie befürchten, dass eine Einteilung in »lebenswertes« und »lebensunwertes« Leben wieder möglich werden könnte. Dass viele Corona-Maßnahmen mit dem Schutz des Lebens begründet und gleichzeitig die Ökonomisierung des Gesundheitssystems weiter vorangetrieben wurden, dass Krankenhausbetten angesichts des Pflegenotstandes abgebaut und Krankenhäuser geschlossen wurden, hat diese Sorge verschärft. Und auch wenn das Bundesverfassungsgericht im Dezember 2021 urteilte, dass der Gesetzgeber Vorkehrungen zum Schutz behinderter Menschen für den Fall einer pandemiebedingt auftretenden Triage treffen muss – das Problem ist nicht vom Tisch.

Ich frage mich, in was für einer Gesellschaft wollen wir in Zukunft leben? In einer Gesellschaft der Angst, in der Mitbestimmung und Mitgestaltung aller Menschen immer weiter eingeschränkt werden? Oder in einer wirklich demokratischen, inklusiven Gesellschaft? Ja, Inklusion würde alle Menschen gleichberechtigt einschließen. Doch in der Realität findet eine immer massivere neoliberale Umverteilung von gesellschaftlichem Reichtum statt und immer mehr Menschen werden aus vielen Lebensbereichen ausgeschlossen. Sie werden zunehmend entsolidarisiert und verstärkt nach ihrer wirtschaftlichen Verwertbarkeit beurteilt. Sie werden weiter in Armut und Perspektivlosigkeit, oftmals in die Vereinsamung getrieben. Statt ihnen Mitbestimmung und Teilhabe zu ermöglichen, werden Menschen noch stärker von den Almosen der Gesellschaft abhängig gemacht.

Das ist das genaue Gegenteil von Inklusion. Inklusion ist nach meinem Verständnis der Gegenentwurf zu Rassismus, Neofaschismus und Ausgrenzung. Ein tiefgreifender Prozess zum Abbau von gesellschaftlichen Ungleichheiten, der sich auf all die Menschen bezieht, die von Teilhabe ausgeschlossen werden – aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihrer Religion, ihres Geschlechtes, aufgrund von Armut, ihrer körperlichen Verfassung oder besonderer Lernbedürfnisse. Inklusion als kulturbildender Prozess, der auf verschiedenen Ebenen stattfindet: beim Lernen, beim Arbeiten, in der Kommune, an politischen Stammtischen, um nur einige Bereiche zu nennen. Inklusion zum Nutzen der Gemeinschaft und des Einzelnen, bezogen auf alle marginalisierten Bevölkerungsgruppen, nicht nur auf Menschen mit Behinderungen. Ein Prozess, der Verschiedenheit als positiven Wert, als »Normalität« ansieht. Es braucht meines Erachtens – vor allem angesichts der deutschen Geschichte, die eine besondere Sensibilität verlangt – eine breite gesellschaftliche Debatte aller Beteiligten, um Selektion, Euthanasie und faschistischen Entwicklungen konsequent entgegenzutreten. Dafür müssen wir uns als Partei mehr denn je stark machen. Und ja – diese Debatte müssen wir auch innerhalb unserer eigenen Reihen führen.

## **Unser Preis für barrierefreie Geschäftsstellen: Barrierefreiheit? – DAS MUSS DRIN SEIN!**

Das fängt im Kleinen an – unter anderem damit, dass sich alle Menschen an unserer politischen Arbeit beteiligen können – ob als Mitglied unserer Partei, als Sympathisant oder einfach als Fragender. Ein wichtiger Teil der Umsetzung unseres Teilhabekonzeptes ist und bleibt deshalb weiterhin die Durchführung unseres Wettbewerbs »Barrierefreiheit? – DAS MUSS DRIN SEIN!« Mit dem damit verbundenen Preis zeichnen wir Büros und Geschäftsstellen der Partei und Fraktionen aus, die sich auf den Weg gemacht haben, ihre Büros barrierefrei zu gestalten. Wir wollen dabei deutlich machen: Stufenlose Zugänge zu unseren Büros, behindertengerechte Toiletten, beleuchtete Zugangswege, barrierefreie Verkehrsanbindung, Dokumente in einfacher oder Leichter Sprache, Hörschleifen – all das nutzt nicht nur Menschen mit Behinderungen, sondern allen Beteiligten.

Wir werden in diesem Jahr die Auszeichnung auf dem Erfurter Parteitag vornehmen. Darüber freue ich mich sehr, denn damit schaffen wir Aufmerksamkeit für unser gemeinsames Anliegen. Ich hoffe, dass zahlreiche Bewerbungen bei uns eingegangen sein werden. Und dass ihr daran gedacht habt: Es geht nicht um Perfektion bzw. darum, dass alle Punkte unserer Checkliste bereits umgesetzt wurden. Wir wollen Euch mit diesem Wettbewerb vor allem ermutigen, Euch auf den Weg zu mehr Barrierefreiheit zu machen.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

gestattet mir am Ende meines Berichtes eine persönliche Anmerkung. Wenn ich über die 100 Mrd. Euro Sondervermögen für die Bundeswehr nachdenke, frage ich mich immer wieder: Wie viele Menschen können mit den damit bereitgestellten Waffen getötet werden? Wie viele Menschen können verwundet werden? Wie viele Menschen können Zeit ihres Lebens behindert sein? Wie viele Menschen werden noch in die Flucht getrieben?

Der preußische General Carl von Clausewitz betonte 1832, dass der Krieg eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sei. Vor allem, so denke ich, ist Krieg die grausame Fortsetzung imperialistischer Politik, die die Menschen, die Völker bezahlen – mit ihrem Leben, mit ihrer Gesundheit. Lasst uns deshalb keinen Zentimeter von der im Parteiprogramm fixierten friedenspolitischen Beschlusslage abweichen. Lasst uns konsequent für Frieden, Deeskalation und Diplomatie kämpfen. Für uns darf Krieg – inklusive Waffenlieferungen und Sanktionen jeglicher Art – niemals ein Mittel der Politik sein.

Mit solidarischen Grüßen

*Margit Glasow*



# Neunter Gleichstellungsbericht der LINKEN

## Vorwort

DIE LINKE versteht sich als Partei mit sozialistischem und feministischem Anspruch. DIE LINKE setzt sich für ein selbstbestimmtes, solidarisches Leben ein, in dem Erwerbsarbeit, Familienarbeit, gesellschaftliches und politisches Engagement für alle miteinander vereinbar werden. DIE LINKE tritt dafür ein, die sozialen Sicherungssysteme, die Gestaltung der Arbeitswelt, das Angebot an öffentlichen Dienstleistungen und die Rahmenbedingungen für die politische Beteiligung in Wirtschaft und Politik so zu verändern, dass Benachteiligungen beseitigt werden. Alle politischen Entscheidungen und Vorschläge müssen systematisch danach beurteilt werden, welche Auswirkungen sie auf Frauen\* und auf Männer\* haben.

Um diesem Anspruch auch innerhalb der Partei DIE LINKE gerecht zu werden, wurde im Oktober 2011 auf einem Parteitag ein Konzept zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit in der LINKEN beschlossen. Dieses sieht vor, dass jährlich ein Gleichstellungsbericht vorgelegt wird. Der neunte Gleichstellungsbericht gibt grundsätzlich die Situation zum 31. Dezember 2020 wieder, einige Daten aus dem Jahr 2021 sind ebenfalls mit aufgenommen.

Vorherige Berichte und das Konzept zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit in der LINKEN sind auf <https://www.die-linke.de/themen/feministische-politik/herstellung-von-geschlechtergerechtigkeit/> zu finden.

Der Bericht wird durch den Bundesparteitag der Partei DIE LINKE, den Parteivorstand, den Bundesausschuss, die Landesvorsitzenden und die Landesgeschäftsführerinnen und Landesgeschäftsführer sowie die Verantwortlichen für Gleichstellungs- und feministische Politik der Landesvorstände zur Kenntnis genommen und beraten.

## *Kontakt:*

*Antje Schiwatschew  
Bundesgeschäftsstelle – Koordinatorin für feministische Politik  
Tel. 030 24009-340, [antje.schiwatschew@die-linke.de](mailto:antje.schiwatschew@die-linke.de)*

## **Verfahren zur Evaluation der Ziele und Maßnahmen zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit in der LINKEN**

Im neunten Gleichstellungsbericht werden die Entwicklung der Geschlechtergerechtigkeit in der Partei DIE LINKE und die Umsetzung der Ziele und Maßnahmen des Konzeptes zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit in der LINKEN evaluiert. Die Grundlage der Evaluation sind die 2011 durch den Parteitag in Erfurt beschlossenen Ziele und Maßnahmen des Konzeptes zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit in der LINKEN.

Um die Qualität der Gleichstellung in der LINKEN zu bestimmen, wurden folgende Ebenen untersucht und im Folgenden dargestellt:

- die Mitgliederentwicklung,
- die Umsetzung der Quotierungsvorschrift auf allen Ebenen der Partei und der Fraktionen,
- die Geschlechterverteilung der Hauptamtlichen in der Partei und
- die Zusammensetzung der Wählerschaft.

Zur besseren Übersicht befinden sich die meisten Tabellen und einige Hintergrundinformationen im Anhang.

### **1. Mitgliederentwicklung/ Parteientwicklung**

Die Entwicklung des Frauenanteils in der LINKEN wurde anhand der Mitgliederzahlen und der Eintritte in die Partei DIE LINKE überprüft.

#### **1.1. Mitgliederzahlen der im Bundestag vertretenen Parteien im Vergleich**

DIE LINKE hat einen Frauenanteil von 36,6 Prozent. Damit verzeichnet der Frauenanteil der LINKEN einen leichten Anstieg zum Vorjahr, nachdem er seit 2006 kontinuierlich gesunken war. DIE LINKE hat nach der Partei Bündnis 90/ Die Grünen den zweithöchsten Frauenanteil der im Bundestag vertretenen Parteien. *(Siehe Anhang Tabelle 1).*

#### **1.2. Mitgliederzahlen nach Landesverbänden**

In den östlichen Landesverbänden der LINKEN (inklusive Berlin) beträgt der Frauenanteil im Berichtszeitraum 43 Prozent, in den westlichen Landesverbänden 30 Prozent.

Der Anteil von Frauen in den östlichen Bundesländern ist immer noch stärker als in den westlichen Bundesländern. Das liegt darin begründet, dass die LINKE davon profitierte, dass in den Parteien- und Massenorganisationen der DDR-Frauen einen annähernd gleich großen Mitgliederanteil bildeten und die durch ihre Vorgängerparteien im Osten einen deutlich höheren Frauenanteil als im Westen zu verzeichnen hatte. Dieser geht jedoch in den neuen Bundesländern qua Alter verloren, nur noch in den Altersklassen über 80 Jahren liegt der Frauenanteil über 50 Prozent. Der Frauenanteil im Westen steigt leicht an (2011 Ost: 44,1 Prozent, West: 25,1 Prozent; 2020: Ost 43 Prozent, West: 31 Prozent). *(Siehe Anhang Tabelle 2)*

#### **1.3. Eintritte nach Landesverbänden**

Der Anteil von Frauen bei den Neumitgliedern lag 2020 bei 35 Prozent (vgl. 2019: 34 Prozent). Der Frauenanteil bei den Neueintritten 2020 ist im Vergleich zum Vorjahr leicht angestiegen. DIE LINKE hat im Jahr 2020 auch in absoluten Zahlen mehr Frauen für die Partei gewinnen können als 2019 (2019: 1.496 Frauen, 2020: 1.751 Frauen).

Über dem Durchschnitt der weiblichen Neueintritte von 35 Prozent liegen Berlin mit 43 Prozent, Bremen mit 46 Prozent, Hessen mit 39 Prozent, Rheinland-Pfalz mit 36 Prozent und Saarland, Sachsen-Anhalt und Thüringen mit jeweils 38 Prozent.

In zwölf Landesverbänden ist der prozentuale Frauenanteil an Neumitgliedern im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. In acht dieser Landesverbände wurden 2020 auch absolut mehr Frauen gewonnen als im Vorjahr (Baden-Württemberg, Berlin, Bremen, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Sachsen-Anhalt und Thüringen).

In vier Landesverbänden ist der Anteil an Frauen bei den Neumitgliedern gesunken (Bayern, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein). Dabei hat Hamburg im Vergleich zum Vorjahr in absoluten Zahlen mehr Frauen gewonnen, auch wenn der Anteil an Frauen bei den Neumitgliedern gesunken ist (2019: Eintritte 71 Frauen, 2020: Eintritte 78 Frauen). *(Siehe Anhang Tabelle 4)*

#### **1.4. Altersstruktur der weiblichen Mitglieder**

Der Frauenanteil an den Mitgliedern liegt bis zum Alter von 60 Jahren unter dem Durchschnitt von 36,6 Prozent, ab 60 Jahre wird er überdurchschnittlich. Je jünger, desto weniger weibliche Mitglieder, je älter desto mehr. Bei den Mitgliedern bis 45 Jahre und 66-75 Jahre ist im Vergleich zu 2019 ein Anstieg der weiblichen Mitglieder zu verzeichnen. *(Siehe Anhang Tabelle 3)*

## **2. Quotierung der Gremien und Organe**

Die Mindestquotierung wird in den Gremien der Partei sehr unterschiedlich umgesetzt. Dabei gilt: Je höher das Gremium, desto eher wird die Mindestquotierung erfüllt.

### **2.1. Parteitage**

Auf den Bundesparteitagen ist sowohl die Zahl der gewählten Delegierten als auch die der zum Parteitag anwesenden Delegierten immer über 50 Prozent quotiert. Betrachtet man die vergangenen fünf Bundesparteitage, liegt der Frauenanteil der gewählten Delegierten immer über 52 Prozent. Parteitage der Partei DIE LINKE sind seit der Gründung der Partei DIE LINKE konstant mindestquotiert. *(Siehe Anhang Tabelle 5)*

### **2.2. Parteivorstand**

Im Parteivorstand der LINKEN ist mit 50 Prozent Frauenanteil mindestquotiert. Den Parteivorsitz der Bundespartei teilen sich zwei Frauen. Die Mindestquotierung des Parteivorstandes wird bei Wahlen zum Parteivorstand kontinuierlich eingehalten. *(Siehe Anhang Tabellen 7 und 8)*

### **2.3. Bundesausschuss**

Der Bundesausschuss hat einen Frauenanteil von über 50 Prozent bei den stimmberechtigten Mitgliedern. Das Bundesausschusspräsidium war mit drei Frauen und drei zu 50 Prozent Männern quotiert. Der Bundesausschuss der Partei DIE LINKE ist seit Bestehen des Gremiums mindestquotiert. *(Siehe Anhang Tabelle 6)*

### **2.4. Landesvorstände**

Von den 16 Landesvorständen erfüllten zum Stand November 2021 vierzehn Landesverbände die Vorgabe der Mindestquotierung. Von diesen vierzehn mindestquotierten Landesvorständen wiesen vier (Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland) mehr als 50 Prozent Frauen im Vorstand auf. Zwei Landesvorstände (Hessen und Schleswig-Holstein) waren nicht mindestquotiert besetzt. *(Siehe Anhang Tabelle 7)*

## **Vorsitze auf Bundes- und Landesebenen**

Im Berichtszeitraum waren siebzehn von insgesamt einunddreißig Vorsitzenden auf Bundes- und Landesebene Frauen. Somit lag der Frauenanteil im November 2020 bei 55 Prozent (2019: 52 Prozent). In einem von drei Landesverbänden, in denen es nur einen Vorsitz gab, war dieses Amt

durch Frauen besetzt (Berlin), in den anderen beiden Landesverbänden wird diese Position von Männern besetzt (Saarland und Sachsen-Anhalt).

Dreizehn Landesverbände und der Parteivorstand hatten je eine Doppelsitze und waren mit Ausnahme des Landesverbandes Brandenburg durchgängig mit je einer Frau und einem Mann besetzt. In Brandenburg teilten sich im Berichtszeitraum zwei Frauen den Vorsitz.

2011 lag der Anteil Frauen an den Vorsitzen bei 44 Prozent, seit 2013 sind kontinuierlich mindestens die Hälfte aller Vorsitzenden der Bundes- und Landesvorstände Frauen. *(Siehe Anhang, Tabelle 8)*

### **Geschäftsführungen der Bundes- und Landesverbände**

Seit 2013 werden im Gleichstellungsbericht die Daten für die Position der Geschäftsführung im Bund und in den Landesverbänden erhoben. Anders als bei den Vorsitzen gibt es für den Bereich der Geschäftsführung im Konzept zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit in der LINKEN keine Zielsetzung der Mindestquotierung dieser Position. Festzustellen ist, dass seit Erhebung der Daten deutlich mehr Männer die Position der Geschäftsführungen innehatten. Lag der Frauenanteil 2013 noch bei 35 Prozent, ging er im Jahr 2017 auf 18 Prozent und im Jahr 2018 sogar auf 11 Prozent Frauenanteil zurück. Zum 31. Dezember 2019 lag der Frauenanteil der Geschäftsführungen bei 28 Prozent, im November 2021 liegt er bei 22 Prozent. In elf von zwölf Vorständen mit quotierter Doppelspitze sind die Geschäftsführungen mit Männern besetzt. Die Ausnahmen bildet Baden-Württemberg. *(Siehe Anhang Seite 20f, Tabelle 9)*

### **2.5. Kreis- und Bezirksvorstände**

Problematischer stellt sich die Situation nach wie vor in den Kreisverbänden dar.

#### **Zum Stichtag 31. Dezember 2020:**

149 Kreisverbände (50 Prozent) von 296 untersuchten Kreisverbänden (insgesamt gab es 348) hielten die Mindestquotierung nicht ein, da ihre Vorstände aus mehr männlichen als weiblichen Mitgliedern bestanden. Von diesen 149 Kreisverbänden unterschritten nur 35 Kreisverbände (23 Prozent) die 25 Prozent Marke Frauenanteil an der Mitgliedschaft im Kreisverband und hätten damit von der Ausnahmeregelung in der Satzung der LINKEN bezüglich der Mindestquotierung Gebrauch machen können.

Daraus ergibt sich, dass 114 Kreisverbände – also 39 Prozent der untersuchten Kreisverbände – gegen die Satzung verstießen. 76 (26 Prozent) der 149 nichtquotierten Kreisvorstände hatten prozentual weniger Frauen in ihren Reihen als anteilig an der Mitgliedschaft.

223 (75 Prozent) aller untersuchten Kreisvorstände wiesen anteilig einen höheren Frauenanteil in ihren Vorständen auf als in der Mitgliedschaft. In 17 (fünf Prozent) Kreisvorständen gab es keine einzige Frau. Im Jahr 2019 gab es keinen Landesverband, dessen gesamte Kreisvorstände mindestquotiert waren. *(Siehe Anhang, Tabelle 17)*

## **3. Quotierung der Fraktionen**

### **3.1. Gruppe der LINKEN im Europaparlament**

Die Delegation der LINKEN im Europaparlament erfüllte weiterhin mit 60 Prozent Frauenanteil die Mindestquotierung. *(Siehe Anhang, Tabelle 10)*

### **3.2. Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag**

Die Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag wies zum November 2021 mit einem Anteil von 21 weiblichen von insgesamt 39 Abgeordneten einen Anteil von 54 Prozent auf und lag und liegt auch in dieser Wahlperiode über der Mindestquotierung. *(Siehe Anhang, Tabelle 10)*

### **3.3. Linksfaktionen in den Landesparlamenten**

In sechs von zehn Landtagsfraktionen wurde die Mindestquotierung eingehalten. Die Linksfaktionen in Berlin, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen lagen 2019 über der Mindestquotierung. Vier von zehn Linksfaktionen hielten die Mindestquotierung nicht ein (Linksfraktion Bremen, Linksfraktion Hessen, Linksfraktion im Saarland und die Linksfraktion in Thüringen). Im Saarland war die Landesliste zur Aufstellung der Kandidat\*innen für die Landtagswahl 2017 nicht quotiert.

In Thüringen war die Landesliste zur Aufstellung der Kandidat\*innen für die Landtagswahl 2019 quotiert, jedoch wurden 11 Direktmandate von fünf Frauen und sechs Männern gewonnen.

In Bremen war die Landesliste zur Aufstellung der Kandidat\*innen für die Wahl zur Bremer Bürgerschaft quotiert, jedoch wurde durch Kumulieren und Panaschieren die Reihenfolge der Liste bei der Wahl aufgehoben. *(Siehe Anhang, Tabelle 10)*

### **3.4. Vorsitz der Fraktionen in den Landesparlamenten und der Bundestagsfraktion und der Gruppe der LINKEN im Europaparlament**

Im Berichtszeitraum waren zehn von insgesamt achtzehn Vorsitzenden der Fraktionen in den Landesparlamenten, im Bundestag und der Delegation im Europaparlament Frauen. Somit lag der Frauenanteil zum November 21 bei 56 Prozent (2019: 53 Prozent).

In drei von sechs Fraktionen, in denen es nur einen Vorsitz gab, war dieses Amt durch Frauen besetzt (Delegation im Europaparlament, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt), in den anderen drei Fraktionen wird diese Position von Männern besetzt (Brandenburg, Saarland und Sachsen).

Sechs Fraktionen hatten je zwei Vorsitzende (oder Sprecherinnen und Sprecher) und waren bis auf einen Landesverband durchgängig mit je einer Frau und einem Mann besetzt. In der Hamburger Bürgerschaftsfraktion der LINKEN teilten sich im Berichtszeitraum zwei Frauen den Vorsitz.

2011 lag der Anteil Frauen an den Vorsitzen bei 40 Prozent, seit 2016 sind kontinuierlich mindestens die Hälfte aller Vorsitzenden der Landesparlamente, der Bundestagsfraktion und der Gruppe der LINKEN im Europaparlament Frauen. *(Siehe Anhang, Tabelle 11)*

## **4. DIE LINKE in Regierungsverantwortung**

### **4.1. Frauenanteil in den Landesregierungen, an denen DIE LINKE beteiligt ist**

DIE LINKE war zum November 2021 an vier Landesregierungen beteiligt. In Bremen, Berlin und Thüringen koalierte sie zum November 2021 mit der SPD und B90/Die Grünen. In Mecklenburg-Vorpommern mit der SPD. DIE LINKE stellt zum Stichtag (November 2021) einundzwanzig Minister\*innen und Staatssekretär\*innen, davon sind neun Frauen\* (Frauenanteil von 43 Prozent).

Die Quotierung in den Landesregierungen wurde unterschiedlich eingehalten. Vor allem bei den Senator\*innen, den Staatssekretär\*innen in Berlin, den Staatssekretär\*innen in Mecklenburg-Vorpommern und den Staatssekretär\*innen in Thüringen lag sie deutlich unter der Mindestquotierung.

Dafür waren die linken Senator\*innen in Bremen (100 Prozent Frauenanteil) und den zwei Minister\*innen in Mecklenburg-Vorpommern (100 Prozent Frauenanteil) deutlich über der Mindestquotierung. In Thüringen waren die Minister\*innen der LINKEN quotiert. *(Siehe Anhang, Tabelle 12)*

## 5. Frauenanteil bei Wahlen

Mit wenigen Ausnahmen wird DIE LINKE von Frauen und Männer prozentual nahezu gleich stark gewählt. War der Anteil an Wählern nach Neugründung der Partei noch deutlich höher als der Anteil an Wählerinnen, hat hier mittlerweile eine Angleichung stattgefunden. Bei den Landtagswahlen 2014 in Sachsen und Brandenburg, 2016 in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin, 2017 in Schleswig-Holstein und Niedersachsen, 2018 in Hessen und 2019 in Thüringen wählten sogar mehr Frauen als Männer DIE LINKE. (Siehe Anhang, Tabelle 15)

## 6. Frauenanteil Direktkandidat\*innen bei Bundestagswahlen

Während bei der Aufstellung von Kandidat\*innen die Quotierung innerhalb der LINKEN auf Landes- und Bundesebene weitestgehend eingehalten wird, werden bei den Direktkandidat\*innen in den Wahlkreisen deutlich mehr Männer als Frauen aufgestellt. Dies wirkte sich bei der Bundestagswahl 2021 so aus, dass von den 295 Direktkandidatinnen und -kandidaten 195 Männer und 95 Frauen (32 Prozent) waren (2017:33 Prozent). Von drei gewonnenen Direktmandaten der LINKEN bei der Bundestagswahl 2011 wurden zwei von Männern und eines von einer Frau gewonnen. (33 Prozent Frauenanteil). Zur Bundestagswahl 2017 wurden von fünf Direktmandate gewonnen, zwei von Frauen und drei von Männern gewonnen (40 Prozent Frauenanteil). (Siehe Anhang, Tabelle 16)

## 7. Hauptamtliche Beschäftigte

Der Frauenanteil aller Beschäftigten der LINKEN lag zum Stichtag 31. Dezember 2020 bei 47 Prozent. Die Quotierung wurde damit bei den hauptamtlichen Beschäftigten der LINKEN im Gesamten nicht eingehalten. In der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN wurde die Mindestquotierung bei den Beschäftigten mit 50 Prozent eingehalten.

In den Landesverbänden lag die Quotierung der Beschäftigten der LINKEN zum Stichtag insgesamt bei 46 Prozent. In neun Landesverbänden (Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Saarland, Sachsen und Sachsen-Anhalt) wurde die Mindestquotierung bei den Beschäftigten eingehalten. In Baden-Württemberg liegt der Frauenanteil bei den Beschäftigten mit 80 Prozent deutlich über der Mindestquotierung und im Saarland sind ausschließlich Frauen angestellt. Sieben Landesverbände erfüllen die Mindestquotierung bei den Beschäftigten nicht (Berlin, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Thüringen). In Schleswig-Holstein ist von den vier Mitarbeiter\*innen keine einzige Frau angestellt. (Siehe Anhang, Tabelle 13 und 14).

## 8. Fazit

Im achten Gleichstellungsbericht wurde eine umfangreiche Analyse der Ziele und Maßnahmen des Konzeptes zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit in der LINKEN durchgeführt. Dieser ist unter [https://www.die-linke.de/fileadmin/download/frauen/berichte/2019-12-31\\_achter\\_bericht\\_zur\\_geschlechtergleichstellung\\_in\\_der\\_linken.pdf](https://www.die-linke.de/fileadmin/download/frauen/berichte/2019-12-31_achter_bericht_zur_geschlechtergleichstellung_in_der_linken.pdf) zu finden.

Für den Berichtszeitraum zwischen 2019 und 2020/2021 kann herausgehoben werden, dass der Frauenanteil bei den Neumitgliedern und der Frauenanteil in der Mitgliedschaft erhöht werden konnten. Vor allem bei Frauen bis 45 konnte DIE LINKE ihren Mitgliederanteil im Vergleich zum Vorjahr ausbauen.

Auf Grund des Wahljahres konnten wichtige Weiterentwicklungen am Konzept zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit nicht umgesetzt werden und die Empfehlung aus dem achten Gleichstellungsbericht bleibt bestehen: „Eine Überarbeitung der 2011 beschlossenen Maßnahmen zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit ist nach wie vor dringend notwendig. Gerade die Maßnahmen für

die Kreisverbände waren wirkungslos oder wurden nicht eingehalten und müssen in einem gemeinsamen Prozess mit den Kreisvorsitzenden, den Landesgeschäftsführungen und den Verantwortlichen für Gleichstellungs- und feministische Politik in den Landesverbänden überarbeitet und umgesetzt werden. Die Verantwortlichkeiten für die Umsetzung und Evaluation der Maßnahmen des Konzeptes zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit müssen zukünftig klar benannt werden. Es wird empfohlen, die Mitgliedschaft zu befragen und damit Kenntnisse über die Sitzungskultur, die Teilhabe von Frauen\* an Politik, das Zeitmanagement in den Parteistrukturen und die Willkommenskultur sowie über die Erwartungen und Wünsche der weiblichen Mitglieder zu gewinnen, um die aktive Teilnahme von Frauen\* an der Politik und dem Parteileben der LINKEN zu verbessern.“

## 9. Anlagen

**Tabelle 1:** Frauenanteil in den Parteien (in Prozent):

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
DIE LINKE	44,4 <sup>1</sup>	39,1	37,6	37,2	37,3	37,3	37,7	37,3	37,5	37,2	36,9	36,5	36,4	36,4	36,6
Grüne	37,1	37,4	37,4	37,4	37,1	37,3	37,8	38,2	38,5	38,6	39,0	39,8	40,5	41,0	41,7
SPD	30,7	30,9	31,1	31,2	31,3	31,3	31,5	31,6	31,8	32,0	32,2	32,5	32,6	32,8	33,0
CDU	25,3	25,4	25,5	25,5	25,6	25,6	25,6	25,7	25,8	25,9	26,1	26,2	26,3	26,5	26,6
FDP	23,0	22,8	22,8	22,6	22,8	23,0	23,0	23,0	23,0	22,8	22,6	21,9	23,7	21,6	21,1
CSU	18,4	18,8	18,9	18,9	19,1	19,3	19,5	19,9	20,0	20,1	20,3	20,5	20,7	21,3	21,5
AfD	-	-	-	-	-	-	-	15,4	-	16,0	16,0	17,0	17,1	17,8	18,1

(Quelle: Niedermayer, Oskar: Parteimitglieder in Deutschland: Version 2021. Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 32, FU Berlin 2021.)

**Tabelle 2:** Mitglieder 2007–2020/Anteil Frauen

**LV= Landesverband; MZ= Mitgliederzahl; FA= Frauenanteil**

Stichtag: jeweils Stand 31. Dezember

	BW	BY	BE	BB	HB	HH	HE	MV	NI	NRW	RP	SL	SN	ST	SH	TH
Mitgliederzahl 2007	2.214	2.374	9.105	9.319	453	996	2.001	6.042	2.546	5.905	1.450	1.904	13.280	6.124	815	7.070
Frauenanteil in Prozent	23	23	47	45	28	23	24	45	24	23	23	29	47	46	23	44
Mitgliederzahl 2008	2.639	3.225	9.008	9.127	492	1.289	2.610	5.833	2.864	7.764	1.655	3.065	12.682	5.720	1.066	6.850
Frauenanteil in Prozent	23	24	46	45	30	23	24	45	25	24	25	29	47	46	24	44
Mitgliederzahl 2009	3.046	3.218	9.008	8.942	523	1.405	2.733	5.684	3.376	8.555	1.992	3.610	12.390	5.642	1.093	6.750
Frauenanteil in Prozent	22	23	45	44	28	22	23	45	25	25	26	29	45	45	26	43
Mitgliederzahl 2010	2.950	2.847	8.801	8.481	629	1.489	2.605	5.417	3.259	8.681	1.746	2.308	11.614	5.427	980	6.360

<sup>1</sup> (nur Linkspartei. PDS)



	BW	BY	BE	BB	HB	HH	HE	MV	NI	NRW	RP	SL	SN	ST	SH	TH
Frauenanteil in Prozent	27	22	44	44	28	24	25	45	24	26	27	31	45	45	27	43
Mitgliederzahl 2011	2.880	2.567	8.325	7.963	462	1.327	2.498	5.123	3.139	8.123	1.761	2.309	10.927	5.048	983	5.970
Frauenanteil in Prozent	23	23	44	43	31	26	26	45	25	26	29	31	45	44	26	43
Mitgliederzahl 2012	2.601	2.290	7.800	7.360	456	1.118	2.322	4.719	2.944	6.827	1.675	2.247	10.200	4.605	912	5.638
Frauenanteil in Prozent	24	24	44	44	29	27	26	45	26	27	29	32	45	44	26	43
Mitgliederzahl 2013	2.819	2.521	7.821	7.171	480	1.242	2.464	4.522	2.728	7.468	1.649	2.422	9.686	4.401	965	5.388
Frauenanteil in Prozent	24	24	43	44	29	28	26	45	25	27	29	32	45	43	26	43
Mitgliederzahl 2014	2.708	2.664	7.480	6.944	497	1.256	2.474	4.275	2.573	6.496	1.609	2.101	9.205	4.230	942	5.051
Frauenanteil in Prozent	24	24	43	44	28	29	26	45	26	28	30	33	45	43	26	43
Mitgliederzahl 2015	2.836	2.508	7.447	6.626	481	1.307	2.525	4.034	2.552	6.465	1.594	2.114	8.677	4.044	970	4.767
Frauenanteil in Prozent	25	24	43	44	29	29	27	45	26	28	29	33	45	43	26	43
Mitgliederzahl 2016	3.134	2.457	7.508	6.212	507	1.386	2.679	2.853	2.742	6.703	1.584	2.395	8.284	3.878	1.019	4.528
Frauenanteil in Prozent	25	25	42	44	29	30	26	44	26	28	30	35	45	43	27	43
Mitgliederzahl 2017	3.438	3.147	7.961	6.061	579	1.577	3.029	3.725	3.078	7.875	1.633	2.465	8.261	3.776	1.239	4.444
Frauenanteil in Prozent	26	27	42	43	31	31	27	44	26	28	30	35	44	43	29	43
Mitgliederzahl 2018	3.532	3.417	7.861	5.802	624	1.639	3.255	3.581	3.112	8.183	1.769	2.124	7.988	3.596	1.298	4.224
Frauenanteil in Prozent	26	28	42	44	31	32	28	44	27	29	29	35	43	43	31	43
Mitgliederzahl 2019	3.641	3.354	7.643	5.527	647	1.684	3.281	3.402	3.092	8.370	1.825	1.877	7.711	3.410	1.280	4.108
Frauenanteil in Prozent	27	28	42	44	31	33	29	44	27	30	30	34	43	42	33	42
Mitgliederzahl 2020	3.881	3.291	7.611	5.229	689	1.800	3.337	3.222	3.141	8.830	1.756	1.693	7.416	3.192	1.206	4.046
Frauenanteil in Prozent	28	29	42	43	34	32	30	44	27	31	30	35	43	42	33	42

**Tabelle 3:** Altersstruktur Mitgliedschaft Anteil Frauen

	2019		2019		2019		2020		2020	
	Anzahl Mitglieder	davon Frauen	Frauenanteil in Prozent	Anzahl Mitglieder	davon Frauen	Frauenanteil in Prozent	Anzahl Mitglieder	davon Frauen	Frauenanteil in Prozent	
14 bis 15 Jahre	44	7	16	44	8	18				
16 bis 20 Jahre	1.903	527	28	1.730	533	31				
21 bis 25 Jahre	4.665	1.400	30	4.975	1.515	30				
26 bis 30 Jahre	5.108	1.474	29	5.320	1.624	31				
31 bis 35 Jahre	4.400	1.314	30	4.903	1.499	31				
36 bis 40 Jahre	3.358	1.090	32	3.574	1.147	32				
41 bis 45 Jahre	2.777	844	30	2.953	920	31				
46 bis 50 Jahre	2.751	905	33	2.553	841	33				
51 bis 55 Jahre	3.928	1.280	33	3.654	1.214	33				
56 bis 60 Jahre	4.936	1.772	36	4.627	1.645	36				
61 bis 65 Jahre	5.342	2.066	39	5.081	1.947	38				
66 bis 70 Jahre	5.496	1.992	36	5.443	2.055	38				
71 bis 75 Jahre	3.352	1.283	38	3.529	1.298	37				
76 bis 80 Jahre	3.659	1.559	43	3.333	1.423	43				
81 bis 85 Jahre	4.009	2.001	50	3.691	1.777	48				
86 Jahre und älter	4.796	2.562	53	4.706	2.547	54				
unbekannt	238	74	31	234	70	30				
<b>Gesamt</b>	<b>60.862</b>	<b>22.150</b>	<b>36,4</b>	<b>60.350</b>	<b>22.063</b>	<b>36,6</b>				

Stichtag: Stand 31. Dezember 2019 und 31. Dezember 2020

**Tabelle 4:** Frauenanteil an den Eintritten in DIE LINKE 2007 bis 2020<sup>2</sup>

	BW	BY	Be	BRB	HB	HH	He	MV	Nds	NRW	RP	SL	SN	SNA	SH	TH	gesamt
Eintritte gesamt 2007	532	797	379	206	103	287	414	128	773	1.800	393	946	276	135	336	220	7.725
Eintritte Frauen 2007	171	194	96	52	33	73	85	52	191	450	93	234	72	39	77	55	1.967
Frauenanteil Eintritte 2007 in Prozent	<b>32</b>	<b>24</b>	<b>25</b>	<b>25</b>	<b>32</b>	<b>25</b>	<b>21</b>	<b>41</b>	<b>25</b>	<b>25</b>	<b>24</b>	<b>25</b>	<b>26</b>	<b>29</b>	<b>23</b>	<b>25</b>	<b>25</b>
Eintritte gesamt 2008	629	681	502	317	93	326	750	142	985	2.573	630	1.102	290	159	397	230	9.806
Eintritte Frauen 2008	141	193	153	83	32	71	151	34	240	670	187	364	66	41	100	56	2.582
Frauenanteil Eintritte 2008 in Prozent	<b>22</b>	<b>28</b>	<b>30</b>	<b>26</b>	<b>34</b>	<b>22</b>	<b>20</b>	<b>23</b>	<b>24</b>	<b>26</b>	<b>30</b>	<b>33</b>	<b>23</b>	<b>26</b>	<b>25</b>	<b>24</b>	<b>26</b>
Eintritte gesamt 2009	674	612	758	217	105	250	535	175	794	2.486	464	741	348	226	288	275	8.948
Eintritte Frauen 2009	158	150	171	48	24	56	151	49	214	735	126	229	75	56	78	65	2.385
Frauenanteil Eintritte 2009 in Prozent	<b>23</b>	<b>25</b>	<b>23</b>	<b>22</b>	<b>23</b>	<b>22</b>	<b>28</b>	<b>28</b>	<b>27</b>	<b>30</b>	<b>27</b>	<b>31</b>	<b>22</b>	<b>25</b>	<b>27</b>	<b>24</b>	<b>27</b>
Eintritte gesamt 2011	235	257	279	99	36	89	269	95	360	666	349	212	137	93	115	90	3.381
Eintritte Frauen 2011	68	74	84	29	14	35	80	35	96	216	129	127	32	25	24	17	1.085
Frauenanteil Eintritte 2011 in Prozent	<b>29</b>	<b>29</b>	<b>30</b>	<b>29</b>	<b>39</b>	<b>39</b>	<b>30</b>	<b>37</b>	<b>27</b>	<b>32</b>	<b>37</b>	<b>60</b>	<b>23</b>	<b>27</b>	<b>21</b>	<b>19</b>	<b>32</b>
Eintritte gesamt 2012	194	244	260	101	33	102	201	60	242	723	248	269	118	62	124	81	3.062
Eintritte Frauen 2012	45	61	66	38	7	36	44	19	73	224	83	99	30	19	35	31	910
Frauenanteil Eintritte 2012 in Prozent	<b>23</b>	<b>25</b>	<b>25</b>	<b>38</b>	<b>21</b>	<b>35</b>	<b>22</b>	<b>32</b>	<b>30</b>	<b>31</b>	<b>33</b>	<b>37</b>	<b>25</b>	<b>31</b>	<b>28</b>	<b>38</b>	<b>30</b>
Eintritte gesamt 2013	344	464	467	153	46	170	330	94	389	1.249	262	300	213	111	145	164	4.901
Eintritte Frauen 2013	87	116	145	47	19	52	92	28	90	381	72	112	63	30	34	54	1.422
Frauenanteil Eintritte 2013 in Prozent	<b>25</b>	<b>25</b>	<b>31</b>	<b>31</b>	<b>41</b>	<b>31</b>	<b>28</b>	<b>30</b>	<b>23</b>	<b>31</b>	<b>27</b>	<b>37</b>	<b>30</b>	<b>27</b>	<b>23</b>	<b>33</b>	<b>29</b>
Eintritte gesamt 2014	364	395	361	202	69	187	316	79	230	883	219	322	251	141	111	204	4.334
Eintritte Frauen 2014	93	114	105	69	18	67	79	25	64	303	68	120	74	42	33	65	1.339
Frauenanteil Eintritte 2014 in Prozent	<b>26</b>	<b>29</b>	<b>29</b>	<b>34</b>	<b>26</b>	<b>36</b>	<b>25</b>	<b>32</b>	<b>28</b>	<b>34</b>	<b>31</b>	<b>37</b>	<b>30</b>	<b>30</b>	<b>30</b>	<b>32</b>	<b>31</b>
Eintritte gesamt 2015	334	280	457	152	51	129	331	78	338	831	243	180	200	93	119	117	3.933

<sup>2</sup> Die Zahlen für 2010 liegen aufgrund einer Umstellung des Mitgliederprogrammes der LINKEN nicht vor, da diese nicht als zuverlässig gewertet werden können.

	BW	BY	Be	BRB	HB	HH	He	MV	Nds	NRW	RP	SL	SN	SNA	SH	TH	gesamt
Eintritte Frauen 2015	92	53	133	47	12	42	102	21	80	200	65	65	50	27	25	45	1.059
Frauenanteil Eintritte 2015 in Prozent	<b>28</b>	<b>19</b>	<b>29</b>	<b>31</b>	<b>24</b>	<b>33</b>	<b>31</b>	<b>27</b>	<b>24</b>	<b>24</b>	<b>27</b>	<b>36</b>	<b>25</b>	<b>29</b>	<b>21</b>	<b>38</b>	<b>27</b>
Eintritte gesamt 2016	485	418	648	127	65	163	415	109	457	975	259	531	341	121	160	132	5.406
Eintritte Frauen 2016	129	105	209	34	19	61	109	30	117	285	77	224	118	32	43	38	1.630
Frauenanteil Eintritte 2016 in Prozent	<b>27</b>	<b>25</b>	<b>32</b>	<b>27</b>	<b>29</b>	<b>37</b>	<b>26</b>	<b>28</b>	<b>26</b>	<b>29</b>	<b>30</b>	<b>42</b>	<b>35</b>	<b>26</b>	<b>27</b>	<b>29</b>	<b>30</b>
Eintritte gesamt 2017	747	985	1.126	240	117	304	589	128	631	1845	302	311	493	176	303	218	8.515
Eintritte Frauen 2017	208	312	424	81	41	109	199	37	175	528	85	126	143	60	101	83	2.712
Frauenanteil Eintritte 2017 in Prozent	<b>28</b>	<b>32</b>	<b>38</b>	<b>34</b>	<b>35</b>	<b>36</b>	<b>34</b>	<b>29</b>	<b>28</b>	<b>29</b>	<b>28</b>	<b>41</b>	<b>29</b>	<b>34</b>	<b>33</b>	<b>38</b>	<b>32</b>
Eintritte gesamt 2018	463	708	601	169	96	196	494	104	382	1.107	261	181	368	113	195	132	5.570
Eintritte Frauen 2018	132	216	218	114	35	67	162	35	106	381	85	69	129	29	80	41	1.899
Frauenanteil Eintritte 2018 in Prozent	<b>29</b>	<b>31</b>	<b>36</b>	<b>67</b>	<b>36</b>	<b>34</b>	<b>33</b>	<b>34</b>	<b>28</b>	<b>34</b>	<b>33</b>	<b>38</b>	<b>35</b>	<b>26</b>	<b>41</b>	<b>31</b>	<b>34</b>
Eintritte gesamt 2019	373	451	440	193	76	171	294	90	330	827	247	112	348	126	123	242	4.443
Eintritte Frauen 2019	113	151	166	61	28	71	98	20	110	271	86	39	115	36	48	83	1.496
Frauenanteil Eintritte 2019 in Prozent	<b>30</b>	<b>33</b>	<b>38</b>	<b>32</b>	<b>37</b>	<b>42</b>	<b>33</b>	<b>22</b>	<b>34</b>	<b>33</b>	<b>35</b>	<b>35</b>	<b>29</b>	<b>29</b>	<b>39</b>	<b>34</b>	<b>34</b>
Eintritte gesamt 2020	472	440	560	129	76	226	376	66	348	1.184	188	122	254	105	135	277	4.958
Eintritte Frauen 2020	149	129	242	44	35	78	145	19	96	413	67	46	95	40	47	106	1.751
Frauenanteil Eintritte 2020 in Prozent	<b>32</b>	<b>29</b>	<b>43</b>	<b>34</b>	<b>46</b>	<b>35</b>	<b>39</b>	<b>29</b>	<b>28</b>	<b>35</b>	<b>36</b>	<b>38</b>	<b>37</b>	<b>38</b>	<b>35</b>	<b>38</b>	<b>35</b>

**Tabelle 5:** Frauenanteil auf den Bundesparteitagen (in Prozent)

	Frauenanteil der gewählten Delegierten	Frauenanteil der anwesenden Delegierten
Parteitag Cottbus 2008	51,5	51,4
Europaparteitag Essen 2009	51,3	51
Parteitag Berlin 2009	51,9	51,2
Parteitag Rostock 2010	51,2	51,8
Parteitag Erfurt 2011	52,3	50,8
Parteitag Göttingen 2012	51,6	52,0
Parteitag Dresden 2013	51,9	48,4
Parteitag Hamburg 2014	51,9	51,6
Parteitag Berlin 2014	52,7	51,7
Parteitag Bielefeld 2015	52,4	51,4
Parteitag Magdeburg 2016	52,0	51,9
Parteitag Hannover 2017	52,5	52,4
Parteitag Leipzig 2018	52,1	50,6
Parteitag Bonn 2019	52,5	51,0
Digitaler Parteitag Februar 2021	52,0	51,6
Digitaler Parteitag Juni 2021	52,0	51,6

**Tabelle 6:** Frauenanteil im Bundesausschuss 2020

Gesamt	davon Frauen	Frauenanteil in Prozent
78 Mitglieder	40	51
Präsidium (6 Mitglieder)	3	50

**Tabelle 7:** Der Frauenanteil in den Vorständen der Partei:

	Parteivorstand	BW	BY	Be	BRB	HB	HH	He	MV	Nds	NRW	RP	SL	SN	SNA	SH	TH
Mitglieder Vorstand 2011	44	18	20	20	18	12	22	25	18	24	24	14	17	27	17	12	20
davon Frauen 2011	22	9	10	10	9	6	11	13	9	12	12	7	9	14	9	6	10
Frauenanteil 2011	<b>50%</b>	<b>50%</b>	<b>50%</b>	<b>50%</b>	<b>50%</b>	<b>50%</b>	<b>50%</b>	<b>52%</b>	<b>50%</b>	<b>50%</b>	<b>50%</b>	<b>50%</b>	<b>53%</b>	<b>52%</b>	<b>53%</b>	<b>50%</b>	<b>50%</b>
Mitglieder Vorstand 2012	44	18	20	18	20	12	18	23	18	24	20	13	17	21	16	10	20
davon Frauen 2012	22	9	9	9	10	6	8	13	9	13	10	6	9	11	8	4	10
Frauenanteil 2012	<b>50%</b>	<b>50%</b>	<b>45%</b>	<b>50%</b>	<b>50%</b>	<b>50%</b>	<b>45%</b>	<b>57%</b>	<b>50%</b>	<b>54%</b>	<b>50%</b>	<b>46%</b>	<b>53%</b>	<b>52%</b>	<b>50%</b>	<b>40%</b>	<b>50%</b>
Mitglieder Vorstand 2013	44	18	20	20	18	12	20	25	18	18	20	14	17	22	16	8	20
davon Frauen 2013	22	9	10	10	9	6	10	14	9	9	9	7	9	11	8	4	10
Frauenanteil 2013	<b>50%</b>	<b>50%</b>	<b>50%</b>	<b>50%</b>	<b>50%</b>	<b>50%</b>	<b>50%</b>	<b>56%</b>	<b>50%</b>	<b>50%</b>	<b>45%</b>	<b>50%</b>	<b>53%</b>	<b>50%</b>	<b>50%</b>	<b>50%</b>	<b>50%</b>
Mitglieder Vorstand 2014	44	18	19	20	18	12	20	25	18	18	20	14	17	22	16	5	20
davon Frauen 2014	22	9	9	10	9	6	10	13	9	9	10	7	9	11	8	2	10
Frauenanteil 2014	<b>50%</b>	<b>50%</b>	<b>47%</b>	<b>50%</b>	<b>50%</b>	<b>50%</b>	<b>50%</b>	<b>52%</b>	<b>50%</b>	<b>50%</b>	<b>50%</b>	<b>50%</b>	<b>53%</b>	<b>50%</b>	<b>50%</b>	<b>40%</b>	<b>50%</b>
Mitglieder Vorstand 2015	43	18	19	20	17	11	19	25	18	18	19	14	17	22	18	12	20
davon Frauen 2015	22	9	8	10	8	5	8	13	10	9	9	7	10	11	9	6	10
Frauenanteil 2015	<b>51%</b>	<b>50%</b>	<b>42%</b>	<b>50%</b>	<b>47%</b>	<b>45%</b>	<b>42%</b>	<b>52%</b>	<b>56%</b>	<b>50%</b>	<b>47%</b>	<b>50%</b>	<b>59%</b>	<b>50%</b>	<b>50%</b>	<b>50%</b>	<b>50%</b>
Mitglieder Vorstand 2016	44	20	19	20	17	12	19	25	17	19	24	10	17	22	17	12	20
davon Frauen 2016	22	10	10	10	8	6	10	13	9	11	12	5	9	11	9	6	10
Frauenanteil 2016	<b>50%</b>	<b>50%</b>	<b>53%</b>	<b>50%</b>	<b>47%</b>	<b>50%</b>	<b>53%</b>	<b>52%</b>	<b>53%</b>	<b>58%</b>	<b>50%</b>	<b>50%</b>	<b>53%</b>	<b>50%</b>	<b>53%</b>	<b>50%</b>	<b>50%</b>
Mitglieder Vorstand 2017	42	21	20	20	17	12	18	25	18	19	25	10	17	22	18	10	20
davon Frauen 2017	22	11	10	10	8	6	9	11	9	10	13	5	9	11	9	4	10
Frauenanteil 2017	<b>52%</b>	<b>52%</b>	<b>50%</b>	<b>50%</b>	<b>47%</b>	<b>50%</b>	<b>50%</b>	<b>44%</b>	<b>50%</b>	<b>53%</b>	<b>52%</b>	<b>50%</b>	<b>53%</b>	<b>50%</b>	<b>50%</b>	<b>40%</b>	<b>50%</b>
Mitglieder Vorstand 2018	44	20	14	20	18	12	19	25	18	19	25	13	13	18	18	10	20
davon Frauen 2018	22	10	8	10	9	6	10	12	9	10	13	6	9	9	9	5	10
Frauenanteil 2018	<b>50%</b>	<b>50%</b>	<b>57%</b>	<b>50%</b>	<b>50%</b>	<b>50%</b>	<b>53%</b>	<b>48%</b>	<b>50%</b>	<b>53%</b>	<b>52%</b>	<b>46%</b>	<b>69%</b>	<b>50%</b>	<b>50%</b>	<b>50%</b>	<b>50%</b>
Mitglieder Vorstand 2019	43	20	14	20	18	12	19	26	18	20	25	13	17	18	18	10	20

	Parteivorstand	BW	BY	Be	BRB	HB	HH	He	MV	Nds	NRW	RP	SL	SN	SNA	SH	TH
davon Frauen 2019	21	10	8	10	9	6	10	13	9	10	13	6	8	9	9	4	10
Frauenanteil 2019	<b>49%</b>	<b>50%</b>	<b>57%</b>	<b>50%</b>	<b>50%</b>	<b>50%</b>	<b>53%</b>	<b>48%</b>	<b>50%</b>	<b>50%</b>	<b>52%</b>	<b>46%</b>	<b>47%</b>	<b>50%</b>	<b>50%</b>	<b>40%</b>	<b>50%</b>
Mitglieder Vorstand 2020*	<b>44</b>	<b>20</b>	<b>14</b>	<b>20</b>	<b>18</b>	<b>12</b>	<b>19</b>	<b>26</b>	<b>16</b>	<b>20</b>	<b>23</b>	<b>13</b>	<b>15</b>	<b>18</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>20</b>
davon Frauen 2020*	<b>22</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>10</b>	<b>9</b>	<b>6</b>	<b>10</b>	<b>11</b>	<b>8</b>	<b>10</b>	<b>12</b>	<b>7</b>	<b>9</b>	<b>9</b>	<b>9</b>	<b>3</b>	<b>10</b>
Frauenanteil 2020*	<b>50%</b>	<b>50%</b>	<b>50%</b>	<b>50%</b>	<b>50%</b>	<b>50%</b>	<b>53%</b>	<b>42%</b>	<b>50%</b>	<b>50%</b>	<b>52%</b>	<b>54%</b>	<b>60%</b>	<b>50%</b>	<b>50%</b>	<b>38%</b>	<b>50%</b>

(\* Die Daten enthalten zum Teil neu gewählte Vorstände des Jahres 2021)

**Tabelle 8:** Der Frauenanteil bei den Vorsitzen der Partei:

	Parteivorstand	BW	BY	Be	BRB	HB	HH	He	MV	Nds	NRW	RP	SL	SN	SNA	SH	TH
Vorsitzende 2011	2	6	2	1	1	2	4	2	1	2	2	2	1	1	1	1	1
davon Frauen 2011	1	3	1	0	0	1	3	1	0	1	1	1	0	0	0	1	0
Frauenanteil in Prozent 2011	<b>50</b>	<b>50</b>	<b>50</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>50</b>	<b>75</b>	<b>50</b>	<b>0</b>	<b>50</b>	<b>50</b>	<b>50</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>100</b>	<b>0</b>
Vorsitzende 2012	2	5	2	1	1	2	2	2	1	2	2	2	1	1	1	1	1
davon Frauen 2012	1	3	1	0	0	1	1	1	0	1	1	1	0	0	1	0	0
Frauenanteil in Prozent 2012	<b>50</b>	<b>60</b>	<b>50</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>50</b>	<b>50</b>	<b>50</b>	<b>0</b>	<b>50</b>	<b>50</b>	<b>50</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>100</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
Vorsitzende 2013	2	4	2	1	1	2	2	2	1	2	2	2	1	1	1	1	1
davon Frauen 2013	1	3	1	0	0	1	1	1	1	1	1	1	1	0	1	0	1
Frauenanteil in Prozent 2013	<b>50</b>	<b>75</b>	<b>50</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>50</b>	<b>50</b>	<b>50</b>	<b>100</b>	<b>50</b>	<b>50</b>	<b>50</b>	<b>100</b>	<b>0</b>	<b>100</b>	<b>0</b>	<b>100</b>
Vorsitzende 2014	2	6	2	1	1	2	2	2	1	2	2	2	1	1	1	1	1
davon Frauen 2014	1	3	1	0	0	1	1	1	1	1	1	1	1	0	1	0	1
Frauenanteil in Prozent 2014	<b>50</b>	<b>50</b>	<b>50</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>50</b>	<b>50</b>	<b>50</b>	<b>100</b>	<b>50</b>	<b>50</b>	<b>50</b>	<b>100</b>	<b>0</b>	<b>100</b>	<b>0</b>	<b>100</b>
Vorsitzende 2015	2	5	2	1	1	2	2	2	1	2	2	2	1	1	1	2	1
davon Frauen 2015	1	3	1	0	0	1	1	1	1	1	1	1	1	0	1	1	1
Frauenanteil in Prozent 2015	<b>50</b>	<b>60</b>	<b>50</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>50</b>	<b>50</b>	<b>50</b>	<b>100</b>	<b>50</b>	<b>50</b>	<b>50</b>	<b>100</b>	<b>0</b>	<b>100</b>	<b>50</b>	<b>100</b>
Vorsitzende 2016	2	5	2	1	1	2	2	2	1	2	2	2	1	1	1	2	1
davon Frauen 2016	1	3	1	1	0	1	1	1	1	2	1	1	1	0	1	1	1
Frauenanteil in Prozent 2016	<b>50</b>	<b>60</b>	<b>50</b>	<b>100</b>	<b>0</b>	<b>50</b>	<b>50</b>	<b>50</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>50</b>	<b>50</b>	<b>100</b>	<b>0</b>	<b>100</b>	<b>50</b>	<b>100</b>
Vorsitzende 2017	2	2	2	1	1	2	2	2	2	2	2	2	1	1	1	2	1
davon Frauen 2017	1	1	1	1	0	1	1	1	1	2	1	1	0	1	0	1	1
Frauenanteil in Prozent 2017	<b>50</b>	<b>50</b>	<b>50</b>	<b>100</b>	<b>0</b>	<b>50</b>	<b>50</b>	<b>50</b>	<b>50</b>	<b>100</b>	<b>50</b>	<b>50</b>	<b>0</b>	<b>100</b>	<b>0</b>	<b>50</b>	<b>100</b>

	Parteivorstand	BW	BY	Be	BRB	HB	HH	He	MV	Nds	NRW	RP	SL	SN	SNA	SH	TH
Vorsitzende 2018	2	2	2	1	2	2	2	2	2	2	2	2	0	1	1	2	1
davon Frauen 2018	1	1	1	1	2	1	1	1	1	2	1	1	0	1	0	1	1
Frauenanteil in Prozent 2018	50	50	50	100	100	50	50	50	50	100	50	50	0	100	0	50	100
Vorsitzende 2019	2	2	2	1	2	2	2	2	2	2	2	2	1	2	1	2	1
davon Frauen 2019	1	1	1	1	2	1	1	1	1	1	1	1	0	1	0	1	1
Frauenanteil in Prozent 2019	50	50	50	100	100	50	50	50	50	50	50	50	0	50	0	50	100
Vorsitzende 2020*	2	2	2	1	2	2	2	2	2	2	2	2	1	2	1	2	2
davon Frauen 2020*	2	1	1	1	2	1	1	1	1	1	1	1	0	1	0	1	1
Frauenanteil in Prozent 2020*	100	50	50	100	100	50	50	50	50	50	50	50	0	50	0	50	50

(\* Die Daten enthalten zum Teil neu gewählte Vorsitzende des Jahres 2021)

**Tabelle 9:** Der Frauenanteil der Geschäftsführungen der Partei

	Parteivorstand	BW	BY	Be	BRB	HB	HH	He	MV	Nds	NRW	RP	SL	SN	SNA	SH	TH
Geschäftsführung 2013	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
davon Frauen F2013	0	0	0	1	1	0	0	0	0	1	0	0	0	1	1	0	1
Frauenanteil in Prozent 2013	0	0	0	100	100	0	0	0	0	100	0	0	0	100	100	0	100
Geschäftsführung 2014	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
davon Frauen 2014	0	0	0	1	1	0	0	0	0	1	0	0	0	1	1	0	1
Frauenanteil in Prozent 2014	0	0	0	100	100	0	0	0	0	100	0	0	0	100	100	0	100
Geschäftsführung 2015	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
davon Frauen 2015	0	0	0	1	1	0	0	0	0	1	0	0	0	1	1	0	1
Frauenanteil in Prozent 2015	0	0	0	100	100	0	0	0	0	100	0	0	0	100	100	0	100
Geschäftsführung 2016	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
davon Frauen 2016	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	1
Frauenanteil in Prozent 2016	0	0	0	0	100	0	0	0	0	0	0	0	0	100	100	0	100
Geschäftsführung 2017	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
davon Frauen 2017	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1
Frauenanteil in Prozent 2017	0	0	0	0	100	0	0	0	0	0	0	0	0	0	100	0	100





	Delegation im EP	Bundestag	Berlin	BRB	HB	HH	HE	MV	Nds	NRW	SL	SN	SAN	SH	TH
Frauenanteil in Prozent 2015	57	55	53	47	50	50	50	50	0	0	50	48	56	50	50
Mitglieder Fraktion 2016	7	69	27	17	8	10	6	11			8	27	16	28	
davon Frauen 2016	4	37	13	8	5	5	3	6			5	13	9	14	
Frauenanteil in Prozent 2016	57	54	48	47	50	50	50	55			50	48	56	50	50
Mitglieder Fraktion 2017	7	69	27	17	8	10	6	11			7	27	16	28	
davon Frauen 2017	4	37	13	9	5	5	3	6			3	14	9	14	
Frauenanteil in Prozent 2017	57	54	48	53	50	50	50	55			43	52	56	50	50
Mitglieder Fraktion 2018	7	69	27	17	10	10	9	11			7	27	16	28	
davon Frauen 2018	4	37	13	9	5	5	5	6			3	14	9	14	
Frauenanteil in Prozent 2018	57	54	48	53	50	50	56	55			43	52	56	50	50
Mitglieder Fraktion 2019	5	69	27	10	10	13	9	11			6	14	16	29	
davon Frauen 2019	3	37	14	5	3	7	5	6			2	9	9	13	
Frauenanteil in Prozent 2019	60	54	52	50	30	54	56	55			34	64	56	45	45
Mitglieder Fraktion 2020	5	39	24	10	10	13	9	9			6	14	12	29	
davon Frauen 2020	3	21	13	5	3	7	4	5			2	9	6	13	
Frauenanteil in Prozent 2020	60	54	54	50	30	54	45	56			33	64	50	45	45

**Tabelle 1 1:** Der Frauenanteil bei den Vorsitzenden der Fraktionen der LINKEN

	Delegation im EP	Bundestag	Berlin	BRB	HB	HH	HE	MV	Nds	NRW	SL	SN	SAN	SH	TH
Vorsitzende/ Sprecher*innen 2011		1	1	1	2	1	2	1	2	2	1	1	1	1	1
davon Frauen 2011		0	0	1	1	1	1	0	1	1	0	0	0	1	0
Frauenanteil in Prozent 2011		0	0	100	50	100	50	0	50	50	0	0	0	100	0
Vorsitzende/ Sprecher*innen 2012		1	1	1	1	1	2	1	2		1	1	1	1	1
davon Frauen 2012		0	0	0	1	1	1	0	1		0	0	0	0	0
Frauenanteil in Prozent 2012		0	0	0	100	100	50	0	50		0	0	0	0	0

	Delegation im EP	Bundestag	Berlin	BRB	HB	HH	HE	MV	Nds	NRW	SL	SN	SAN	SH	TH
Vorsitzende/ Sprecher*innen 2013		1	1	1	1	1	2	1			1	1	1		1
davon Frauen 2013		0	0	0	1	1	1	0			0	0	0		0
Frauenanteil in Prozent 2013		<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>50</b>	<b>0</b>			<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>		<b>0</b>
Vorsitzende/ Sprecher*innen 2014	2	1	1	1	1	1	2	1			1	1	1		1
davon Frauen 2014	1	0	0	0	1	1	1	0			0	0	0		1
Frauenanteil in Prozent 2014	<b>50</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>50</b>	<b>0</b>			<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>		<b>100</b>
Vorsitzende/ Sprecher*innen 2015	2	2	1	1	1	2	2	1		1	1	1	1		1
davon Frauen 2015	1	0	0	0	1	2	1	0		0	0	0	0		1
Frauenanteil in Prozent 2015	<b>50</b>	<b>50</b>	<b>0</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>50</b>	<b>0</b>		<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>		<b>100</b>
Vorsitzende/ Sprecher*innen 2016	2	2	2	1	1	2	2	1			1	1	1		1
davon Frauen 2016	1	1	1	0	1	2	1	1			0	0	0		1
Frauenanteil in Prozent 2016	<b>50</b>	<b>50</b>	<b>50</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>50</b>	<b>0</b>			<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>		<b>100</b>
Vorsitzende/ Sprecher*innen 2017	2	2	2	1	1	2	1	1			1	1	1		1
davon Frauen 2017	1	1	1	0	1	2	1	1			0	0	0		1
Frauenanteil in Prozent 2017	<b>50</b>	<b>50</b>	<b>50</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>0</b>			<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>		<b>100</b>
Vorsitzende/ Sprecher*innen 2018	2	2	2	1	1	2	1	1			1	1	1		1
davon Frauen 2018	1	1	1	0	1	2	1	1			0	0	0		1
Frauenanteil in Prozent 2018	<b>50</b>	<b>50</b>	<b>50</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>0</b>			<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>		<b>100</b>
Vorsitzende/ Sprecher*innen 2019	1	2	2	2	2	2	2	1			1	1	1		1
davon Frauen 2019	1	1	1	1	1	2	1	1			0	0	0		1
Frauenanteil in Prozent 2019	<b>100</b>	<b>50</b>	<b>50</b>	<b>50</b>	<b>50</b>	<b>100</b>	<b>50</b>	<b>100</b>			<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>		<b>100</b>
Vorsitzende/ Sprecher*innen 2020	1	2	2	1	2	2	2	1			1	1	1		2
davon Frauen 2020	1	1	1	0	1	2	1	1			0	0	1		1
Frauenanteil in Prozent 2020	<b>100</b>	<b>50</b>	<b>50</b>	<b>0</b>	<b>50</b>	<b>100</b>	<b>50</b>	<b>100</b>			<b>0</b>	<b>0</b>	<b>100</b>		<b>50</b>

**Tabelle 12:** Frauenanteil DIE LINKE in Regierungsämtern:

<b>DIE LINKE in der Regierung</b>	<b>gesamt</b>	<b>davon Frauen</b>	<b>Frauenanteil in Prozent</b>
Senator*innen Berlin	3	1	33
Staatssekretär*innen Berlin	4	1	25
Senator*innen Bremen	2	2	100
Ministerpräsident*in	1	0	0
Minister*innen Thüringen	4	2	50
Staatssekretär*innen in Thüringen	3	1	33
Minister*innen Mecklenburg-Vorpommern (Stichtag 17. November 2021)	2	2	100
Staatssekretär*innen Mecklenburg-Vorpommern (Stichtag 17. November 2021)	2	0	0
<b>Gesamt:</b>	<b>21</b>	<b>9</b>	<b>43</b>

**Tabellen 13 und 14:** Hauptamtlich Beschäftigte

**Tabelle 13:** Aufstellung nach Parteivorstand und Landesverbänden:

	<b>BW</b>	<b>BY</b>	<b>BE</b>	<b>BRB</b>	<b>HB</b>	<b>HH</b>	<b>HE</b>	<b>MV</b>	<b>NI</b>	<b>NRW</b>	<b>RP</b>	<b>SL</b>	<b>SN</b>	<b>SNA</b>	<b>SH</b>	<b>TH</b>	<b>PV</b>	<b>gesamt</b>
Mitarbeiter*innen	5	5	24	20	4	4	7	12	8	31	5	2	23	10	4	16	92	272
davon Frauen*	4	3	10	11	2	2	2	5	4	12	2	2	15	6	0	3	46	129
Frauenanteil in Prozent	80	60	42	55	50	50	29	42	50	39	40	100	65	60	0	19	50	47

Stand: 31.12.2020

**Tabelle 14:** Mitarbeiter\*innen der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN nach Entgeltgruppen:

Entgeltgruppen:	DV	8	7	6	5	4	3	2	1	gesamt
Mitarbeiter*innen	2	12	10	43	15	4	2	3	1	92
davon Frauen	1	7	5	19	11	1	1	0	1	46
Frauenanteil in Prozent	50	58	50	44	73	25	50	0	100	50

Stand: 31.12.2020

**Tabelle 15:** Wahlergebnisse der LINKEN nach Geschlecht (in Prozent):

Wahl	Gesamt	Frauen	Männer
Bundestagswahl 2005	8,7	8	10
Bürgerschaftswahlen Bremen 2007	8,6	7	11
Landtagswahl Niedersachsen 2008	7,3	6	9
Bürgerschaftswahlen Hamburg 2008	7,7	6	10
Landtagswahl Bayern 2008	4,9	4	6
Landtagswahl Hessen 2009	5,4	4	7
Europawahl 2009	7,5	6	9
Landtagswahl Saarland 2009	21,3	18	24
Landtagswahl Sachsen 2009	20,6	19	21
Landtagswahl Thüringen 2009	27,4	26	29
Landtagswahl Schleswig-Holstein 2009	6,0	6	6
Landtagswahl Brandenburg 2009	27,2	26	28
Bundestagswahl 2009	11,9	11	13
Landtagswahl Nordrhein-Westfalen 2010	5,6	4	7
Bürgerschaftswahl Hamburg 2011	6,4	6	7
Landtagswahl Sachsen-Anhalt 2011	23,7	22	25
Landtagswahl Baden-Württemberg 2011	2,8	2	3
Landtagswahl Rheinland-Pfalz 2011	3,0	2	4

<b>Wahl</b>	<b>Gesamt</b>	<b>Frauen</b>	<b>Männer</b>
Bürgerschaftswahl Bremen 2011	5,6	5	6
Landtagswahl Mecklenburg-Vorp. 2011	18,4	18	19
Abgeordnetenhauswahl Berlin 2011	11,7	11	12
Landtagswahl Saarland 2012	16,10	14	18
Landtagswahl Schleswig Holstein 2012	2,3	2	2
Landtagswahl Nordrhein-Westfalen 2012	2,5	3	4
Landtagswahl Niedersachsen 2013	3,1	3	4
Landtagswahl Bayern 2013	2,1	2	2
Bundestagswahl 2013	8,6	8	9
Landtagswahl Hessen 2013	5,2	5	6
Europawahl 2014	7,4	7	8
Landtagswahl Sachsen 2014	18,9	19	18
Landtagswahl Brandenburg 2014	18,6	19	18
Landtagswahl Thüringen 2014	28,2	28	28
Bürgerschaftswahl Hamburg 2015	8,5	8	9
Bürgerschaftswahl Bremen 2015	9,5	9	10
Landtagswahl Baden-Württemberg 2016	2,9	3	3
Landtagswahl Rheinland-Pfalz 2016	2,8	3	3
Landtagswahl Sachsen-Anhalt 2016	16,3	16	17
Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2016	13,2	13	12
Abgeordnetenhauswahl Berlin 2016	15,4	16	15
Landtagswahl Nordrhein-Westfalen 2017	4,9	5	5
Landtagswahl Saarland 2017	12,9	12	14
Landtagswahl Schleswig Holstein 2017	3,8	4	4
Bundestagswahl 2017	9,2	9	9
Landtagswahl Niedersachsen 2017	4,6	5	4
Landtagswahl Bayern 2018	3,2	3	3

Wahl	Gesamt	Frauen	Männer
Landtagswahl Hessen 2018	6,3	7	6
Europawahl 2019	5,5	5	6
Bürgerschaftswahl Bremen 2019	11,3	11	11
Landtagswahl Brandenburg 2019	10,7	10	10
Landtagswahl Sachsen 2019	10,4	10	10
Landtagswahl Thüringen 2019	31,0	33	29
Bürgerschaftswahl Hamburg 2020	9,1	9	9
Landtagswahl Baden-Württemberg 2021	3,1	3	4
Landtagswahl Rheinland-Pfalz 2021	2,5	2	3
Landtagswahl Sachsen-Anhalt 2021	11,0	11	11
Bundestagswahl 2021	4,9	5	5
Abgeordnetenhauswahl Berlin 2021	14,1	14	14
Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2021	9,9	10	10

(Quelle: Infratest dimap)

**Tabelle 16:** Direktkandidat\*innen Bundestagswahl

Jahr	gesamt	davon Frauen	Frauenanteil in Prozent	Gewonnene Direktmandate	Davon Frauen	Frauenanteil in Prozent
BTW 2009	299	82	27	16	7	44
BTW 2013	298	95	32	4	2	50
BTW 2017	298	97	33	5	2	40
BTW 2021	295	95	32	3	1	33

**Tabellen 17:** Quotierung von Kreisvorständen

Die Tabelle setzt sich aus dem Anteil Frauen an der Mitgliedschaft und dem Anteil an Frauen im Kreis-, bzw. Stadtvorstand zusammen. Die Differenz gibt das Verhältnis des Anteils von Frauen in der Mitgliedschaft zum Anteil von Frauen im Kreisvorstand wieder. Die Kreisverbände mit der größten Minus-Differenz bei den Prozentpunkten weisen die eklatantesten Verstöße gegen das Gebot der Mindestquotierung auf.

Kreisverband	Bundesland	MZ 2020	davon Frauen 2020	FA Mitgliedschaft in Prozent 2020	Mitglieder Vorstand 2020	Frauen im Vorstand 2020	FA im Vorstand in Prozent 2020	Differenz FA Mitgliedschaft und FA Vorstand in Prozent 2020
DIE LINKE.KV Northeim	Nds	56	9	16,1	3	2	66,7	50,6
DIE LINKE.KV Ludwigsburg	BW	158	34	21,5	6	4	66,7	45,2
DIE LINKE.KV Esslingen	BW	159	36	22,6	6	4	66,7	44,0
DIE LINKE.KV Ahrweiler	RP	36	4	11,1	4	2	50,0	38,9
DIE LINKE.KV Holzminden	Nds	24	3	12,5	4	2	50,0	37,5
DIE LINKE.KV Kusel	RP	27	8	29,6	3	2	66,7	37,0
DIE LINKE.KV Aschaffenburg und	BY	62	15	24,2	5	3	60,0	35,8
DIE LINKE.KV Passau	BY	82	21	25,6	5	3	60,0	34,4
DIE LINKE.KV Uelzen	Nds	31	5	16,1	4	2	50,0	33,9
DIE LINKE.KV Pforzheim	BW	94	31	33,0	3	2	66,7	33,7
DIE LINKE.KV Gießen	He	172	51	29,7	8	5	62,5	32,9
DIE LINKE.HH BV Eimsbüttel	HH	247	85	34,4	9	6	66,7	32,3
DIE LINKE.BV Spandau	Be	126	35	27,8	5	3	60,0	32,2
DIE LINKE.KV Wiesbaden	He	182	63	34,6	3	2	66,7	32,1
DIE LINKE.KV Rems-Murr	BW	103	29	28,2	5	3	60,0	31,8
DIE LINKE.KV Goslar	Nds	79	20	25,3	7	4	57,1	31,8
DIE LINKE.KV Erlangen-Höchstadt	BY	99	31	31,3	8	5	62,5	31,2
DIE LINKE.KV Wesermarsch	Nds	50	18	36,0	3	2	66,7	30,7



Kreisverband	Bundesland	MZ 2020	davon Frauen 2020	FA Mitgliedschaft in Prozent 2020	Mitglieder Vorstand 2020	Frauen im Vorstand 2020	FA im Vorstand in Prozent 2020	Differenz FA Mitgliedschaft und FA Vorstand in Prozent 2020
DIE LINKE.KV Karlsruhe	BW	349	113	32,4	8	5	62,5	30,1
DIE LINKE.KV Marburg-Biedenkopf	He	269	67	24,9	11	6	54,6	29,6
DIE LINKE.KV Region Ingolstadt	BY	129	39	30,2	12	7	58,3	28,1
DIE LINKE.KV Trier-Saarburg	RP	57	17	29,8	7	4	57,1	27,3
DIE LINKE.KV Saarlouis	SL	184	65	35,3	8	5	62,5	27,2
DIE LINKE.KV Amper	BY	43	10	23,3	2	1	50,0	26,7
DIE LINKE.KV Ennepe-Ruhr	NRW	148	45	30,4	7	4	57,1	26,7
DIE LINKE.KV Frankenthal	RP	69	23	33,3	5	3	60,0	26,7
DIE LINKE.KV Ilmkreis	TH	197	91	46,2	11	8	72,7	26,5
DIE LINKE.KV Braunschweig	Nds	134	32	23,9	10	5	50,0	26,1
DIE LINKE.BV Steglitz-Zehlendorf	Be	173	59	34,1	5	3	60,0	25,9
DIE LINKE.KV Hameln Pyrmont	Nds	87	21	24,1	8	4	50,0	25,9
DIE LINKE.KV Oberland	BY	79	27	34,2	5	3	60,0	25,8
DIE LINKE.KV Minden-Lübbecke	NRW	85	21	24,7	2	1	50,0	25,3
DIE LINKE.KV Hamm	NRW	115	34	29,6	11	6	54,6	25,0
DIE LINKE.KV Koblenz	RP	67	17	25,4	6	3	50,0	24,6
DIE LINKE.KV Olpe	NRW	39	10	25,6	4	2	50,0	24,4
DIE LINKE.KV Reutlingen	BW	112	29	25,9	8	4	50,0	24,1
DIE LINKE.HH BV Altona	HH	356	128	36,0	10	6	60,0	24,0
DIE LINKE.KV Neunkirchen	SL	339	131	38,6	8	5	62,5	23,9
DIE LINKE.KV Konstanz	BW	84	22	26,2	8	4	50,0	23,8
DIE LINKE.KV Böblingen	BW	94	25	26,6	10	5	50,0	23,4
DIE LINKE.KV Schwabach-Roth	BY	42	7	16,7	5	2	40,0	23,3
DIE LINKE.KV Oldenburg Land	Nds	45	12	26,7	4	2	50,0	23,3

Kreisverband	Bundesland	MZ 2020	davon Frauen 2020	FA Mitgliedschaft in Prozent 2020	Mitglieder Vorstand 2020	Frauen im Vorstand 2020	FA im Vorstand Prozent 2020	Differenz FA Mitgliedschaft und FA Vorstand in Prozent 2020
DIE LINKE.KV Würzburg/Mainfranken	BY	119	32	26,9	6	3	50,0	23,1
DIE LINKE.KV Mainz/Mainz-Bingen	RP	265	86	32,5	9	5	55,6	23,1
DIE LINKE.KV Wuppertal	NRW	197	63	32,0	11	6	54,6	22,6
DIE LINKE.KV Donnersberg	RP	26	9	34,6	7	4	57,1	22,5
DIE LINKE.KV Westerwald	RP	40	11	27,5	6	3	50,0	22,5
DIE LINKE.BV Neukölln	Be	595	224	37,7	15	9	60,0	22,4
DIE LINKE.KV Herford	NRW	108	30	27,8	10	5	50,0	22,2
DIE LINKE.KV Segeberg	SH	79	22	27,9	6	3	50,0	22,2
DIE LINKE.KV Neuwied	RP	53	15	28,3	6	3	50,0	21,7
DIE LINKE.KV Offenbach-Stadt	He	110	39	35,5	7	4	57,1	21,7
DIE LINKE.KV Donau-Ries-Dillingen	BY	67	19	28,4	8	4	50,0	21,6
DIE LINKE.KV Wolfsburg	Nds	54	21	38,9	5	3	60,0	21,1
DIE LINKE.KV Heidelberg/Badische Bergstraße	BW	238	69	29,0	8	4	50,0	21,0
DIE LINKE.HH BV Wandsbek	HH	313	92	29,4	6	3	50,0	20,6
DIE LINKE.KV Nürnberg-Fürth	BY	462	136	29,4	12	6	50,0	20,6
DIE LINKE.KV Darmstadt	He	187	42	22,5	7	3	42,9	20,4
DIE LINKE.KV Göttingen	Nds	233	69	29,6	8	4	50,0	20,4
DIE LINKE.KV Schaumburg	Nds	37	11	29,7	4	2	50,0	20,3
DIE LINKE.KV Erding-Ebersberg	BY	47	14	29,8	6	3	50,0	20,2
DIE LINKE.KV Wesel	NRW	167	50	29,9	4	2	50,0	20,1
DIE LINKE.KV Lahn-Dill-Kreis	He	66	20	30,3	4	2	50,0	19,7
DIE LINKE.KV Osterholz	Nds	66	20	30,3	2	1	50,0	19,7
DIE LINKE.KV Köln	NRW	903	274	30,3	18	9	50,0	19,7

Kreisverband	Bundesland	MZ 2020	davon Frauen 2020	FA Mitgliedschaft in Prozent 2020	Mitglieder Vorstand 2020	Frauen im Vorstand 2020	FA im Vorstand in Prozent 2020	Differenz FA Mitgliedschaft und FA Vorstand in Prozent 2020
DIE LINKE.KV Offenbach-Kreis	He	104	39	37,5	7	4	57,1	19,6
DIE LINKE.KV Alzey-Worms	RP	103	36	35,0	11	6	54,6	19,6
DIE LINKE.KV Groß-Gerau	He	141	43	30,5	8	4	50,0	19,5
DIE LINKE.KV Steinfurt	NRW	160	49	30,6	6	3	50,0	19,4
DIE LINKE.HH BV Nord	HH	284	87	30,6	8	4	50,0	19,4
DIE LINKE.KV Werra-Meißner-Kreis	He	62	19	30,7	4	2	50,0	19,4
DIE LINKE.KV Jerichower Land	SNA	93	44	47,3	9	6	66,7	19,4
DIE LINKE.KV Schwäbisch-Hall/Hohenlohe	BW	91	28	30,8	12	6	50,0	19,2
DIE LINKE.KV Wilhelmshaven	Nds	39	12	30,8	2	1	50,0	19,2
DIE LINKE.KV Freising	BY	38	9	23,7	7	3	42,9	19,2
DIE LINKE.KV Solingen	NRW	84	32	38,1	7	4	57,1	19,1
DIE LINKE.KV Mannheim	BW	219	68	31,1	12	6	50,0	19,0
DIE LINKE.KV HB Mitte-Ost	HB	279	87	31,2	6	3	50,0	18,8
DIE LINKE.KV Birkenfeld	RP	29	7	24,1	7	3	42,9	18,7
DIE LINKE.KV Stormarn	SH	86	27	31,4	8	4	50,0	18,6
DIE LINKE.KV Merzig-Wadern	SL	114	41	36,0	11	6	54,6	18,6
DIE LINKE.KV Hannover	Nds	587	159	27,1	11	5	45,5	18,4
DIE LINKE.KV Rhein-Hardt	BW	79	25	31,7	6	3	50,0	18,4
DIE LINKE.KV Ludwigshafen / Rhein-Pfalz-Kreis	RP	88	28	31,8	8	4	50,0	18,2
DIE LINKE.KV HB Links der Weser	HB	157	50	31,9	6	3	50,0	18,2
DIE LINKE.HH BV Mitte	HH	372	119	32,0	6	3	50,0	18,0
DIE LINKE.KV Oberhausen	NRW	125	40	32,0	12	6	50,0	18,0
DIE LINKE.KV Leer	Nds	49	11	22,5	5	2	40,0	17,6

Kreisverband	Bundesland	MZ 2020	davon Frauen 2020	FA Mitgliedschaft in Prozent 2020	Mitglieder Vorstand 2020	Frauen im Vorstand 2020	FA im Vorstand in Prozent 2020	Differenz FA Mitgliedschaft und FA Vorstand in Prozent 2020
DIE LINKE.KV Suhl	TH	158	73	46,2	11	7	63,6	17,4
DIE LINKE.KV Oldenburg Stadt	Nds	206	58	28,2	11	5	45,5	17,3
DIE LINKE.KV Kaiserslautern Land	RP	113	37	32,7	8	4	50,0	17,3
DIE LINKE.KV Mittlere Oberpfalz	BY	67	22	32,8	8	4	50,0	17,2
DIE LINKE.KV Duisburg	NRW	329	109	33,1	14	7	50,0	16,9
DIE LINKE.KV Bonn	NRW	258	86	33,3	12	6	50,0	16,7
DIE LINKE.KV Oberberg	NRW	87	29	33,3	10	5	50,0	16,7
DIE LINKE.KV Mettmann	NRW	161	45	28,0	9	4	44,4	16,5
DIE LINKE.KV Kyffhäuserkreis	TH	151	59	39,1	9	5	55,6	16,5
DIE LINKE.KV Günzburg/Neu-Ulm	BY	55	11	20,0	11	4	36,4	16,4
DIE LINKE.KV Essen	NRW	395	134	33,9	10	5	50,0	16,1
DIE LINKE.KV Bergstraße	He	67	18	26,9	7	3	42,9	16,0
DIE LINKE.KV Düsseldorf	NRW	372	108	29,0	9	4	44,4	15,4
DIE LINKE.KV Trier (Stadtverband)	RP	98	34	34,7	4	2	50,0	15,3
DIE LINKE.KV Rheingau-Taunus	He	54	15	27,8	7	3	42,9	15,1
DIE LINKE.KV Viersen	NRW	83	29	34,9	6	3	50,0	15,1
DIE LINKE.KV Münster	NRW	261	77	29,5	9	4	44,4	14,9
DIE LINKE.KV Saale-Holzland	TH	102	46	45,1	10	6	60,0	14,9
DIE LINKE.KV Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	Sn	354	155	43,8	12	7	58,3	14,6
DIE LINKE.KV BRB /a.d.Havel	BRB	144	58	40,3	11	6	54,6	14,3
DIE LINKE.KV Frankfurt/M.	He	760	272	35,8	12	6	50,0	14,2
DIE LINKE.KV Ansbach/Weißenburg-Gunzenhausen	BY	64	23	35,9	4	2	50,0	14,1
DIE LINKE.KV Mülheim/Ruhr	NRW	66	24	36,4	6	3	50,0	13,6

Kreisverband	Bundesland	MZ 2020	davon Frauen 2020	FA Mitgliedschaft in Prozent 2020	Mitglieder Vorstand 2020	Frauen im Vorstand 2020	FA im Vorstand in Prozent 2020	Differenz FA Mitgliedschaft und FA Vorstand in Prozent 2020
DIE LINKE.KV Augsburg	BY	181	53	29,3	7	3	42,9	13,6
DIE LINKE.KV Stuttgart	BW	420	130	31,0	9	4	44,4	13,5
DIE LINKE. KV Börde	SNA	145	53	36,6	16	8	50,0	13,5
DIE LINKE.BV Reinickendorf	Be	235	86	36,6	8	4	50,0	13,4
DIE LINKE.KV Pirmasens	RP	174	64	36,8	8	4	50,0	13,2
DIE LINKE.KV Dortmund	NRW	370	116	31,4	9	4	44,4	13,1
DIE LINKE.KV Hildburghausen	TH	147	61	41,5	11	6	54,6	13,1
DIE LINKE.KV Main-Tauber	BW	30	9	30,0	7	3	42,9	12,9
DIE LINKE.KV Tübingen	BW	169	46	27,2	10	4	40,0	12,8
DIE LINKE.KV Emden	Nds	29	6	20,7	3	1	33,3	12,6
DIE LINKE.KV Osnabrück-Land	Nds	87	18	20,7	6	2	33,3	12,6
DIE LINKE.KV Leipzig	Sn	1.542	628	40,7	15	8	53,3	12,6
DIE LINKE.KV Hzgt. Lauenburg	SH	64	24	37,5	2	1	50,0	12,5
DIE LINKE HH BV Bergedorf	HH	87	24	27,6	5	2	40,0	12,4
DIE LINKE.KV Nordwestmecklenburg	MV	223	94	42,2	11	6	54,6	12,4
DIE LINKE.KV Kassel Stadt	He	266	74	27,8	5	2	40,0	12,2
DIE LINKE.BV Tempelhof-Schöneberg	Be	332	126	38,0	14	7	50,0	12,1
DIE LINKE.KV Nienburg	Nds	25	7	28,0	5	2	40,0	12,0
DIE LINKE.KV Celle	Nds	43	14	32,6	9	4	44,4	11,9
DIE LINKE.KV Osnabrück	Nds	110	31	28,2	5	2	40,0	11,8
DIE LINKE.KV München	BY	642	192	29,9	12	5	41,7	11,8
DIE LINKE.KV HB Nord-West	HB	188	72	38,3	6	3	50,0	11,7
DIE LINKE.KV Jena	TH	314	121	38,5	12	6	50,0	11,5

Kreisverband	Bundesland	MZ 2020	davon Frauen 2020	FA Mitgliedschaft in Prozent 2020	Mitglieder Vorstand 2020	Frauen im Vorstand 2020	FA im Vorstand in Prozent 2020	Differenz FA Mitgliedschaft und FA Vorstand in Prozent 2020
DIE LINKE.KV Bautzen	Sn	471	184	39,1	12	6	50,0	10,9
DIE LINKE.KV Dresden	Sn	1.106	433	39,2	20	10	50,0	10,9
DIE LINKE.KV Lausitz	BRB	529	228	43,1	13	7	53,9	10,8
DIE LINKE.KV Breisgau-Hochschwarzwald	BW	56	10	17,9	7	2	28,6	10,7
DIE LINKE.BV Friedrichshain-Kreuzberg	Be	972	383	39,4	12	6	50,0	10,6
DIE LINKE.KV Kiel	SH	245	83	33,9	9	4	44,4	10,6
DIE LINKE. KV Salzlandkreis	SNA	274	124	45,3	18	10	55,6	10,3
DIE LINKE.KV Oberspreewald / Lausitz	BRB	181	90	49,7	10	6	60,0	10,3
DIE LINKE.KV Altenkirchen	RP	33	9	27,3	8	3	37,5	10,2
DIE LINKE.KV Bochum	NRW	314	125	39,8	8	4	50,0	10,2
DIE LINKE. KV Harz	SNA	275	110	40,0	14	7	50,0	10,0
DIE LINKE.KV LK Rostock	MV	335	146	43,6	15	8	53,3	9,8
DIE LINKE.KV Lünebeck	SH	193	67	34,7	9	4	44,4	9,7
DIE LINKE.KV Schwalm-Eder-Kreis	He	67	16	23,9	6	2	33,3	9,5
DIE LINKE.KV Mayen-Koblenz	RP	37	13	35,1	9	4	44,4	9,3
DIE LINKE.KV Peene-Uecker-Ryck	MV	426	176	41,3	12	6	50,0	8,7
DIE LINKE. KV Mansfeld-Südharz	SNA	217	90	41,5	12	6	50,0	8,5
DIE LINKE.KV Aachen	NRW	423	127	30,0	13	5	38,5	8,4
DIE LINKE.KV Soest	NRW	124	46	37,1	11	5	45,5	8,4
DIE LINKE. SV Dessau-Roßlau	SNA	151	44	29,1	8	3	37,5	8,4
DIE LINKE.KV Warendorf	NRW	60	15	25,0	6	2	33,3	8,3
DIE LINKE.KV Märkisch Oderland	BRB	511	213	41,7	8	4	50,0	8,3

Kreisverband	Bundesland	MZ 2020	davon Frauen 2020	FA Mitgliedschaft in Prozent 2020	Mitglieder Vorstand 2020	Frauen im Vorstand 2020	FA im Vorstand in Prozent 2020	Differenz FA Mitgliedschaft und FA Vorstand in Prozent 2020
DIE LINKE. SV Halle	SNA	453	189	41,7	14	7	50,0	8,3
DIE LINKE.KV Teltow-Fläming	BRB	275	115	41,8	14	7	50,0	8,2
DIE LINKE. SV Magdeburg	SNA	379	159	42,0	8	4	50,0	8,1
DIE LINKE.KV Gelsenkirchen	NRW	91	27	29,7	8	3	37,5	7,8
DIE LINKE.KV Erzgebirge	Sn	494	231	46,8	11	6	54,6	7,8
DIE LINKE.KV Schmalkalden-Meiningen	TH	175	74	42,3	12	6	50,0	7,7
DIE LINKE.KV Görlitz	Sn	515	218	42,3	10	5	50,0	7,7
DIE LINKE.KV Regensburg	BY	109	28	25,7	3	1	33,3	7,7
DIE LINKE.KV Schweinfurt	BY	120	31	25,8	9	3	33,3	7,5
DIE LINKE.BV Mitte	Be	1.026	436	42,5	18	9	50,0	7,5
DIE LINKE.BV Pankow	Be	1.026	436	42,5	20	10	50,0	7,5
DIE LINKE.KV Oberhavel	BRB	367	156	42,5	12	6	50,0	7,5
DIE LINKE. KV Stendal	SNA	204	87	42,7	12	6	50,0	7,4
DIE LINKE.KV Rosenheim	BY	46	12	26,1	6	2	33,3	7,3
DIE LINKE.BV Charlottenburg-Wilmersdorf	Be	260	93	35,8	7	3	42,9	7,1
DIE LINKE.KV Mönchengladbach	NRW	148	49	33,1	5	2	40,0	6,9
DIE LINKE.KV Chemnitz	Sn	655	284	43,4	12	6	50,0	6,6
DIE LINKE.KV Main-Kinzig-Kreis	He	131	35	26,7	3	1	33,3	6,6
DIE LINKE.KV Eichsfeld	TH	92	40	43,5	8	4	50,0	6,5
DIE LINKE.KV Greiz	TH	140	61	43,6	10	5	50,0	6,4
DIE LINKE.KV Neumarkt	BY	26	7	26,9	3	1	33,3	6,4
DIE LINKE.KV WestSn	Sn	353	155	43,9	10	5	50,0	6,1
DIE LINKE.KV Havelland	BRB	239	105	43,9	10	5	50,0	6,1

Kreisverband	Bundesland	MZ 2020	davon Frauen 2020	FA Mitgliedschaft in Prozent 2020	Mitglieder Vorstand 2020	Frauen im Vorstand 2020	FA im Vorstand in Prozent 2020	Differenz FA Mitgliedschaft und FA Vorstand in Prozent 2020
DIE LINKE.KV Gera	TH	280	123	43,9	18	9	50,0	6,1
DIE LINKE.KV Landshut-Kelheim	BY	38	13	34,2	5	2	40,0	5,8
DIE LINKE.KV Prignitz	BRB	95	42	44,2	14	7	50,0	5,8
DIE LINKE.KV Unna	NRW	164	52	31,7	8	3	37,5	5,8
DIE LINKE.KV Wolfenbüttel	Nds	36	10	27,8	3	1	33,3	5,6
DIE LINKE.KV Vogtland	Sn	331	160	48,3	13	7	53,9	5,5
DIE LINKE.KV MittelSn	Sn	492	219	44,5	14	7	50,0	5,5
DIE LINKE.KV Potsdam	BRB	604	269	44,5	12	6	50,0	5,5
DIE LINKE.KV Bad-Kreuznach	RP	61	17	27,9	6	2	33,3	5,5
DIE LINKE.KV Rostock	MV	575	231	40,2	11	5	45,5	5,3
DIE LINKE.KV Pinneberg	SH	83	29	34,9	5	2	40,0	5,1
DIE LINKE.KV Vulkaneifel-Daun	RP	15	3	20,0	4	1	25,0	5,0
DIE LINKE. KV Saalekreis	SNA	252	114	45,2	10	5	50,0	4,8
DIE LINKE.KV NordwestSn	Sn	303	127	41,9	15	7	46,7	4,8
DIE LINKE.KV Bernkastel-Wittlich	RP	34	12	35,3	5	2	40,0	4,7
DIE LINKE.KV Uckermark	BRB	225	102	45,3	8	4	50,0	4,7
DIE LINKE.KV Bamberg/Forchheim	BY	79	19	24,1	7	2	28,6	4,5
DIE LINKE.KV Rhein-Erft	NRW	173	50	28,9	9	3	33,3	4,4
DIE LINKE.KV Sonneberg	TH	190	81	42,6	17	8	47,1	4,4
DIE LINKE.KV Saizgitter	Nds	69	20	29,0	12	4	33,3	4,4
DIE LINKE.KV Rotenburg/Wümme	Nds	48	14	29,2	3	1	33,3	4,2
DIE LINKE.KV Elbe-Elster	BRB	181	76	42,0	11	5	45,5	3,5
DIE LINKE.KV Bielefeld	NRW	319	96	30,1	12	4	33,3	3,2
DIE LINKE.KV Meckl. Seenplatte (MSP)	MV	609	287	47,1	10	5	50,0	2,9



Kreisverband	Bundesland	MZ 2020	davon Frauen 2020	FA Mitgliedschaft in Prozent 2020	Mitglieder Vorstand 2020	Frauen im Vorstand 2020	FA im Vorstand Prozent 2020	Differenz FA Mitgliedschaft und FA Vorstand in Prozent 2020
DIE LINKE.KV Gütersloh	NRW	95	29	30,5	6	2	33,3	2,8
DIE LINKE.KV Frankfurt/Oder	BRB	224	106	47,3	8	4	50,0	2,7
DIE LINKE.KV Allgäu	BY	96	25	26,0	7	2	28,6	2,5
DIE LINKE.KV Rhein-Kreis-Neuss	NRW	119	31	26,1	7	2	28,6	2,5
DIE LINKE.KV Ostalb	BW	123	38	30,9	6	2	33,3	2,4
DIE LINKE.BV Lichtenberg	Be	1.115	532	47,7	18	9	50,0	2,3
DIE LINKE.KV Bodensee	BW	90	28	31,1	6	2	33,3	2,2
DIE LINKE.KV Ostprignitz-Ruppin	BRB	251	100	39,8	12	5	41,7	1,8
DIE LINKE.KV Schwerin	MV	290	140	48,3	12	6	50,0	1,7
DIE LINKE. KV Altmarkkreis Salzwedel	SNA	104	40	38,5	10	4	40,0	1,5
DIE LINKE.KV Kassel Land	He	72	23	31,9	3	1	33,3	1,4
DIE LINKE.KV Speyer	RP	25	8	32,0	3	1	33,3	1,3
DIE LINKE.KV Siegen-Wittgenstein	NRW	137	44	32,1	9	3	33,3	1,2
DIE LINKE.KV Heidekreis	Nds	29	7	24,1	4	1	25,0	0,9
DIE LINKE.KV Odenwaldkreis	He	43	14	32,6	6	2	33,3	0,8
DIE LINKE.KV Leverkusen	NRW	49	16	32,7	3	1	33,3	0,7
DIE LINKE.KV Bad Dürkheim-Neustadt	RP	50	14	28,0	7	2	28,6	0,6
DIE LINKE.KV Altenburger Land	TH	151	75	49,7	4	2	50,0	0,3
DIE LINKE.KV Barnim	BRB	350	145	41,4	12	5	41,7	0,2
DIE LINKE.KV Lüchow-Dannenberg	Nds	30	10	33,3	6	2	33,3	0,0
DIE LINKE.KV Apolda-Weimar	TH	250	108	43,2	7	3	42,9	-0,3
DIE LINKE.KV Rhein-Sieg	NRW	247	75	30,4	10	3	30,0	-0,4
DIE LINKE.KV NiederBY Mitte	BY	44	9	20,5	5	1	20,0	-0,5

Kreisverband	Bundesland	MZ 2020	davon Frauen 2020	FA Mitgliedschaft in Prozent 2020	Mitglieder Vorstand 2020	Frauen im Vorstand 2020	FA im Vorstand in Prozent 2020	Differenz FA Mitgliedschaft und FA Vorstand in Prozent 2020
DIE LINKE.BV Marzahn-Hellersdorf	Be	747	326	43,6	14	6	42,9	-0,8
DIE LINKE.KV Limburg-Weilburg	He	42	11	26,2	4	1	25,0	-1,2
DIE LINKE.KV Friesland	Nds	26	9	34,6	3	1	33,3	-1,3
DIE LINKE.KV Steinburg	SH	47	10	21,3	5	1	20,0	-1,3
DIE LINKE.KV Cuxhaven	Nds	53	14	26,4	4	1	25,0	-1,4
DIE LINKE.KV Ortenau	BW	90	24	26,7	8	2	25,0	-1,7
DIE LINKE.KV Emmendingen	BW	41	11	26,8	4	1	25,0	-1,8
DIE LINKE.KV Traunstein	BY	52	16	30,8	7	2	28,6	-2,2
DIE LINKE.KV Peine	Nds	44	10	22,7	5	1	20,0	-2,7
DIE LINKE.KV Meißen	Sn	301	142	47,2	9	4	44,4	-2,7
DIE LINKE.KV Lippe	NRW	152	55	36,2	3	1	33,3	-2,9
DIE LINKE.KV Nordhausen	TH	173	82	47,4	9	4	44,4	-3,0
DIE LINKE.KV Heinsberg	NRW	109	33	30,3	11	3	27,3	-3,0
DIE LINKE.KV Recklinghausen	NRW	305	86	28,2	4	1	25,0	-3,2
DIE LINKE.KV Stade	Nds	53	15	28,3	4	1	25,0	-3,3
DIE LINKE.KV Main-Taunus-Kreis	He	55	11	20,0	6	1	16,7	-3,3
DIE LINKE.KV Harburg Land	Nds	65	13	20,0	6	1	16,7	-3,3
DIE LINKE.KV Sömmerda	TH	93	31	33,3	10	3	30,0	-3,3
DIE LINKE.KV Kraichgau-Neckar-Odenwald	BW	64	15	23,4	5	1	20,0	-3,4
DIE LINKE.KV Vorpommern-Rügen	MV	349	152	43,6	10	4	40,0	-3,6
DIE LINKE.KV Freiburg	BW	234	67	28,6	8	2	25,0	-3,6
DIE LINKE.KV Gifhorn	Nds	42	10	23,8	5	1	20,0	-3,8
DIE LINKE.KV Rhein-Lahn-Kreis	RP	24	1	4,2	5	0	0,0	-4,2
DIE LINKE.KV Dahme-Spreewald	BRB	328	137	41,8	8	3	37,5	-4,3

Kreisverband	Bundesland	MZ 2020	davon Frauen 2020	FA Mitgliedschaft in Prozent 2020	Mitglieder Vorstand 2020	Frauen im Vorstand 2020	FA im Vorstand in Prozent 2020	Differenz FA Mitgliedschaft und FA Vorstand in Prozent 2020
DIE LINKE.KV Bottrop	NRW	45	17	37,8	6	2	33,3	-4,4
DIE LINKE.KV Potsdam-Mittelmark	BRB	312	132	42,3	8	3	37,5	-4,8
DIE LINKE.KV Oder-Spree	BRB	399	186	46,6	12	5	41,7	-5,0
DIE LINKE.KV Landau	RP	56	13	23,2	11	2	18,2	-5,0
DIE LINKE.KV Diepholz	Nds	41	9	22,0	6	1	16,7	-5,3
DIE LINKE.KV Borken	NRW	89	16	18,0	8	1	12,5	-5,5
DIE LINKE.KV Neumünster	SH	26	8	30,8	4	1	25,0	-5,8
DIE LINKE.KV Paderborn	NRW	128	33	25,8	10	2	20,0	-5,8
DIE LINKE.KV Lörrach	BW	61	19	31,2	8	2	25,0	-6,2
DIE LINKE.KV Hildesheim	Nds	132	46	34,9	7	2	28,6	-6,3
DIE LINKE.KV Hersfeld-Rotenburg	He	53	14	26,4	5	1	20,0	-6,4
DIE LINKE.KV Schleswig-Flensburg	SH	34	8	23,5	6	1	16,7	-6,9
DIE LINKE.KV Göppingen	BW	59	16	27,1	5	1	20,0	-7,1
DIE LINKE.KV Dithmarschen	SH	51	21	41,2	6	2	33,3	-7,8
DIE LINKE.KV Grafschaft Bentheim	Nds	25	2	8,0	3	0	0,0	-8,0
DIE LINKE.KV Wittenberg	SNA	204	91	44,6	11	4	36,4	-8,2
DIE LINKE.KV Rendsburg-Eckernförde	SH	74	21	28,4	5	1	20,0	-8,4
DIE LINKE.KV Coesfeld	NRW	47	16	34,0	8	2	25,0	-9,0
DIE LINKE.KV Saalfeld-Rudolstadt	TH	195	92	47,2	16	6	37,5	-9,7
DIE LINKE.KV Delmenhorst	Nds	28	10	35,7	4	1	25,0	-10,7
DIE LINKE.KV Ravensburg	BW	101	28	27,7	6	1	16,7	-11,1
DIE LINKE.KV Wartburgkreis-Eisenach	TH	258	103	39,9	7	2	28,6	-11,4
DIE LINKE.KV Plön	SH	52	21	40,4	7	2	28,6	-11,8

Kreisverband	Bundesland	MZ 2020	davon Frauen 2020	FA Mitgliedschaft in Prozent 2020	Mitglieder Vorstand 2020	Frauen im Vorstand 2020	FA im Vorstand Prozent 2020	Differenz FA Mitgliedschaft und FA Vorstand in Prozent 2020
DIE LINKE.KV Bitburg-Prüm	RP	16	2	12,5	5	0	0,0	-12,5
DIE LINKE.KV Ludwigslust-Parchim	MV	415	177	42,7	10	3	30,0	-12,7
DIE LINKE.KV Vogelsberg	He	38	5	13,2	7	0	0,0	-13,2
DIE LINKE. KV Burgenlandkreis	SNA	259	116	44,8	10	3	30,0	-14,8
DIE LINKE.KV Starnberg	BY	25	4	16,0	3	0	0,0	-16,0
DIE LINKE.KV Märkischer-Kreis	NRW	186	67	36,0	5	1	20,0	-16,0
DIE LINKE.KV Waldshut	BW	36	6	16,7	3	0	0,0	-16,7
DIE LINKE.KV Zwickau	Sn	497	232	46,7	10	3	30,0	-16,7
DIE LINKE.KV Krefeld	NRW	87	30	34,5	6	1	16,7	-17,8
DIE LINKE.KV Bremerhaven	HB	65	23	35,4	6	1	16,7	-18,7
DIE LINKE.KV Calw	BW	48	9	18,8	5	0	0,0	-18,8
DIE LINKE.BV Treptow-Köpenick	Be	977	469	48,0	14	4	28,6	-19,4
DIE LINKE.KV Gotha	TH	186	69	37,1	6	1	16,7	-20,4
DIE LINKE.KV Herne/Wanne Eickel	NRW	77	16	20,8	4	0	0	-20,8
DIE LINKE.KV Kleve	NRW	65	14	21,5	8	0	0	-21,5
DIE LINKE.KV Altötting/Mühldorf	BY	45	10	22,2	4	0	0	-22,2
DIE LINKE.KV Vechta	Nds	26	6	23,1	2	0	0	-23,1
DIE LINKE.KV Nordfriesland	SH	40	11	27,5	5	0	0	-27,5
DIE LINKE.KV Biberach	BW	31	9	29,0	4	0	0	-29,0
DIE LINKE.KV Baden-Baden/Rastatt	BW	61	19	31,2	3	0	0	-31,2
DIE LINKE.KV Bayreuth	BY	32	10	31,3	3	0	0	-31,3
DIE LINKE.KV Oberfranken-Ost	BY	41	14	34,2	3	0	0	-34,2
DIE LINKE.KV Hochtaunuskreis	He	67	25	37,3	3	0	0	-37,3

# Anträge



## Antrag R01: Tagesordnung des 8. Parteitages

Antragsteller\*in:

Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Der Parteivorstand schlägt für die 1. Tagung des 8. Parteitages folgende vorläufige
- 2 Tagesordnung vor:
- 3 1. Eröffnung und Konstituierung der 1. Tagung des 8. Parteitages der Partei DIE
- 4 LINKE
- 5 2. Reden der Vorsitzenden der Partei DIE LINKE
- 6 3. Berichte an den 8. Parteitag der Partei DIE LINKE:
- 7 - Tätigkeitsbericht des Bundesausschusses
- 8 - Bericht der Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag
- 9 - Bericht des Präsidenten der EL
- 10 - Bericht des Fraktionsvorsitzenden der Fraktion The Left im EP
- 11 - Bericht des Ältestenrates
- 12 - Bericht aus dem Frauenplenum
- 13 - Gleichstellungsbericht
- 14 - Bericht der Inklusionsbeauftragten
- 15 - Bericht des Jugendverbandes und des Studierendenverbandes
- 16 4. Generaldebatte
- 17 5. Beschlussfassung zu den Leitanträgen des Parteivorstandes
- 18 6. Beschlussfassung zu Satzungsanträgen
- 19 7. Beschlussfassung zu Finanzfragen
- 20 8. Beratung und Entscheidung weiterer Anträge an die 1. Tagung des 8. Parteitages
- 21 9. Wahlen des Parteivorstandes
- 22 10. Schlusswort.

## Antrag R02: Zeitplan 1. Tagung des 8. Parteitags

Antragsteller\*in:

Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 **Zeitplan für die 1. Tagung des 8. Parteitages der Partei DIE LINKE vom 24. bis 26.**
- 2 **Juni 2022**
- 3 **Freitag, 24. Juni 2022:**
- 4 12.00 Uhr TOP 1 Eröffnung und Konstituierung des Parteitages
- 5 13.00 Uhr TOP 2 Rede der Parteivorsitzenden
- 6 13.30 Uhr TOP 4 Generaldebatte
- 7 15.30 Uhr Pause
- 8 15.45 Uhr TOP 5 Beschlussfassung zu den Leitanträgen des Parteivorstandes
- 9 dazwischen Gastrede
- 10 18.00 Uhr Fortsetzung TOP 4 Generaldebatte mit dem Schwerpunkt
- 11 „Kampf gegen patriarchale Machtstrukturen, Gewalt und Sexismus“

- 12 19.00 Uhr Frauenplenum  
 13 parallel Workshop zu kritischer Männlichkeit  
 14 21.00 Uhr migrantisches Plenum  
 15 21.00 Uhr Frauenpreisverleihung  
 16 **Samstag, 25. Juni 2022:**  
 17 9.00 Uhr TOP 3 Berichte (Frauenplenum)  
 18 9.10 Uhr TOP 3 Berichte, Rede der/des Fraktionsvorsitzenden  
 19 9.25 Uhr TOP 5 Beschlussfassung zu den Leitanträgen des Parteivorstandes  
 20 12.35 Uhr Pause  
 21 13.15 Uhr TOP 9 Wahlen  
 22 18.15 Uhr Pause  
 23 18.30 Uhr Fortsetzung TOP 9 Wahlen  
 24 21.30 Uhr TOP 8 Beratung und Entscheidung weiterer Anträge  
 25 22.30 Uhr Ende des Beratungstages  
 26 **Sonntag, 26. Juni 2021:**  
 27 9.00 Uhr TOP 6 Beschlussfassung zu Satzungsanträgen  
 28 11.45 Uhr TOP 3 Berichte, Rede des/der Fraktionsvorsitzenden  
 29 12.00 Uhr Pause  
 30 12.15 Uhr TOP 7 Finanzfragen  
 31 14.00 Uhr Fortsetzung TOP 8 Beratung und Entscheidung weiterer Anträge  
 32 15.00 Uhr Schlusswort

## Antrag R03: Geschäftsordnung 1. Tagung 8. Parteitag

Antragsteller*in:	Parteivorstand
-------------------	----------------

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 **Geschäftsordnung der 1. Tagung des 8. Parteitages im Juni 2022**  
 2 **I. Leitung / Arbeitsgremien / Aufgaben und Befugnisse**  
 3 1) Der Parteitag wählt als Arbeitsgremien im Block und, sofern nicht auf Befragen ein  
 4 Widerspruch dagegen erhoben wird, in offener Abstimmung:  
 5 • das Tagungspräsidium,  
 6 • die Mandatsprüfungskommission,  
 7 • die Wahlkommission,  
 8 • die Antragskommission.  
 9 2) Die Arbeit des Bundesparteitages wird vom Tagungspräsidium geleitet. Das  
 10 Tagungspräsidium bestimmt aus seiner Mitte die Tagungsleitung.  
 11 3) Geschäftsordnung, Tagesordnung und Zeitplan werden zu Beginn des Parteitages in  
 12 dieser Reihenfolge beschlossen.  
 13 **II. Beschlussfassung allgemein**  
 14 4) Der Bundesparteitag ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der gewählten  
 15 Delegierten anwesend ist. Findet eine Tagung des Bundesparteitages als online-  
 16 Parteitag statt, ist der Bundesparteitag beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte



17 der gewählten Delegierten sich in die Parteitags-Konferenzsoftware eingeloggt und  
18 ihre Anwesenheit bestätigt hat.

19 5) Delegierte mit beschließender Stimme haben Stimm- und Rederecht. Delegierte mit  
20 beratender Stimme sowie Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit beratender Stimme haben  
21 die gleichen Rechte wie Delegierte mit beschließender Stimme, ausgenommen das aktive  
22 Stimmrecht bei Wahlen und Abstimmungen. Findet eine Tagung des Bundesparteitags als  
23 online-Parteitag statt, wird das Stimm- und Rederecht ausschließlich über die  
24 Parteitags-Konferenzsoftware ausgeübt.

25 Gästen des Parteitages kann das Wort durch die Tagungsleitung erteilt werden.  
26 Entsprechende Anträge sind an das Tagungspräsidium zu richten.

27 6) Beschlüsse des Parteitages werden grundsätzlich mit einfacher Mehrheit der  
28 abgegebenen Stimmen (im Weiteren nur Mehrheit genannt) gefasst, sofern die  
29 Bundessatzung oder diese Geschäftsordnung nicht anderes vorschreiben.

30 Stimmenthaltungen bleiben dabei unberücksichtigt. Stimmgleichheit gilt als  
31 Ablehnung.

32 Abstimmungen erfolgen durch Erheben der Stimmkarten oder über die Konferenzsoftware.

### 33 **III. Regeln in der Debatte**

34 7) Die Tagungsleitung ruft die Tagesordnungspunkte und die dazugehörigen Anträge auf,  
35 leitet die Beschlussfassung, erteilt das Wort, kann Rednerinnen und Redner zur Sache  
36 rufen, muss ihnen das Redezeitende einmal vorankündigen und das Wort entziehen, wenn  
37 sie die Redezeit überschreiten oder vom aufgerufenen Thema abweichen. Über die  
38 Redezeiten beschließt der Parteitag am Beginn jedes Tagesordnungspunktes auf  
39 Vorschlag des Tagungspräsidiums.

40 8) Wortmeldungen zur Aussprache sind schriftlich beim Tagungspräsidium einzureichen.  
41 Dafür sollen die vorgegebenen Formulare verwendet werden. Bei Wortmeldungen sind Name  
42 und delegierender Landes- bzw. Kreisverband bzw. Zusammenschluss oder Jugendverband  
43 anzugeben. Findet eine Tagung des Bundesparteitags als online-Parteitag statt, sind  
44 die Wortmeldungen über die Parteitags-Konferenzsoftware einzureichen.

45 Die Fristen für die Abgabe von Wortmeldungen und die Modalitäten ihrer Entgegennahme  
46 werden vom Tagungspräsidium bekannt gegeben. Das Tagungspräsidium entscheidet wie  
47 folgt über die Redeliste: Unter Beachtung der Geschlechterquotierung werden maximal  
48 vier Redner:innen gesetzt, über die weitere Reihenfolge der Rednerinnen und Redner  
49 entscheidet das Los. Gesetzte Reden dürfen ein Fünftel der Gesamtredezeit zu einem  
50 Block nicht überschreiten und sind bezüglich der Redezeit gelosten Reden  
51 gleichgestellt.

52 Die Zurücknahme von Wortmeldungen führt zur Streichung von der Redeliste. Eine  
53 Zurücknahme von Wortmeldungen zugunsten anderer Rednerinnen oder Redner ist nicht  
54 möglich.

55 9) Zu Redebeiträgen in der Aussprache kann die Tagungsleitung bis maximal drei  
56 Nachfragen von Delegierten und Teilnehmer:innen mit beratender Stimme zulassen. Die  
57 Nachfragen an die Rednerin bzw. den Redner sowie die Antworten sind kurz zu  
58 formulieren (max. je 1 Minute).

59 10) Delegierte können nach Abschluss von Debatten und Abstimmungen persönliche  
60 Erklärungen abgeben. Sie sind bei der Tagungsleitung anzumelden. Die Redezeit hierfür  
61 beträgt eine Minute.

### 62 **IV. Antragsarten / Antragstellung / Beschlussfassung**

63 11) Antragsarten

64 Die Geschäftsordnung des Parteitages unterscheidet insbesondere

- 65 • Anträge zur Geschäftsordnung des Parteitages,

- 66 • Leitanträge und andere Anträge von grundsätzlicher Bedeutung,
  - 67 • ordentliche Anträge,
  - 68 • Dringlichkeitsanträge,
  - 69 • Initiativanträge,
  - 70 • Änderungsanträge,
  - 71 • Rückholanträge.
- 72 12) Geschäftsordnungsanträge
- 73 a) Geschäftsordnungsanträge betreffen den Ablauf des Parteitages. Dazu gehören
  - 74 insbesondere Anträge zur Tagesordnung und zum Zeitplan, zum Antrags- und
  - 75 Beratungsverfahren, zur Gewährung von Rederechten, zur Vertagung oder Streichung
  - 76 eines Tagesordnungspunktes, zur Beendigung oder zur Wiederaufnahme der Debatte bzw.
  - 77 zum Schließen oder zur Wiedereröffnung der Redeliste.
  - 78 b) Anträge zur Geschäftsordnung sind mündlich zu stellen. Sie werden außerhalb der
  - 79 Liste der Rednerinnen und Redner sofort behandelt, soweit keine Abstimmung läuft.
  - 80 c) Anträge zur Geschäftsordnung können nur von Delegierten des Parteitages,
  - 81 Delegierten und Teilnehmer:innen mit beratender Stimme (§ 16 Abs. 12 Bundessatzung)
  - 82 und Mitgliedern von Arbeitsgremien des Parteitages gestellt werden.
  - 83 d) Anträge zur Beendigung der Debatte bzw. zum Schließen der Redeliste können nur von
  - 84 antragsberechtigten Personen gestellt werden, die zu diesem Tagesordnungspunkt noch
  - 85 nicht gesprochen haben.
  - 86 e) Vor der Abstimmung sind jeweils eine Gegen- und eine Fürrede zuzulassen. Diese
  - 87 darf die Redezeit von einer Minute nicht überschreiten.
- 88 13) Leitanträge und andere Anträge von grundsätzlicher Bedeutung
- 89 a) Leitanträge und andere Anträge von grundsätzlicher Bedeutung sind spätestens acht
  - 90 Wochen vor dem Parteitag parteiöffentlich zu publizieren (§ 17 Abs. 5 Bundessatzung)
  - 91 und spätestens sechs Wochen vor Beginn des Parteitages an die Antragskommission
  - 92 einzureichen.
  - 93 b) Über ihre Behandlung im Plenum entscheidet der Parteitag mit der Annahme der
  - 94 Tagesordnung.
- 95 14) Ordentliche Anträge
- 96 a) Ordentliche Anträge sind spätestens sechs Wochen vor Beginn des Parteitages an die
  - 97 Antragskommission einzureichen.
  - 98 b) Ordentliche Anträge, die von Landesverbänden, Kreisverbänden, Ortsverbänden gemäß
  - 99 § 13 Abs. 8 der Bundessatzung, dem Frauenplenum des Bundesparteitages, bundesweiten
  - 100 Zusammenschlüssen, von der linksjugend ['solid], vom Studierendenverband DIE
  - 101 LINKE.SDS, von Organen der Partei oder Arbeitsgremien des Parteitages gestellt werden
  - 102 oder für die zum Zeitpunkt der Antragstellung von mindestens 25 Delegierten die
  - 103 Unterschriften vorliegen, sind vom Parteitag zu behandeln.
- 104 15) Dringlichkeitsanträge und Initiativanträge
- 105 a) Dringlichkeitsanträge sind Anträge zu Ereignissen oder politischen Entwicklungen,
  - 106 die nach Antragsschluss, also innerhalb der letzten sechs Wochen vor Beginn des
  - 107 Parteitages, eingetreten sind.
  - 108 b) Initiativanträge sind Anträge, deren Anlass sich unmittelbar aus dem Ablauf des
  - 109 Parteitages ergibt.
  - 110 c) Dringlichkeits- oder Initiativanträge sind vom Parteitag zu behandeln, wenn zum
  - 111 Zeitpunkt ihrer Einreichung die Unterschriften von mindestens 50 Delegierten
  - 112 vorliegen.

113 16) Änderungsanträge

114 a) Änderungsanträge betreffen die Änderung eingereichter Anträge.

115 b) Änderungsanträge zu Leitanträgen, Anträgen von grundsätzlicher Bedeutung und  
116 ordentlichen Anträgen sind schriftlich bis spätestens 16 Tage vor Beginn des  
117 Parteitages an die Antragskommission einzureichen. Änderungsanträge sind als  
118 Einzelanträge einzureichen; Sammelanträge sind unzulässig.

119 c) Änderungsanträge, die von Landesverbänden, Kreisverbänden, Ortsverbänden gemäß §  
120 13 Abs. 8 der Bundessatzung, dem Frauenplenum des Bundesparteitages, bundesweiten  
121 Zusammenschlüssen, von der linksjugend ['solid], vom Studierendenverband DIE  
122 LINKE.SDS, von Organen der Partei oder Arbeitsgremien des Parteitages gestellt werden  
123 oder für die zum Zeitpunkt der Antragstellung die Unterschriften von mindestens 25  
124 Delegierten vorliegen, sind vom Parteitag zu behandeln.

125 d) Bei Änderungsanträgen, die nicht Leitanträge und andere Anträge von  
126 grundsätzlicher Bedeutung betreffen, können die 25 Delegiertenunterschriften bis zum  
127 Beginn des Parteitages bzw. bis zu dem Zeitpunkt während des Parteitages, der vom  
128 Parteitag festgelegt wird, nachgereicht werden.

129 17) Rückholanträge

130 a) Anträge auf Wiederholung (Rückholung) einer Abstimmung sind unverzüglich nach  
131 Bekanntwerden des Grundes und unter Nennung desselben und der Umstände seines  
132 Bekanntwerdens zu stellen.

133 b) Anträge auf Wiederholung (Rückholung) können nur von Delegierten des Parteitages,  
134 Delegierten und Teilnehmer:innen mit beratender Stimme (§ 16 Abs. 12 Bundessatzung)  
135 und Mitgliedern von Arbeitsgremien des Parteitages gestellt werden.

136 c) Die Beschlussfassung erfolgt unmittelbar nach Gegen- und Fürrede.

137 18) Antragsbehandlung

138 a) Als Antragsbehandlung wird verstanden

- 139 • die Befassung im Plenum durch Abstimmung im Plenum des Parteitages, die
- 140 Überweisung an den Parteivorstand oder die Überweisung an den Bundesausschuss
- 141 • die Nichtbefassung im Plenum gemäß Punkt (19) c.

142 b) Der Parteitag kann beschließen, zu einem eingebrachten Antrag keine Entscheidung  
143 in der Sache herbeizuführen. Anträge werden auch als behandelt verstanden, wenn sie  
144 sich durch Abstimmung anderer Anträge erledigt haben.

145 c) Antragsteller:innen haben bei Befassung ihrer Anträge im Plenum das Recht, ihre  
146 Anträge vor dem Plenum einzubringen und zu begründen. Wird eine Tagung des Parteitags  
147 als online-Parteitag durchgeführt, kann der Parteitag (auf Vorschlag der  
148 Antragskommission) beschließen, dass die Einbringung und Begründung von Anträgen  
149 durch schriftliche Veröffentlichung an die Mitglieder des Bundesparteitags erfolgt.

150 d) Antragsteller:innen können Änderungsanträge ganz, teilweise oder sinngemäß  
151 übernehmen. Eine Behandlung dieser Änderungsanträge auf dem Parteitag entfällt.

152 19) Antragskommission

153 a) Die Antragskommission prüft, ob die Voraussetzungen für eine Antragsbehandlung auf  
154 dem Parteitag vorliegen.

155 b) Anträge und Änderungsanträge, die die Voraussetzungen einer Antragsbehandlung nach  
156 den Ziffern 14, 15 und 16 nicht erfüllen, werden nur auf Vorschlag der  
157 Antragskommission vom Parteitag behandelt.

158 c) Die Antragskommission kann Änderungsanträge mit ausschließlich redaktionellem  
159 Charakter zur Nichtbefassung im Plenum vorschlagen.

160 d) Die Antragskommission hat die Aufgabe, hinsichtlich der Behandlung von Anträgen

- 161 und Änderungsanträgen den Antragsstellern und Antragstellerinnen und dem Plenum  
162 Empfehlungen – insbesondere zur Antragsbehandlung nach Ziffer 18 – zu geben.
- 163 e) Die Reihenfolge, in der Änderungsanträge behandelt werden, wird von der  
164 Antragskommission festgelegt und dem Plenum erläutert.
- 165 f) Die Antragskommission hat das Recht, Anträge für unzulässig zu erklären.  
166 Unzulässig sind insbesondere Anträge, die die formalen Voraussetzungen der  
167 Bundessatzung oder dieser Geschäftsordnung nicht erfüllen.
- 168 g) Die Antragskommission hat das Tagungspräsidium des Parteitages unverzüglich darauf  
169 hinzuweisen, wenn eine ordentliche Antragsbehandlung im vorgesehenen Zeitrahmen mit  
170 hoher Wahrscheinlichkeit nicht möglich sein wird.

#### 171 **V. Abstimmungen, Wahlen und Dokumentation**

172 20) Die Abstimmung wird durch die Tagungsleitung geleitet, wobei zunächst die Stimmen  
173 „für“ den Antrag, dann „gegen“ den Antrag und abschließend die Stimmenthaltungen  
174 abzurufen sind. Wird über eine Konferenzsoftware abgestimmt, werden alle  
175 Abstimmungsoptionen gleichzeitig aufgerufen.

176 21) Wahlen können auch elektronisch durchgeführt werden.

177 22) Für die Dokumentation werden von den Tagungen des Parteitages Tonbandmitschnitte  
178 erstellt und archiviert. Wird eine Tagung des Parteitags als online-Parteitag  
179 durchgeführt, wird ein elektronischer Mitschnitt erstellt und archiviert. Das  
180 Beschluss- und das Wahlprotokoll des Parteitages sind schriftlich auszufertigen. Die  
181 Beschlüsse des Parteitages sind innerhalb von vier Wochen zu veröffentlichen.

#### 182 **VI. Parteitag unter besonderen Infektionsschutzbedingungen**

183 23) Das Tagungspräsidium kann die durch die jeweils am Veranstaltungsort gültigen  
184 Infektionsschutzmaßnahmen für alle Teilnehmer:innen eines Parteitags für verbindlich  
185 erklären. Das kann folgende Umstände umfassen:

- 186 a) Für die Veranstaltung gilt 3G, also vollständiger Impfschutz oder vor höchstens  
187 drei Monaten genesen oder tagesaktueller Antigen-Test.
- 188 b) Alle auf einer Tagung des Bundesparteitags anwesenden Personen haben auf dem  
189 gesamten Veranstaltungsgelände einen Mund-Nasen-Schutz (keine Faceshields) zu tragen,  
190 es sei denn, sie befinden sich an ihrem festen Arbeitsplatz (Plenarsaal,  
191 Arbeitsräume) oder beim Essen/Trinken.
- 192 c) Alle auf einer Tagung des Bundesparteitags anwesenden Teilnehmer\*innen des  
193 Parteitags halten den Mindestabstand von 1,50 Metern sowie die Husten- und Nies-  
194 Etikette ein.
- 195 d) Symptomatische Personen dürfen (auch bei milden Symptomen) das  
196 Veranstaltungsgelände eines Bundesparteitags nur mit einem tagesaktuellen negativen  
197 Antigen-Test betreten.
- 198 e) Die Kapazitätsbegrenzung des jeweiligen Plenarsaals ist einzuhalten.

# Antrag R04: Gremienbesetzung 8. Parteitag

Antragsteller\*in:

Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Der Parteivorstand schlägt der 1. Tagung des 8. Parteitags folgende Gremienbesetzung
- 2 vor.

3 **Tagungspräsidium**

- 4 Katina Schubert, Berlin
- 5 Stefan Hartmann, Sachsen
- 6 Susanne Schaper, Sachsen
- 7 Stefan Glander, Rheinland-Pfalz
- 8 Nina Eumann, NRW
- 9 Christian Schaft, Thüringen
- 10 Birke Bull-Bischoff, Sachsen-Anhalt
- 11 Amid Rabieh, NRW
- 12 Kathrin Flach Gomez, Bayern
- 13 Elwis Capece, Bawü
- 14 Ulrike Grosse-Röthig, Thüringen
- 15 Benjamin Immanuel Hoff, fds
- 16 Katharina Slanina (Brandenburg)
- 17 Jan Schalauske, Hessen
- 18 Melanie Wery-Sims, RLP (für nächste Tagung)
- 19 Michael Erhardt, Hessen
- 20 Jenny Luca Renner, BAG.queer
- 21 Didem Aydurmus, Ökologische Plattform
- 22 Barbara Borchardt, BAG B&G
- 23 Sofia Leonidakis, Bewegungslinke
- 24 Doris Achelwilm, Bremen
- 25 Pascal Meiser, Berlin

26 **Antragskommission**

- 27 Charlotte Roffalski, Sachsen
- 28 Peter Brill (MV)
- 29 Marika Tändler-Walenta, Sachsen
- 30 Sebastian Koch, Berlin
- 31 Cornelia Swillus-Knöchel, NRW
- 32 Tim Detzner, Sachsen
- 33 Carola Kunde, Sachsen-Anhalt
- 34 Marc Mulia
- 35 Sabine Berninger, Thüringen
- 36 Jean-Paul Marienfeld, MV
- 37 Karin Binder, Bawü
- 38 Christopher Neumann, Brandenburg
- 39 Franziska Liebich, Bewegungslinke
- 40 Thomas Hecker, KPF
- 41 Jakob Migenda, Hessen

42 **Wahlkommission**

- 43 Jessica Pohl, Sachsen
- 44 Christoph Kröpl, Berlin

- 45 Isabell Fuhrmann, BaWü
- 46 Frank Puskarev, Sachsen
- 47 Patricia Usée, Brandenburg
- 48 Lukas Eitel, Bayern
- 49 Kersten Steinke, Thüringen

50 **Mandatsprüfungskommission**

- 51 Annetta Juckel, Berlin
- 52 Hermann Ruttman, Bayern
- 53 Heike Kretschmer, NRW
- 54 Valentin Schötz, Bayern
- 55 Rita-Sybille Heinrich, Brandenburg
- 56 Bernhard Strasdeit, Bawü

## Antrag F01: Änderungsantrag in § 8 der Bundesfinanzordnung – Entzug der Kassenhoheit

Antragsteller\*in: Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 „§ 8 der Finanzordnung wird wie folgt durch Abs. 6 ergänzt:
- 2 „(6) Verstoßen Kreisverbände in ihrer Kassenführung fortgesetzt oder erheblich gegen
- 3 das Parteiengesetz, die Bundes- oder jeweilige Landesfinanzordnung kann ihnen durch
- 4 Beschluss des Landesvorstands das Recht zur Kassen- und insbesondere Kontenführung
- 5 mit sofortiger Wirkung entzogen werden.“

### Begründung

Kreisverbände als kleinste Gliederung mit selbständiger Kassenführung können Bankkonten mit Zustimmung der jeweiligen Landesvorstände eröffnen und führen. Mit der Änderung wird klargestellt, dass auf Beschluss der Landesvorstände insbesondere die Berechtigung zur Kontoführung wieder entzogen werden kann. Diese Klarstellung ist unter anderem erforderlich, um die Befugnis des Landesvorstandes gegenüber der kontenführenden Bank nachzuweisen.

## Antrag S01: Satzungsänderungsantrag Ältestenrat

Antragsteller\*in: Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 § 20 (7) Der Parteivorstand beruft **in jedem zweiten Kalenderjahr** als
- 2 Konsultationsgremium einen Ältestenrat. Der Ältestenrat berät aus eigener
- 3 Verantwortung oder auf Bitte des Parteivorstandes zu grundlegenden und aktuellen
- 4 Problemen der Politik der Partei. Er unterbreitet Vorschläge oder Empfehlungen und
- 5 beteiligt sich mit Wortmeldungen an der parteiöffentlichen Debatte.

### Begründung

Der Ältestenrat ist in der Satzung dem Parteivorstand zugeordnet. Dieser wird in jedem zweiten Jahr neu gewählt und sollte daher jedes Mal nach seiner Wahl entscheiden, wie sein Beratungsgremium zusammengesetzt ist.

## Antrag S02: Satzungsänderungsantrag Antragsbehandlung

Antragsteller\*in: Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 § 17 (6) Anträge, welche von Landes-, und Kreis und Ortsverbänden, bundesweiten
- 2 Zusammenschlüssen, Organen der Partei, Kommissionen des Parteitages oder mindestens
- 3 von 25 Delegierten gestellt werden, sind durch den Parteitag zu behandeln oder an den
- 4 Parteivorstand bzw. den Bundessausschuss zu überweisen.
- 5 **ändern in:**

6 § 17 (6) Anträge, welche von Landes-, Kreis- und Ortsverbänden, die mindestens 1/500  
7 der Mitglieder der Partei repräsentieren, bundesweiten Zusammenschlüssen, Organen der  
8 Partei, Kommissionen des Parteitages oder mindestens von 25 Delegierten gestellt  
9 werden, sind durch den Parteitag zu behandeln oder an den Parteivorstand bzw. den  
10 Bundessausschuss zu überweisen.

### **Begründung**

Mit dieser Änderung gelten für die nachgeordneten Gliederungen annähernd gleiche Bedingungen wie für die Delegierten bei der Stellung von Anträgen und schafft einen gerechteren Ausgleich zwischen großen und kleinen Kreis- und Ortsverbänden bei der Antragstellung.

## **Antrag S03: Satzungsänderungsantrag Aufstellung von Landeslisten für die Wahlen zum Deutschen Bundestag**

**Antragsteller\*in:** Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

1 § 36 (3) Die Aufstellung der Wahlbewerberinnen und Wahlbewerber und die Festlegung  
2 ihrer Reihenfolge auf der Landesliste erfolgt in einer Versammlung aller  
3 wahlberechtigten Mitglieder oder in einer besonderen Vertreterinnen- und  
4 Vertreterversammlung (Landesvertreterversammlung).

### **ändern in:**

6 § 36 (3) Die Aufstellung der Wahlbewerberinnen und Wahlbewerber und die Festlegung  
7 ihrer Reihenfolge auf der Landesliste erfolgt in einer Versammlung aller  
8 wahlberechtigten Mitglieder, ab 1.000 Mitgliedern im Landesverband als besondere  
9 Vertreterinnen- und Vertreterversammlung (LandesvertreterInnenversammlung).

### **Begründung**

Diese Satzung regelt die Durchführung der Landesparteitage generell als Delegiertenversammlungen, dies sollte ab einer bestimmten Größe auch für die Vertreter\*innenversammlungen zur Wahl der Landeslisten zur Wahl des Deutschen Bundestages gelten.

## **Antrag S04: Satzungsänderungsantrag Ersatzvornahme**

**Antragsteller\*in:** Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

1 Nach § 31 der Bundessatzung wird ein § 31a. wie folgt **eingefügt:**  
2 (1) Der Parteivorstand kann mit Mehrheit von  $\frac{2}{3}$  seiner Mitglieder Beschlüsse von  
3 Landes- oder Kreisverbänden aufheben, die offensichtlich satzungs- oder  
4 gesetzeswidrig sind. Der Parteivorstand kann, soweit dies zur Regelung eines  
5 Zustandes erforderlich ist, den aufgehobenen Beschluss durch einen eigenen Beschluss  
6 ersetzen. Der Parteivorstand kann mit Mehrheit von  $\frac{2}{3}$  seiner Mitglieder auch  
7 offensichtlich satzungs- oder gesetzeswidrig nicht gefasste Beschlüsse ersetzen.  
8 (2) Vor einem Beschluss nach Abs. 1 ist der betroffene Landes- oder Kreisverband  
9 anzuhören und eine angemessene Frist zur Abhilfe zu setzen. Auf die Anhörung darf nur



- 10 verzichtet werden, wenn eine Fortdauer des satzungs- oder gesetzeswidrigen  
11 Beschlusses zu einem schweren Schaden führen würde.
- 12 (3) Gegen einen Beschluss nach Abs. 1 kann der Bundesausschuss binnen eines Monats  
13 mit absoluter Mehrheit seiner gewählten Mitglieder Widerspruch einlegen. Legt der  
14 Bundes-ausschuss Widerspruch gegen einen Beschluss des Parteivorstandes nach Abs. 1  
15 ein, entscheidet die Bundesschiedskommission.
- 16 (4) Gegen einen Beschluss nach Abs. 1 kann der betroffene Landes- oder Kreisverband  
17 das Schiedsverfahren auch insoweit durchführen, soweit er durch den angegriffenen  
18 Beschluss in seinem eigenen Handeln beeinträchtigt ist. Für solche Verfahren nach  
19 Satz 1 ist die Bundesschiedskommission zuständig.

## Antrag S05: Satzungsänderungsantrag bei Mitgliedern mit beratender Stimme

Antragsteller\*in: Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 § 16 (11) Dem Parteitag gehören mit beratender Stimme weiterhin die Mitglieder der  
2 anderen Bundesorgane sowie die Mitglieder des Bundesfinanzrates, der Bundesschieds-  
3 und der Bundesfinanzrevisionskommission, die Mitglieder in den Organen der  
4 Europäischen Linken (EL) sowie die Abgeordneten der Partei im Europäischen Parlament  
5 und im Deutschen Bundestag an.

### ändern in:

- 7 § 16 (11) Dem Parteitag gehören mit beratender Stimme weiterhin die Mitglieder des  
8 Parteivorstandes, das Präsidium des Bundesausschusses sowie die Mitglieder des  
9 Bundesfinanzrates, der Bundesschieds- und der Bundesfinanzrevisionskommission, die  
10 Vorsitzenden bzw. Sprecher\*innen der Landesverbände, die Mitglieder in den Organen  
11 der Europäischen Linken (EL) sowie die Vorstände der Gruppe der Partei im  
12 Europäischen Parlament und der Fraktion im Deutschen Bundestag an.

## Begründung

Die bisherige Regelung lässt die Landesvorsitzenden/Sprecher\*innen der Landesverbände außen vor. Allerdings sorgen die vielen Mitglieder mit beratender Stimme für einen deutlichen Aufwuchs an Kosten für Tagungsort und Übernachtungen, den es perspektivisch zu reduzieren gilt. Abgeordnete haben jederzeit die Möglichkeit dem Parteitag auch als Gäste beizuwohnen, eine beratende Stimme sollen jedoch die Vorstände erhalten.

## Antrag S06: Satzungsänderungsantrag Mitgliederzahlen und Stichtag

Antragsteller\*in: Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 **Neuer §30** in der Bundessatzung, die anderen §§ verschieben sich in ihrer Nummerierung  
2 entsprechend:  
3 § 30 Mitgliederzahlen und Stichtag  
4 (1) So in dieser oder einer anderen Satzung nicht explizit anders geregelt, ist bei

- 5 allen Verweisen auf Mitgliederzahlen oder auf bestimmte Anteile von Mitgliedern immer
- 6 der Mitgliederstand aus beitragszahlenden und beitragsbefreiten Mitgliedern per
- 7 31.12. des Vorjahres zugrunde zu legen.

## **Begründung**

Statt diese Bestimmung in jeden einzelnen §-Aufzunehmen, sollte sie zentral geregelt sein. Abweichende Regelungen sind unbenommen, dort, wo es bisher keine Regelung gibt, herrscht mit dieser Einfügung Sicherheit.

## **Antrag S07: Satzungsänderungsantrag Erwerb der Mitgliedschaft**

**Antragsteller\*in:** Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Satzungsänderung § 2 Erwerb der Mitgliedschaft, Absatz (6) „Jedes Mitglied der Partei
- 2 gehört zu einem Kreisverband, in der Regel zu dem seines Wohnsitzes oder gewöhnlichen
- 3 Aufenthalts.“
- 4 **ändern in:**
- 5 „Jedes Mitglied der Partei gehört dem Kreisverband an, in dem es mit dem ersten
- 6 Wohnsitz gemeldet ist. Die Zugehörigkeit zu einem anderen Kreisverband als den, des
- 7 ersten Wohnsitzes, wird sechs Wochen nach Anmeldung beim aufnehmenden Kreisverband
- 8 wirksam, sofern dieser nicht innerhalb dieser Frist widerspricht.“

## **Antrag S08: Satzungsänderungsantrag Rechte und Pflichten der Mitglieder**

**Antragsteller\*in:** Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Satzungsänderung § 4 Rechte und Pflichten der Mitglieder,
- 2 Absatz (2) c) *hinter* satzungsgemäßen Mitgliedsbeitrag
- 3 **einfügen:** ... im zuständigen Landesverband zu bezahlen,

## **Antrag S09: Satzungsänderung Anerkennung bundesweiter Zusammenschlüsse**

**Antragsteller\*in:** Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 **§ 7 Innerparteiliche Zusammenschlüsse, (2)**
- 2 *hinter* „Abweichend davon kann der Bundesausschuss auch Zusammenschlüsse als
- 3 bundesweit anerkennen, wenn die Voraussetzungen nicht vollständig erfüllt sind.“
- 4 **einfügen:** „Über derartige Anerkennungen ist vom Bundesausschuss spätestens nach zwei
- 5 Jahren erneut zu befinden.“

## Antrag S10: Satzungsänderung § 10 Geschlechterdemokratie, Absatz (1)

Antragsteller\*in: Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 *hinter* „Frauen haben das Recht, innerhalb der Partei eigene Strukturen aufzubauen und
- 2 Frauenplenen einzuberufen.“
- 3 **einfügen:**
- 4 Die Anerkennung des Rechts auf geschlechtliche Selbstbestimmung ist Teil unseres
- 5 Verständnisses von Geschlechterdemokratie. Für die geschlechtsspezifischen Regelungen
- 6 der Partei ist die hinterlegte Geschlechtsidentität im Mitgliederprogramm maßgeblich.
- 7 Jedes Mitglied kann seinen Eintrag auf Wunsch ändern lassen. Eine Änderung wird sechs
- 8 Wochen nach schriftlicher Mitteilung an den Bundesverband wirksam.

## Antrag S11: Satzungsänderungsantrag § 10 Geschlechterdemokratie, Absatz (2)

Antragsteller\*in: Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 In allen Versammlungen und Gremien der Partei sprechen, unter der Voraussetzung
- 2 entsprechender Wortmeldungen, Frauen und Männer abwechselnd. Redelisten werden
- 3 getrennt geführt.
- 4 Wie folgt **ändern:**
- 5 (2) In allen Versammlungen und Gremien der Partei ist Frauen, unter der Voraussetzung
- 6 entsprechender Wortmeldungen, nach jedem Redebeitrag, bei dem keine Frau gesprochen
- 7 hat, das Wort zu erteilen.

## Antrag S12: Satzungsänderungsantrag § 16 Zusammensetzung und Wahl des Parteitages, Absatz (2)

Antragsteller\*in: Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die Delegierten werden auf die Dauer von zwei Kalenderjahren gewählt. Die Wahl findet
- 2 frühestens am 1. Oktober des Vorjahres statt und soll spätestens vier Wochen vor dem
- 3 Parteitag stattfinden. Davon unbenommen bleibt, dass der Bundesausschuss auf Antrag
- 4 des Parteivorstandes oder der Parteitag selbst eine Neuwahl aller Delegierten
- 5 beschließen kann. Unbenommen bleibt auch, dass die delegierende Versammlung jederzeit
- 6 die Neuwahl ihrer Delegierten beschließen kann. beantragt werden in Satz 2 folgende
- 7 **Streichungen:** „findet frühestens am 1. Oktober des Vorjahres statt und“
- 8 Der Satz heißt dann: „Die Delegierten werden auf die Dauer von zwei Kalenderjahren
- 9 gewählt. Die Wahl soll spätestens vier Wochen vor dem Parteitag stattfinden.“

## Antrag S13: Satzungsänderung § 16 Zusammensetzung und Wahl des Parteitag, Absatz (6)

Antragsteller\*in: Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Ersetzung: Das Wort „Divisorenverfahren“ durch „Höchstzahlverfahren“ **ersetzen**.

## Antrag S14: Satzungsänderungsantrag §18 Aufgaben des Parteivorstandes

Antragsteller\*in: Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 **§ 18 Aufgaben des Parteivorstandes**
- 2 *nach:*
- 3 (1) Der Parteivorstand ist das politische Führungsorgan der Partei. Er leitet die
- 4 Partei.
- 5 (2) Zu seinen Aufgaben gehören im Einzelnen:
- 6 (a) die Beschlussfassung über alle politischen und organisatorischen sowie Finanz-,
- 7 und Vermögensfragen, für die in dieser Satzung keine andere Zuständigkeit bestimmt
- 8 wird,
- 9 (b) die Abgabe von Stellungnahmen der Partei zu aktuellen politischen Fragen,
- 10 **ergänzen:**
- 11 (c) In durch ein externes Aufklärungsgremium festgestellten Fällen sexueller und
- 12 rassistischer Übergriffe kann der Parteivorstand mit 2/3 seiner Mitglieder nach
- 13 Information an den zuständigen Kreis- und Landesvorstand das Ruhen sämtlicher oder
- 14 einzelner Ämter und Funktionen sowie das Ruhen sämtlicher oder einzelner
- 15 Mitgliederrechte vorläufig anordnen. Die Bundesschiedskommission ist unverzüglich
- 16 über den Beschluss zu informieren und hat binnen sechs Wochen ein Schiedsverfahren
- 17 zur endgültigen Entscheidung zu eröffnen. Bis zur endgültigen Entscheidung durch die
- 18 Schiedskommission gilt der Beschluss des Parteivorstandes.

# Antrag L01: Gemeinwohl statt Profit. Klimagerechtigkeit statt Aufrüstung. DIE LINKE ist bereit für die neue Zeit

Antragsteller\*in:

Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

## 1 **Gemeinwohl statt Profit. Klimagerechtigkeit statt Aufrüstung. DIE LINKE ist bereit** 2 **für die neue Zeit**

3 Wir leben in Zeiten großer Umbrüche: Die Klimakatastrophe bedroht das Überleben der  
4 Menschheit, Russlands Krieg gegen die Ukraine hat den Frieden in Europa erschüttert,  
5 die zunehmenden geopolitischen Rivalitäten zwischen imperialistischen Mächten bergen  
6 die Gefahr eines globalen Flächenbrandes. Seit der weltweiten Finanz- und  
7 Wirtschaftskrise 2008/2009 hängt das neoliberale Wirtschaftsmodell am Tropf der  
8 Notenbanken – die wirtschaftlichen Aussichten sind angesichts der Auswirkungen von  
9 Krieg und Pandemie ungewiss. Die soziale Ungleichheit spitzt sich weltweit weiter zu,  
10 autoritäre und rechte Kräfte erstarben. Die Pandemie hat diese Krisen noch vertieft  
11 und beschleunigt. Diese Umbrüche und Krisenprozesse verdichten sich zu einem  
12 Epochenbruch.

13 Viele Menschen haben Angst vor einer Eskalation, vor wachsenden Kriegsgefahren und  
14 sogar vor einem möglichen Atomkrieg. Als Folge der Krisen der letzten Jahre scheint  
15 alles in Frage zu stehen: Politik, Medien, Wissenschaft – kaum ein gesellschaftlicher  
16 Bereich, in dem das Vertrauen der Menschen nicht erschüttert ist. Besonders für die  
17 junge Generation und bei prekär Lebenden gilt das kapitalistische Wirtschaftssystem  
18 nicht mehr als verheißungsvolle Zukunft. Zugleich werden grundsätzliche Alternativen  
19 von vielen kaum für möglich gehalten. Gegen das Gefühl von Alternativlosigkeit und  
20 Apokalypse wollen wir zeigen, dass es anders geht.

21 Die Niederlage unserer Partei bei der Bundestagswahl zeigt, wo wir stehen und von wo  
22 wir neu starten müssen. Uns gelingt es nicht ausreichend, in einer veränderten  
23 politischen Konstellation die Erwartungen derjenigen zu erfüllen, die sich vorstellen  
24 können links zu wählen. Wir wollen denjenigen Menschen, die uns gewählt oder nicht  
25 mehr gewählt haben, die zweifeln oder neugierig auf Alternativen sind, neue Antworten  
26 geben – und das, was richtig war und bleibt, geschlossener und mutiger nach außen  
27 vertreten. Dafür wollen wir DIE LINKE gemeinsam erneuern und uns für die neue Zeit  
28 gesellschaftlicher Richtungsentscheidungen aufstellen.

29 Millionen Menschen haben bei der Bundestagswahl ihre Hoffnungen mit einem  
30 Regierungswechsel verbunden. Hoffnungen, das Klima zu retten. Hoffnungen auf mehr  
31 Gerechtigkeit. Nach Jahren des Aussitzens von Problemen, gab es die Hoffnung auf  
32 etwas Neues. Mit der Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro hat die Ampel-Koalition  
33 ein sozialdemokratisches Wahlversprechen umgesetzt, mit der Streichung des § 219a  
34 eine längst überfällige Reform beschlossen. In der Mitte des Koalitionsvertrages aber  
35 klafft eine riesige Gerechtigkeitslücke: 100 Milliarden Euro Sondervermögen für  
36 Aufrüstung – aber kein Sondervermögen zur Bekämpfung der wachsenden Armut in  
37 Deutschland. Kein Gerechtigkeitspaket, um bezahlbare Wohnungen zu bauen, Kinderarmut  
38 und den Pflegenotstand endlich zu beenden und soziale Berufe endlich angemessen zu  
39 bezahlen. Die Rentenpolitik der Ampel lässt sich auf die Formel bringen: Zehn  
40 Milliarden Euro Steuergelder in die Aktienrente, aber Null Milliarden, um die sich  
41 abzeichnende Lawine von Altersarmut zu stoppen. Hartz IV wird umbenannt, aber die  
42 viel zu niedrigen Sätze bleiben. Ist das der versprochene „Respekt“? Die  
43 Wahlkampfversprechen von SPD und Grünen – gerechtere Einkommensteuer, Abschaffung der  
44 Zwei-Klassen-Medizin durch eine Bürgerversicherung, bezahlbare Mieten – sind alle

45 Makulatur. Die Ampel verspricht gesellschaftlichen Fortschritt – aber für wen? Die  
46 Lebenswirklichkeiten der Hälfte der Bevölkerung werden dabei vergessen und die  
47 Reichen werden immer reicher.

48 Die Regierung steht in den Augen vieler Menschen jedoch für eine ökologische  
49 Modernisierung der Gesellschaft. Sie setzt dabei auf technologische Veränderungen –  
50 ohne grundlegende Veränderungen der Wirtschaftsweise. Sie spielt mit der Illusion von  
51 einfachen technologischen Innovationen, ohne dabei auf dem Boden der Wissenschaft zu  
52 stehen. Sie gaukelt den Menschen vor, dass mit nur wenig grüner Farbe ein „weiter so“  
53 möglich wäre. Die Politik der Bundesregierung, die sich von den vorherigen leider  
54 nicht signifikant unterscheidet, führt zu langfristigen, irreversiblen Schäden und  
55 damit viel Elend. Sie ist verantwortungslos. Mehr große Autos mit hohem  
56 Ressourcenverbrauch, aber mit Elektromotor. Es reicht nicht aus, nur den Antrieb zu  
57 verändern, wir müssen das System neu aufsetzen. Notwendig wäre, ein Verkehrssystem,  
58 in dem niemand mehr vom Auto abhängig ist und in dem eine funktionierende Mobilität  
59 für alle garantiert wird.

60 Statt der Hoffnung auf einen sozialen und klimagerechten Umbau, beginnt die neue  
61 Regierungszeit für Millionen Menschen mit Angst vor der nächsten  
62 Heizkostenabrechnung. Die Folgen der steigenden Energie- und Lebensmittelpreise sind  
63 nur ein Vorgeschmack auf mögliche Ressourcenkrisen der Zukunft. Die steigenden Preise  
64 fressen für viele längst die Löhne auf. Der Umgang der Bundesregierung damit ist  
65 halbherzig und sozial ungerecht, die beschlossenen Maßnahmen zur Abfederung reichen  
66 für Geringverdienende, Pendler\*innen, Rentner\*innen und Hartz-IV-Bezieher\*innen  
67 längst nicht aus. Teile der Bundesregierung fordern bereits ein energiepolitisches  
68 Rollback mit verlängertem Atom- und Kohlestrom. Das sagt viel aus über das, was die  
69 Ampel-Parteien unter Transformation verstehen: Halbherziger Klimaschutz, der über  
70 Preise geregelt wird und die soziale Spaltung der Gesellschaft nicht in Frage stellt.

71 Als Gesellschaft stehen wir an einem Scheideweg: Die auf Wachstum, Profit und  
72 Konkurrenz beruhende kapitalistische Wirtschaftsweise stößt an die Grenzen einer Welt  
73 endlicher Ressourcen und begrenzt belastbarer Ökosysteme. Wir müssen es schaffen bis  
74 spätestens 2035 klimaneutral zu werden, um die Klimakatastrophe doch noch abzuwenden.  
75 Das ist möglich, wenn jetzt entschlossen Weichen für die Zukunft gestellt werden.

76 Mittelfristig müssen Energie- und Ressourcenverbrauch auch in absoluten Zahlen  
77 verringert werden – das verträgt sich nicht mit einer Wirtschaftsweise, die auf dem  
78 blinden Wachstum der Profite beruht. Markt und Wettbewerb sind eine Sackgasse für die  
79 ökologische Transformation. Nur mit massiven, gezielten öffentlichen Investitionen in  
80 den klimaneutralen Umbau der Wirtschaft und Infrastruktur ist es noch möglich, das  
81 1,5-Grad-Ziel zu erreichen. Die dafür verbleibende Zeit wird immer knapper.

82 Der weltweite Kampf um Ressourcen, Absatzmärkte und Einflussphären ist eine der  
83 wesentlichen Ursachen für Kriege. Es ist fatal, in dieser historischen Situation die  
84 Weichen auf Aufrüstung zu stellen, wie die Bundesregierung es tut. Nicht Aufrüstung,  
85 sondern der Ausstieg aus der fossilen Wirtschaft und eine nachhaltige,  
86 ressourcenschützende Wirtschaftsweise und eine gerechte Weltwirtschaftsordnung  
87 schaffen die Grundlage für eine friedlichere Welt. Wir stehen für eine Politik der  
88 Deeskalation, für Frieden und Sicherheit durch Kooperation und Abrüstung. Wir reihen  
89 uns nicht ein in den Chor von SPD, Grünen, FDP und CDU/CSU für mehr Aufrüstung und  
90 Abschreckung.

91 SPD und Grüne haben sich den Spielarten liberaler Modernisierung verschrieben, sie  
92 denken nicht über den Horizont eines immer krisenhafteren Wirtschaftssystems hinaus.  
93 Eine linke Partei muss mehr wollen. Und wir können mehr. Wir haben den Anspruch einer  
94 modernen, sozialistischen Gerechtigkeitspartei, die für eine gerechte Transformation,  
95 für weltweite soziale Rechte und Klimagerechtigkeit, für Abrüstung, Frieden und eine  
96 neue sozial-ökologische Weltwirtschaft einsteht. Nach dem Dogma der Markgläubigkeit

97 und angesichts globaler Krisen braucht es eine Kraft, die Gemeinwohl vor Profit  
98 stellt. Diese Zeit braucht eine mutige, radikale und realistische Politik von links.  
99 Das ist unser Anspruch und dafür stellen wir uns neu auf.

### 100 **Schritte über den Kapitalismus hinaus - DIE LINKE neu aufstellen**

101 In den vergangenen Jahren haben wir den Kampf gegen die Klimakatastrophe und das  
102 Aufzeigen einer sozial-ökologischen Alternative nicht ausreichend in den Mittelpunkt  
103 unserer Politik gestellt – das werden wir ändern. Als LINKE werden wir den sozialen  
104 und ökologischen Systemwechsel ins Zentrum rücken. Soziale und ökologische Politik  
105 sind kein Gegensatz – im Gegenteil. Soziale und ökologische Gerechtigkeit hängen  
106 voneinander ab. Wir müssen die lautstarke Stimme für diejenigen werden, die das Ende  
107 des Monatseinkommens genauso fürchten wie die Zerstörung des Planeten. Wir machen uns  
108 für konsequenten Klimaschutz und für soziale Garantien stark. DIE LINKE stellt sich  
109 auf als Partei, die am 1,5 Grad-Ziel genauso festhält wie am Ziel einer armutsfreien  
110 Gesellschaft. Wir formulieren eine klare Alternative zur Politik der Ampel-Koalition,  
111 die die Interessen der Beschäftigten und der unteren Hälfte der Gesellschaft beim  
112 sozial-ökologischen Umbau in den Mittelpunkt stellt: Klimaschutz mit sozialer  
113 Absicherung für alle; klimaneutrale Arbeitsplätze mit Zukunft, guten Löhnen und  
114 echter Mitbestimmung; Reichtum, Arbeit und Zeit gerechter verteilen. Kurz, eine  
115 gerechte Transformation: Gemeinwohl vor Profit.

116 Anonyme Marktkräfte, Profitinteressen und Konzernmanager dürfen nicht länger über  
117 unsere Zukunft entscheiden! Wir wollen, dass die Bürger\*innen und die Beschäftigten  
118 demokratisch über wirtschaftliche Entscheidungen mitbestimmen können. Unser Ziel ist  
119 eine Stärkung des Öffentlichen gegen die Dominanz privater Konzerne und  
120 Profitinteressen. DIE LINKE ist mehr als ein soziales Korrektiv, wir wollen eine neue  
121 Wirtschaftsordnung nach dem Neoliberalismus und jenseits des fossilen Kapitalismus.  
122 So wie es keinen Sozialismus ohne Demokratie geben kann, kann es auch keinen  
123 Sozialismus ohne Ökologie, ohne ein Ende des Raubbaus an der Natur geben.  
124 Sozialistische Politik ist daher mehr als die Forderung nach einer gerechteren  
125 Verteilung von Einkommen und Vermögen und einer Wiederherstellung des Sozialstaates:  
126 Es geht um neue, demokratische und nachhaltige Weisen zu arbeiten und zu produzieren,  
127 um die ökologische Transformation von Industriestrukturen, eine nachhaltige  
128 Landwirtschaft und eine neue Qualität öffentlicher Infrastruktur, die ein gutes Leben  
129 für alle möglich macht.

### 130 **Klimaneutral bis 2035 – Die Energiewende vorantreiben**

131 Der Krieg Russlands gegen die Ukraine hat nochmals die Dringlichkeit des Ausstiegs  
132 aus den fossilen Energien Kohle, Öl und Gas deutlich gemacht. Dennoch werden jetzt  
133 Stimmen laut, die statt auf Erneuerbare Energien weiter auf Kohle und Atom setzen.  
134 Als LINKE sagen wir: Hundertprozentige Versorgung mit erneuerbaren Energien bis 2035  
135 ist notwendig und machbar. Unsere Perspektive einer regionalen Energiewende in  
136 öffentlicher oder genossenschaftlicher Hand ist der beste Weg dahin.

137 Notwendig ist dafür nicht weniger als das größte Investitionsprogramm in der  
138 Geschichte der Bundesrepublik.

139 Auch Umweltverbände kritisieren, dass die von der Ampel versprochenen 200 Milliarden  
140 Euro für den Klimaschutz eine „Luftbuchung“ sind, da sie nur bereits eingeplante  
141 Investitionen symbolträchtig zusammenrechnen. Das reicht hinten und vorne nicht, um  
142 uns im jetzt erforderlichen Rekordtempo aus der Abhängigkeit von Gas, Öl und Kohle zu  
143 lösen. Wir schlagen ein zusätzliches Investitionsprogramm über 20 Milliarden jährlich  
144 alleine für die Energiewende vor.

145 Insbesondere die dezentrale Energieversorgung muss ausgebaut werden. Das macht unsere  
146 Energieversorgung krisensicherer. Die Deckelung der Ausbauziele (sog. „atmender

147 Deckel“) muss aufgehoben werden. Die Energieversorgung und die Netze wollen wir von  
148 den „großen vier“ Energiekonzernen zurück in kommunale und genossenschaftliche Hand  
149 holen. Wir wollen die Förderung der Erneuerbaren Energien auf Stadtwerke,  
150 Genossenschaften und Bürgerenergieprojekte hin ausrichten. Die Kommunen müssen an den  
151 Planungen und Erträgen privater Investoren in Windkraftanlagen, Photovoltaik-  
152 Kraftwerken und Energiespeichern beteiligt werden. Wir setzen uns für verpflichtende  
153 Solardächer, nicht nur für Neubauten, sondern auch für geeignete Bestandsgebäude ein.  
154 Durch ein massives Förderprogramm für eine Million effiziente Wärmepumpen können Öl-  
155 und Gasheizungen ersetzt werden.

156 Um den Energieverbrauch in Gebäuden zu senken und bis 2035 einen klimaneutralen  
157 Gebäudebestand zu erreichen, wollen wir einen bundesweiten Klimacheck für alle Gebäude  
158 und verbindliche und sozial ausgerichtete Stufenpläne für die Gebäudemodernisierung.  
159 Die Sanierungsquote muss mindestens verdreifacht werden – und wärmietenneutral sein.  
160 Die CO<sub>2</sub>-Steuer darf nicht auf die Miete umgelegt werden. Wir lassen nicht zu, dass  
161 die Kosten auf die Mieter\*innen abgewälzt werden!

162 Strom sparen, aber sozial gerecht: Die großen Energiekonzerne verdienen an der Krise.  
163 Die Strompreise müssen staatlich reguliert werden. Wir treten für die  
164 Wiedereinführung der 2007 abgeschafften Strompreisgenehmigung ein. Wir wollen ein  
165 kostenfreies Grundkontingent an Strom und Gas für alle. Alles, was über den  
166 durchschnittlichen Verbrauch hinausgeht, wird teurer. Damit werden Anreize zum  
167 Stromsparen geschaffen. Um die Preissteigerungen sozial aufzufangen, fordern wir die  
168 sofortige und künftig automatische Erhöhung der Hartz-IV-Sätze um die Inflationsrate.  
169 Strom und Gassperren müssen verboten werden. Wir unterstützen die Beschäftigten und  
170 ihre Gewerkschaften in ihren Kämpfen für gute Löhne: Kein Tarifabschluss unterhalb  
171 der Inflation.

## 172 **Mobilitätswende**

173 Die Pariser Klimaziele können nur mit einem radikalen Umsteuern in der  
174 Verkehrspolitik erreicht werden. Der Verkehrssektor ist der einzige Bereich, der seit  
175 1990 seine klimaschädlichen Emissionen nicht reduziert hat. Die gegenwärtige  
176 Verkehrspolitik schädigt nicht nur das Klima, sie ist auch unsozial. Sie schließt  
177 ganze Bevölkerungsgruppen von der Mobilität aus: weil sie sich Fahrpreise für Bahnen  
178 und Busse nicht leisten können und weil ganze Landstriche vom öffentlichen Verkehr  
179 abgekoppelt sind.

180 Wir wollen ein Verkehrssystem in dem alle mobil sein können und niemand  
181 ausgeschlossen wird. Verkehrswende muss mehr sein als eine bloße Antriebswende. Wir  
182 wollen Deutschland zum Bahnland machen und ein für alle bezahlbares im Alltag  
183 zuverlässig funktionierendes, preisgünstiges und barrierefreies, vernetztes  
184 öffentliches Mobilitätssystem der Zukunft schaffen. Durch den massiven Ausbau von Bus  
185 und Bahn, durch vernetzte Angebote auch auf dem Land, durch öffentliche Carsharing-  
186 Plattformen. Stillgelegte Bahnstrecken müssen reaktiviert werden, das Verkehrsangebot  
187 ausgeweitet und die Ticketpreise gesenkt werden. Wir wollen eine Mobilitätsgarantie  
188 für den ländlichen Raum, u.a. durch Rufbusse, Sharing-Modelle. Dazu muss der Bund den  
189 Ländern und Kommunen zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung stellen. Die Ampel-  
190 Koalition mit FDP-Verkehrsminister blockiert aber die notwendige Verkehrswende. Als  
191 LINKE fordern wir ein Investitionsprogramm über 17 Milliarden pro Jahr in die sozial-  
192 ökologische Mobilitätswende.

193 Das von der Ampel verkündete Paket für vorübergehende (!) 9-Euro-Tickets im ÖPNV ist  
194 ein Schritt in die richtige Richtung, die Kommunen kritisieren es jedoch zu Recht als  
195 bürokratisches Monster. Wir fordern dagegen, den ÖPNV schrittweise kostenfrei zu  
196 machen und als Sofortmaßnahmen ein 365-Euro-Ticket im ÖPNV auf den Weg zu bringen.  
197 Statt die Pendlerpauschale zu erhöhen, wollen wir ein sozial gerechtes Mobilitätsgeld



198 einführen. Mit einem Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen, 80 km/h außerorts und 30  
199 km/h in Ortschaften, würde der Bedarf an Öl und die CO2-Emissionen deutlich reduziert  
200 werden. Aber die Ampel zögert weiter. Auch in dieser Frage werden wir SPD und Grünen  
201 nicht aus der Verantwortung lassen und weiter Druck machen.

## 202 **Klimajob-Programm – Für gute Arbeit und lebenswerte, klimaneutrale Kommunen**

203 Sozial-ökologischer Umbau bedeutet, die soziale Infrastruktur für ein besseres Leben  
204 zu schaffen. Wir wollen 120 Milliarden Euro pro Jahr in den klimaneutralen Umbau und  
205 die soziale Infrastruktur in den Kommunen investieren. Mit unserem Klima-Job-Programm  
206 können hunderttausende neue und zukunftssichere, gut bezahlte Arbeitsplätze  
207 geschaffen werden. In der Schienenfahrzeugproduktion, im öffentlichen Nahverkehr, im  
208 Handwerk und durch die Förderung erneuerbarer Energien. Wir wollen die sozialen  
209 Dienstleistungen aufwerten und 500 000 gut bezahlte Arbeitsplätze in Pflege, Bildung  
210 und sozialer Arbeit schaffen. Auch das trägt dazu bei, dass unsere Wirtschaft  
211 klimaneutral wird. Ein Aufbauprogramm, das für die Beschäftigten eine planbare  
212 Zukunft mit sinnvoller und gut bezahlter Arbeit bedeutet.

213 Die Öffentliche Daseinsvorsorge (oder „Fundamentalökonomie“, die Grundlage von  
214 Wirtschaft und Gesellschaft, so Wolfgang Streeck) steht im Mittelpunkt unserer  
215 Alternative für eine gerechte klimaneutrale Transformation. Für die FDP ist Freiheit  
216 die Abwesenheit von Staat – allerdings nicht, wenn es darum geht, ihrer  
217 Unternehmerklientel Staatsgelder zuzuschieben. Individuelle Freiheit und eine  
218 funktionierende Demokratie brauchen tragfähige öffentliche Strukturen. Der Markt  
219 schafft Infrastrukturen nur dort, wo damit Profit gemacht werden kann. Wir wollen die  
220 Infrastrukturen der Daseinsvorsorge dem privaten Profitinteresse entziehen und unter  
221 gesellschaftliche Kontrolle bringen, also Gemeingüter schaffen. Kommunale Stadtwerke,  
222 Energiegenossenschaften, rekommunalisierte Netze für eine dezentrale, regional  
223 ausgerichtete Energiewende. Kostenfreier ÖPNV und mehr autofreie Zonen für  
224 lebenswerte Kommunen. Kommunale und genossenschaftliche Wohnungsbaugesellschaften und  
225 kommunale Bodenfonds mit dauerhaft bezahlbaren Mieten sind unsere Alternative zu  
226 privater Spekulation mit der Wohnungsnot. Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen  
227 müssen dem privaten Profit- und Verwertungsinteresse entzogen und kommunalen und  
228 gemeinwohlorientierten Trägern übertragen werden. Kostenfreie Kitas und besser  
229 ausgestattete Schulen sichern den Zugang zu Bildung unabhängig von der sozialen  
230 Herkunft. Für diese Ziele streiten Gewerkschaften, Umweltorganisationen, Mieter- und  
231 Verkehrsinitiativen. Hier wollen wir im Bündnis mit ihnen eine neue  
232 Gemeinwohlökonomie konkret werden lassen – in der Kommune, auf Länderebene und  
233 bundesweit.

## 234 **Sozial-ökologische Transformation der Industrie**

235 Wir wollen die Industriestruktur in Deutschland unabhängiger vom Export von Autos,  
236 Waffen, Sicherheitstechnik und umweltschädlichen Formen der Chemieproduktion machen.  
237 Das ist eine soziale, klima- und friedenspolitische Schicksalsfrage. Unser Ziel ist  
238 eine Industrie, die bis 2035 klimaneutral und energieeffizient produziert. Dazu  
239 wollen wir die Unternehmen auf konkrete Schritte zum Umbau der Produktion  
240 verpflichten. Es reicht nicht, soziale Verwerfung im Strukturwandel nur abzumildern.  
241 Die Beschäftigten müssen in diesem Umbau abgesichert werden: durch Einkommens- und  
242 Jobgarantien. Sie müssen ihr Wissen in den Umbau einbringen und mitentscheiden  
243 können, zum Beispiel über Vetorechte bei Standortschließungen,  
244 Produktionsumstellungen (Konversion) und auch zur Erzwingung eines schnellstmöglichen  
245 Stopps akuter umweltschädigender Produktion. Ein solches Vetorecht wirkt bereits  
246 heute im Bereich des Arbeitsschutzes. Das ist linke im Unterschied zu grüner Politik.  
247 Eine derart tiefgreifende Transformation kann nicht dem Markt überlassen werden. Über

248 Ziele und notwendige Investitionen muss demokratisch entschieden werden  
249 („strategische Rahmenplanung“). Staatliche Förderungen dürfen keine Subvention für  
250 Entlassungen und Tariffucht sein – sie müssen an Klimaziele und Garantien für  
251 Arbeitsplätze und gute Arbeitsbedingungen gebunden werden. Darauf zielt unser  
252 Vorschlag eines Transformationsfonds in Höhe von 20 Milliarden Euro pro Jahr. Ein  
253 nationaler Transformationsrat aus Parteien, Gewerkschaften, Umwelt- und  
254 Sozialverbänden und Wissenschaftler\*innen entscheidet über die Gestaltung des Umbaus.  
255 Auch die Menschen in den Transformationsregionen können in regionalen Wirtschafts-  
256 und Sozialräten endlich mitentscheiden.

257 Zu einem sozial-ökologischen Systemwechsel muss auch die Landwirtschaft umgebaut  
258 werden. Wir wollen für alle Menschen eine vollwertige Ernährung sichern und die  
259 Agrarindustrie zu einer krisenfesten ökologischen Landwirtschaft umbauen.  
260 Genossenschaftliche und gemeinnützige Nutzung wollen wir fördern, die Bodenpreise  
261 deckeln. Damit sichern wir regionale Nahrungsproduktion, ökologischen Umbau und die  
262 Zukunft von Landwirt\*innen.

### 263 **Soziale Sicherheit für alle. Klimaschutz braucht Umverteilung**

264 Die Ampel-Koalition hat Respekt und Anerkennung für die Arbeit der Beschäftigten  
265 versprochen. In der nächsten Zeit ist aber zu befürchten, dass die Beschäftigten mit  
266 Verweis auf Krise, Krieg und Transformation zu Verzicht aufgefordert werden, während  
267 bei den großen Konzernen die Dividenden durch die Decke gehen. Als LINKE kämpfen wir  
268 für gute Arbeit für alle und dafür, dass niemand in Deutschland von Armut bedroht  
269 ist. Für ein Mindesteinkommen von 1.200 Euro und eine Rente, die den Lebensstandard  
270 im Alter sichert.

271 Klimaschutz braucht Umverteilung: In Deutschland verursacht das reichste 1 Prozent  
272 knapp ein Viertel der CO<sub>2</sub>-Emissionen. Wir können uns den Lebensstil der Reichen schon  
273 lange nicht mehr leisten. Ohne eine gerechtere Verteilung von Reichtum und Arbeit  
274 wird die angekündigte Transformation die Gesellschaft weiter spalten. Umgekehrt gilt:  
275 Gleichere Gesellschaften sind auch glücklichere, in ungerechten Gesellschaften leidet  
276 die Lebensqualität.

277 Ohne Steuergerechtigkeit gibt es auch keine ausreichenden Mittel für öffentliche  
278 Investitionen in Bildung, Wohnungsbau und Klimaschutz. Die Coronakrise ist noch nicht  
279 bewältigt, die Folgen von Krieg und Vertreibung kommen auf uns zu. Hohe Einkommen und  
280 Vermögen müssen gerecht besteuert werden, niedrige und mittlere Einkommen entlastet,  
281 eine Vermögensteuer eingeführt werden.

282 Die Ankündigung der Bundesregierung 2023 die Schuldenbremse wieder in Kraft zu setzen  
283 ist realitätsfremd. Wir fordern ihre weitere Aussetzung und einen Lastenausgleich,  
284 eine einmalige Vermögensabgabe zur Bewältigung der Krisenkosten. In den oft  
285 überschuldeten Kommunen gibt es einen gewaltigen Investitionstau, die Folge  
286 jahrelanger Sparpolitik im Zeichen der Schuldenbremse und der Schwarzen Null. Die  
287 Schuldenbremse ist in Wirklichkeit eine Innovations- und Investitionsblockade. Sie  
288 blockiert auch die Möglichkeit für Krisenzeiten Vorsorge zu treffen – auf Kosten der  
289 Gesellschaft und der Beschäftigten in der Infrastruktur. In der Coronakrise hat sich  
290 der Personalmangel in Schulen, Kitas, Pflege und Verwaltungen besonders schmerzlich  
291 bemerkbar gemacht. Die Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine ist ein Akt der  
292 Solidarität und Gebot der Menschlichkeit. Aber schon jetzt sind viele Kommunen  
293 überfordert, es fehlen Wohnungen und Personal. Es braucht auch daher dringend eine  
294 soziale Offensive für die Infrastruktur in den Kommunen. Die Flutkatastrophe in  
295 Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz hat erneut gezeigt, wie brutal die Folgen des  
296 Klimawandels uns schon jetzt treffen. In Zukunft wird es solche  
297 Extremwetterereignisse wie Fluten, Stürme und Brände häufiger geben. Wir wollen  
298 dauerhaft einen Fonds einrichten, der Betroffene absichert und ohne bürokratische

299 Hürden finanzielle Hilfen zur Verfügung stellt. Finanziert werden soll der Fonds über  
300 eine jährliche Klimaabgabe für Multimillionär\*innen.

301 **Neue Bündnisse für eine neue Zeit.**

302 Diese Zeit mit ihren existentiellen Krisen erfordert neue Bündnisse. Veränderung  
303 wächst von unten. Wir wollen mithelfen, Kämpfe zu verbinden. Wir wollen gemeinsam mit  
304 den Schüler\*innen und Student\*innen von Fridays4Future und Gewerkschaften, in  
305 Friedensbündnissen, mit Seebrücke und Mieter\*inneninitiativen kämpfen. Zusammen mit  
306 den Umwelt- und Sozialverbänden wollen wir Druck machen für eine sozial-ökologische  
307 Transformation. Antirassistische und feministische Bewegungen, der Kampf für gleiche  
308 soziale Rechte für alle gehören für uns zur linken DNA. Unsere Solidarität ist  
309 unteilbar. Unsere Antwort auf die neuen und alten Spaltungen ist eine verbindende  
310 Klassenpolitik: eine verbindende Interessenpolitik aller bisher politisch Machtlosen.

311 Wir sind die Gegner der Konzerne, die kurzfristige Profite über die Versorgung der  
312 Menschen und unser Überleben stellen. Wir kämpfen nicht für eine Spielart der  
313 Modernisierung des Bestehenden, sondern für eine Welt jenseits von Kapitalismus,  
314 Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg. Sozialismus, dieses Versprechen auf  
315 Gerechtigkeit, Demokratie und Solidarität, ist kein Traum aus der Vergangenheit,  
316 sondern eine Antwort auf die gegenwärtigen Verhältnisse, auf das Ende des fossilen  
317 Kapitalismus, globale Ungleichheit und die Rückkehr des Krieges. Wir haben eine  
318 Vision, die über den Horizont des Kapitalismus hinausreicht: Gerechte Verteilung von  
319 Reichtum, Arbeit und Zeit und eine Wirtschaft, die die natürlichen Grundlagen des  
320 Lebens schützt, statt sie für den Reichtum weniger zu zerstören. Gemeinwohl vor  
321 Profit. Ein Umbau der Gesellschaft, der das Leben für alle besser macht und den  
322 Planeten bewohnbar hält.



# Antrag L02: DIE LINKE aufbauen

Antragsteller\*in:

Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

## 1 **DIE LINKE aufbauen!**

2 Die Wahlergebnisse der LINKEN bei den letzten Wahlen sind für uns herbe Niederlagen.  
3 Auch wenn DIE LINKE insgesamt viele (junge) Mitglieder gewinnt, ist in Kreis- und  
4 Landesverbänden die Basis der Aktiven oft klein, reichen die Ressourcen häufig nicht,  
5 um alle Aufgaben in Partei, Bündnissen und Kommunen abzudecken oder neue Mitglieder  
6 einzubinden. DIE LINKE will Vertrauen, Verankerung und Wahlen (zurück)gewinnen. Als  
7 sozialistische Partei setzen wir auf das Engagement der Vielen gegen den Egoismus der  
8 Wenigen. Daraus ergeben sich Konsequenzen für die Arbeitsweisen und für die  
9 Parteientwicklung.

10 Wir wollen gemeinsam mit vielen Menschen die Welt verändern – das ist unser Anspruch.  
11 Wir müssen wissen (nicht zu erraten versuchen), was die Vielen umtreibt und was sie  
12 motiviert, sich für Veränderungen einzusetzen. Wir müssen uns das Vertrauen der  
13 Vielen wieder erarbeiten.

14 Wir müssen unsere Arbeitsweisen daraufhin überprüfen, ob sie diesem Anspruch gerecht  
15 werden. Jeder Kreisverband, jeder Landesverband und jeder Vorstand müssen sich  
16 fragen, ob die eigene Arbeitsweise, das Auftreten und der Umgang miteinander dazu  
17 beitragen, dass Menschen aus unseren Dörfern und Nachbarschaften gerne bei uns  
18 mitmachen und das Gefühl haben, bei uns ein politisches Zuhause zu finden. Es braucht  
19 eine lokale politische Schwerpunktsetzung die gleichzeitig als EINE LINKE Stimme  
20 erkennbar ist.

21 Die gute Nachricht: Wir fangen nicht bei null an. Wir haben als Partei viele  
22 Erfahrungen gemacht, die wir ausgewertet haben. Hierauf können wir aufbauen. Aus den  
23 guten Praxen („best practice“) wollen wir für die gesamte Partei lernen. Dabei gibt  
24 es nicht eine gleiche Lösung für alle: Die Rahmenbedingungen sind in Ost und West,  
25 Stadt und Land zum Teil unterschiedlich. Als Bundespartei konzentrieren wir uns  
26 darauf, zu stärken, was in Stadt und Land funktioniert:

## 27 **Mitglieder und Wahlen gewinnen**

28 Linke Parteien ohne Mitglieder und Umfeld funktionieren nicht, sie haben keine  
29 Verankerung. Linke Parteien ohne Wahlerfolge sterben einen schleichenden Tod. Partei-  
30 und Mitgliederentwicklung hängen eng mit Wahlerfolgen zusammen. Diese Erfolge gilt es  
31 zu organisieren.

32 Die Zahlen sind eindeutig: Wo wir nah bei den Menschen, an ihrer Haustür waren, waren  
33 die Wahlergebnisse signifikant besser. Dort, wo wir unkomplizierte Angebote zum  
34 Mitmachen hatten, wo wir mit Neumitgliedern an die Haustüren gegangen sind, wuchsen  
35 dreiviertel der entsprechenden Wahlkampfstrukturen. Trotz des schlechten  
36 Wahlergebnisses konnten wir 6 500 neue Mitglieder gewinnen.

37 Wir haben die Chance in einer Krise zu wachsen, wenn wir unsere neuen Mitglieder  
38 politisch mitnehmen und unsere langjährigen Mitglieder wieder stärker einbinden. Die  
39 Bundestagswahl 2021 war eine Zäsur, eine Niederlage für DIE LINKE. Wahlen, aber auch  
40 politische Erfolge insgesamt, werden durch Klarheit im Inhalt, Authentizität der  
41 Personen und eine engagierte Mitgliedschaft gewonnen. Plakate, Zeitungen und  
42 Presseerklärungen allein gewinnen nicht die Herzen der Menschen und auch nicht die  
43 Wahlen in der Bundesrepublik. Notwendig ist ebenso eine Mitgliedschaft, die in der  
44 Gesellschaft sicht- und vor allem auch ansprechbar ist, die verankert ist und  
45 Vertrauen genießt, als Botschafterin einer anderen, einer sozialistischen Welt,

46 wirkt, für die Ziele der Solidarität und Demokratie brennt. Dies kann niemand  
47 schaffen, außer wir selbst. Wir haben auch deshalb verloren, weil die Verankerung  
48 unserer Mitgliedschaft in der Gesellschaft zurückgegangen ist. Unser Ziel muss es  
49 deshalb sein, in den nächsten 10 Jahren eine starke LINKE mit 100 000 Mitgliedern  
50 aufzubauen. Wir wissen deshalb – und genauso wichtig bleibt es –, dass wir an uns und  
51 der Einbindung unserer Mitglieder arbeiten müssen.

52 Die Rückmeldungen aus der Mitgliedschaft waren deutlich: Die Genoss\*innen wünschen  
53 sich mehr Einigkeit, mehr Debatte untereinander, mehr Kontakt zur Partei vor Ort. Wir  
54 arbeiten daran: Wahrnehmbar und aktiv vor Ort, glaubwürdig und verlässlich in unseren  
55 Positionen, und diejenigen, die in sozialen Kämpfen um bessere Arbeits- und  
56 Lebensbedingungen einen spürbaren Unterschied machen – dann gewinnen wir wieder  
57 Wahlen.

### 58 **Wahlen gewinnen!**

59 Im Zeitfenster bis zu einem Wahlerfolg bei der nächsten Bundestagswahl 2025 liegen  
60 vor der LINKEN einige Meilensteine. Bei einigen geht es uns ums Gewinnen, bei anderen  
61 darum, nicht zu verlieren. Darauf muss sich die Partei nicht nur wegen der  
62 geschrumpften Ressourcen konzentrieren. Zweifelsfrei sind alle Landtagswahlen für DIE  
63 LINKE wichtig, einige aber noch wichtiger. Schlüsselstellungen nehmen die  
64 Landtagswahlen in Bayern und Hessen 2023 sowie die ostdeutschen Kommunalwahlen 2024  
65 ein. Ein Einzug in Hessen kann uns für die nächsten Wahlen Rückenwind geben. Daher  
66 müssen wir dort strategisch ansetzen und investieren. Gleiches gilt für die  
67 Kommunalwahlen 2024. Und im Hinblick auf die danach folgenden, für uns ebenfalls  
68 herausgehoben wichtigen Landtagswahlen im Herbst 2024 in Brandenburg, Sachsen und  
69 Thüringen. Eine Steigerung der Mandate ist der Motivationsmotor für die Partei, aber  
70 auch das Signal, dass mit der LINKEN (wieder) gerechnet werden muss. Wir müssen also  
71 hier alles auf Sieg stellen und von Seiten der Bundespartei investieren. Wir müssen  
72 auch alle Anstrengung darauf richten, im Oktober in Niedersachsen wieder in den  
73 Landtag einzuziehen und bei den Bürgerschaftswahlen in Bremen im Mai 2023 das  
74 Ergebnis mindestens zu halten. Wir brauchen Projekte, die Wahlkämpfe und  
75 Verankerungsaufbau zusammenbringen, zentral koordiniert zur Unterstützung der  
76 Landesverbände, deren Strukturen regelmäßig als prekär angesehen werden müssen.  
77 Natürlich müssen die Landtagswahlen in Niedersachsen intensiv unterstützt und Bremen  
78 muss verteidigt werden. Dazu braucht es die Unterstützung der gesamten Partei. Dazu  
79 haben wir ein Konzept auf den Weg gebracht, das auch finanziell unterlegt ist. Dieses  
80 Konzept werden wir nach den Erfahrungen in Niedersachsen für den Wahlkampf in Bremen  
81 weiterentwickeln. Ziel dabei ist auch, dass sich die neu geschaffene Struktur über  
82 die im Prozess gewonnen Mitglieder nach 2025 selbst trägt. Auf dieser Grundlage  
83 müssen dann auch die beiden zentralen Wahlen Europa 2024 und Bundestagswahl 2025  
84 vorbereitet werden.

### 85 **Gemeinsam eine Welt gewinnen – und Spaß dabei haben**

86 Wer zur LINKEN kommt, muss spüren: Hier gibt es gemeinsam eine Welt zu gewinnen –  
87 hier arbeiten Gleichgesinnte an kleinen und großen Erfolgen, hier kämpfen Menschen  
88 gemeinsam gegen Ungerechtigkeit. Aber zu oft werden Interessierte und Mitglieder auf  
89 unseren Versammlungen mit Konflikten und entsprechende Verfahren konfrontiert, die  
90 sie selbst nicht lösen können. Stattdessen sollen Interessierte und Mitglieder sofort  
91 in der Partei ankommen, eine gute Zeit haben und sich für das engagieren können, was  
92 ihnen wichtig ist. Es ist die Verantwortung von Vorständen, in der Aktivität vor Ort  
93 das Gemeinsame zu betonen, verschiedene Interessen zusammenzuführen und deutlich zu  
94 machen: Wir sind verschieden – aber gemeinsam für linke Ideen aktiv.

95 Konkret bedeutet das:

96 Alle Kreisverbände, besser noch die Ortsverbände, entwickeln Willkommensstrukturen

97 und Projekte, in die neue Mitglieder niedrigschwellig einsteigen können. Unsere  
98 Partei befindet sich im Umbruch: Etwa jedes fünfte Mitglied unserer Partei ist in den  
99 letzten vier Jahren zu uns gestoßen. Das ist für uns eine immense Verantwortung: Wer  
100 zur LINKEN kommt, muss also eine offene Kultur vorfinden, die Austausch und Aktivität  
101 stärker macht als Bürokratie und Routine; funktionierende Strukturen, die Angebote  
102 zur Beteiligung machen. Und es muss ein transparenter Wissenstransfer organisiert  
103 werden. Sonst gehen die Kenntnisse über viele Angebote, die Landesverbände- und  
104 Bundespartei zur Verfügung stellen, verloren und müssen mühsam wieder zusammengesucht  
105 werden.

106 Unsere Treffen dürfen keine geschlossenen Veranstaltungen sein, sondern sind linke  
107 Ankerpunkte in der Gesellschaft: Sie müssen Orte des Austausches von politischen  
108 Ideen sein, Orte des gemeinsamen Planens und gegenseitigen Erlebens. Wenn  
109 Interessierte zum ersten Mal bei uns sind, sind sie ein Teil von uns, so wie wir Teil  
110 der Nachbarschaft, des Betriebes, der Bewegung oder der Wartenden im Jobcenter sind.  
111 Wir wollen, dass DIE LINKE im Alltag der Menschen an ihrer Seite steht, dass wir  
112 gemeinsam mit Plan, Vision und in lockerer Atmosphäre für Verbesserungen kämpfen.

113 Dazu gehört auch, Orte in der Partei zu schaffen, in denen wir ohne Beschlussdruck  
114 zusammenkommen, neue Erkenntnisse gewinnen, Erfahrungen austauschen, lachen und  
115 Interessen und Ziele ausloten können. Wir können Verbindungen zwischen den Menschen  
116 wieder stärken, wenn wir unsere Arbeitsweise umstellen. Im direkten Gespräch, in der  
117 direkten Erfahrung auf gelungenen Treffen, in gemeinsamen Kämpfen, sei es vor Ort  
118 oder bei weltumfassenden Themen.

119 Die Partei muss als lebendige Mitgliederpartei zu erleben sein. Gemeinsam arbeiten  
120 und kämpfen, gemeinsam gewinnen und auch mal verlieren, gemeinsam lachen und trauern.  
121 Wenn jemand bei uns Verantwortung übernehmen will und für ein Amt oder Mandat  
122 kandidiert, sollte sie\*er dafür gefeiert und nicht abgekanzelt werden, wenn er\*sie  
123 verliert.

124 In einer Gesellschaft, in der der Ton rauer wird, sind wir der Ort, an dem  
125 Genoss\*innen wieder Kraft tanken können. Wir sind ihr politisches Zuhause. Wir sind  
126 der Ort der Hoffnung. Im persönlichen Kontakt entsteht Vertrauen.

### 127 **Persönliche Gespräche bewegen Menschen! Wähler\*innen einladen**

128 Menschen kommen zur LINKEN, wenn wir sie persönlich einladen. Persönliche Gespräche,  
129 sei es an der Haustür, am Gartenzaun oder an einem Infostand, der aktiv gestaltet ist  
130 und zum Dialog einlädt, sind das mit Abstand effektivste und wirkungsvollste Mittel,  
131 um mit Interessierten zu reden und sie zum Mitmachen einzuladen. Gleiches gilt für  
132 unsere Mitglieder: Keine E-Mail kann das persönliche Gespräch mit ihnen, direkt oder  
133 auch am Telefon, ersetzen. Unsere Mitglieder sind diejenigen, die im Alltag linke  
134 Themen in der Gesellschaft setzen und vor Ort Wähler\*innen überzeugen.

135 Konkret bedeutet das: Jede Gliederung der Partei, die keine persönlichen Gespräche  
136 mit Bürger\*innen, ob an der Haustür, oder ähnlichen direkten Formen, führt,  
137 verschenkt Potenzial. Wenn Kreisverbände ein Prozent ihrer Wähler\*innen als  
138 Mitglieder gewinnen würden, würden sie ihre Mitgliederzahl verdoppeln. Dafür müssen  
139 sie aktiv in das Gespräch kommen, dort wo wir wissen, dass wir sie wieder antreffen  
140 können, an den Haustüren. Gleichzeitig ist das eine sehr effektive und zeitökonomisch  
141 sinnvolle Methode zur Mobilisierung, bei der auch neue Mitglieder sofort mitmachen  
142 können.

### 143 **Organisieren: Für linke Alternativen**

144 DIE LINKE muss reale Verbesserungen im Alltag durchsetzen. Aus erfolgreichen  
145 Modellprojekten in einkommensarmen Nachbarschaften (PV-Beschluss 2020/137i) haben wir  
146 ein Konzept LINKEN Organizings für die aktivierende Parteiarbeit entwickelt, erprobt  
147 und für den ländlichen Raum spezifiziert: LINKES Organizing „stärkt mit

148 systematischer organisierender Arbeit linke Inhalte und linke Parteigliederungen vor  
149 Ort. Organizing im Parteikontext etabliert persönliche Beziehungen und unkomplizierte  
150 Beteiligungsformen, führt aktivierende Kampagnen durch und bildet Interessierte  
151 praktisch aus (PV-Beschluss 2018/151i).“ Wir hören den Menschen vor Ort zu und  
152 streiten mit ihnen gemeinsam für Verbesserungen, dann gewinnen wir auch neue  
153 Mitglieder, verankern die Partei, bauen Schritt für Schritt linke Gegenmacht auf und  
154 steigern so die Ergebnisse bei Wahlen.

155 Der Ansatz des LINKEN Organizings hat Auswirkungen auf Arbeitsweisen, Kampagnen,  
156 politische Bildung, Digitalisierung und auf Kommunal- und Landespolitik.

### 157 **Arbeitsweise**

158 Kreis- und Ortsverbände müssen rausgehen und erfahren, was den Menschen wichtig ist,  
159 sehen, wer schon aktiv ist, einladen, verbinden, gemeinsam Strategien und Pläne  
160 entwickeln, wer man ist und wofür man kämpft – und wie das zusammenhängt mit dem  
161 Streit für eine gerechte Gesellschaft insgesamt.

162 Hauptamtliche und sehr aktive ehrenamtliche Genoss\*innen müssen andere darin stärken,  
163 stückweise mehr Verantwortung zu übernehmen. Aus Interessierten werden erst  
164 Unterstützer\*innen, dann Mitstreiter\*innen und schließlich Mitglieder. Um dies zu  
165 erreichen, müssen wir unsere Arbeitsweise und unsere Kultur auf allen Ebenen der  
166 Partei und in den Parlamenten verändern. Hauptamtliche Ressourcen müssen darauf  
167 fokussieren.

### 168 **Kampagnen von unten**

169 Unsere Ressourcen sind begrenzt, deshalb schwächt uns Eigenbrötelei, stärkt uns  
170 wiederum gemeinsame abgestimmte Politik – bundesweit und vor Ort. Kampagnen sind kein  
171 Selbstzweck, sondern erleichtern politische Aktivität. In den Kampagnen ist die  
172 Partei an verschiedenen Orten gleichzeitig sichtbar und wiedererkennbar.  
173 Berichterstattung in lokalen Medien und auf der Bundesebene verstärken sich. Das  
174 öffentlichkeitswirksame Arbeiten vor Ort, das die Kampagne der Bundespartei nutzt,  
175 sollte Teil der Kultur unserer Kreisverbände und vor allem Ortsverbände sein. Die  
176 Beteiligung von anfangs 50 auf nunmehr 180 Kreisverbänden an öffentlichen Aktionen  
177 unserer Kampagnen ist gut, muss aber weiter ausgebaut werden: Kampagnengruppen vor  
178 Ort gehen an Haustüren und Nachbarschaften, laden zu Treffen ein und kämpfen vor Ort  
179 für konkrete Verbesserungen. Es werden lokale Kampagnenpläne erarbeitet,  
180 Verantwortlichkeiten verteilt und benannt, damit Interessierte unkompliziert dazu  
181 kommen können. Der inhaltliche Rahmen unserer Kampagne und die bundesweite  
182 Koordinierung wurde vom Parteivorstand beschlossen. Dieser hat einen Kampagnenrat  
183 (bestehend aus Parteivorstand, Ländern und Fachleuten) auf den Weg gebracht, der  
184 zusammen mit einem Aktivenrat (aus Kreis- und Ortsverbänden und weiteren Aktiven) die  
185 Schwerpunkte fokussieren und ausarbeiten wird. Wir nehmen damit den Aufbau der  
186 politischen Arbeit von unten in den Blick.

### 187 **Politische Bildung**

188 Wir sind eine lernende Partei. Die Gesellschaft verändert sich und wir verändern uns  
189 mit unseren Mitgliedern. Wir wollen politische Bildung als Teil von alltäglicher  
190 Parteilarbeit in den Kreisverbänden stärken. Aus gemeinsamer Praxis und deren  
191 Reflexion erarbeiten wir uns einen gemeinsamen Blick auf die Welt, auf linke  
192 Perspektiven, Alternativen und Strategien und Praxis. Sowohl langjährige als auch  
193 neue Mitglieder haben Fragen – zu einzelnen Themen, aber auch grundsätzlich. Linke  
194 Positionen müssen sich immer wieder dem radikalen Zweifel stellen. Dafür ist die  
195 offene Debatte im Kreisverband der richtige Ort. Geschützte Räume für politische  
196 Debatte und Austausch tragen zu einer solidarischen Kultur in der Partei bei. Die  
197 Auseinandersetzung mit inhaltlichen Positionen, Ansätzen und Praxis von



198 Organisierung, Strukturaufbau und (Wahl-)Kampagnen ist zentral, um eine gemeinsame  
199 Praxis zu entwickeln. Es geht darum: Im Wissen um unsere Pluralität geeint handeln.  
200 Wir nehmen keine Unternehmensspenden. Wir sind auf viel Leidenschaft und  
201 ehrenamtliches Engagement angewiesen. Die Bundespartei fördert Multiplikator\*innen  
202 für die Bildungsarbeit: Kampagnen-, Wahlkampf- und Mitgliederverantwortliche,  
203 Teamer\*innen, Multiplikator\*innen und Organizer\*innen. Wir schaffen für sie  
204 Austauschorte und stärken entsprechende Ansätze in den Kreisverbänden. Praktische  
205 Bildungsarbeit ist attraktiv: In den letzten Jahren haben wir mehr als 2 500 Menschen  
206 darin ausgebildet, selbst Organisationsprozesse anzustoßen und Verantwortung zu  
207 übernehmen. Wir wissen, dass es möglich ist, jetzt müssen wir es auf die gesamte  
208 Partei übertragen!

### 209 **Der Veränderung Rechnung tragen – Die inhaltliche Weiterentwicklung organisieren**

210 Die Gesellschaft, die ganze Welt, verändert sich. Vieles, was früher  
211 selbstverständlich war, steht heute in Frage. Sozialismus muss immer eine Antwort auf  
212 die gegenwärtigen Verhältnisse geben. Deshalb müssen unsere Analysen und Antworten  
213 immer überdacht werden. Unser Kompass ist soziale und ökologische Gerechtigkeit und  
214 Frieden. Das bleibt. Der Kompass muss in großen Umbrüchen neu ausgerichtet werden.  
215 Das ist selbstverständlich.

216 Seit der Bundestagswahl haben sich viele Mitglieder mit Anregungen und Beiträgen zur  
217 inhaltlichen Weiterentwicklung zu Wort gemeldet. Wir sind mittendrin in einem  
218 Verständigungsprozess. Das ist gut so.

219 Der Parteivorstand hat vor allem drei Felder benannt, auf dem wir die parteiinterne  
220 Diskussion organisieren: Der sozial-ökologischen Umbau von Wirtschaft und  
221 Infrastruktur, ein neuer Aufbruch im Osten und friedliche Außenpolitik und einen  
222 solidarischen Internationalismus. Dazu gehört die Veränderung der Arbeit und der  
223 Arbeiter\*innenklasse und wie verbindende Klassenpolitik im Umbau der Wirtschaft  
224 aussehen muss. Hinzu kommt, dass wir uns auf die wichtigen Europawahlen vorbereiten.

225 Diesen Diskussionsprozess wollen wir verstetigen, thematisch erweitern und die  
226 Diskussion mit gesellschaftlichen Bündnispartnern führen. Es liegt in der  
227 Verantwortung des Parteivorstands, diesen Prozess zu koordinieren, Teilergebnisse  
228 zusammenzuführen und zu einem Abschluss zu bringen.

229 Für diesen innerparteilichen Diskussions- und Klärungsprozess brauchen wir geeignete  
230 Foren, Formen und Räume. Wir wollen Dauerkonflikte überwinden. Wir stellen in den  
231 Mittelpunkt: gemeinsame Perspektiven entwickeln und gemeinsam aktiv werden.

232 Neben der inhaltlichen Aktualisierung steht dabei die Aufgabe im Zentrum, den  
233 politischen Ort der LINKEN angesichts veränderter gesellschaftlicher Bedingungen neu  
234 zu bestimmen. Es ist Zeit für eine erneuerte sozialistische Partei. Nur wenn wir uns  
235 verändern, können wir wieder Vertrauen gewinnen.

236 Veränderung heißt dabei ausdrücklich nicht, sich an den Zeitgeist anzupassen. Es geht  
237 darum, DIE LINKE als sozialistische Partei weiterzuentwickeln und ihre linken  
238 Kernpositionen auf der Höhe der Zeit fortzuentwickeln: durch Aktualisierung linker  
239 Antworten auf inzwischen aufgekommene neue gesellschaftliche Fragen. Es geht nicht  
240 darum, etwas zu verlieren, sondern ganz im Gegenteil darum, etwas zu gewinnen.

241 Indem wir uns den aktuellen Fragen stellen, können wir an Ansehen und Zustimmung bei  
242 jenen gewinnen, für deren Interessen wir uns einsetzen. Und das wiederum ist die  
243 Voraussetzung dafür, neu auf Attacke zu schalten und wieder erfolgreicher in die  
244 Gesellschaft zu wirken.

### 245 **Landesverbände**

246 Wir übertragen die Erfahrungen aus den Wahlkampfprojekten (siehe „Wahlen gewinnen!“)  
247 mit Unterstützung der Bundesgeschäftsstelle in alle Länder, um erfolgreiche Ansätze

248 des organisierenden Wahlkampf- und Parteaufbaus zu stärken. Ziel ist es, über die  
249 oben genannten Methoden Mitglieder zu gewinnen und die Verankerung und Wahrnehmung im  
250 Alltag zu erhöhen. Nach zwei bis drei Jahren soll der Mitgliederzuwachs den Prozess  
251 tragen. Wir legen ein Konzept vor, das auf erste Erfolge vor der nächsten  
252 Bundestagswahl zielt.

### 253 **Kommunalpolitik**

254 In der Kommunalpolitik sind Tausende für LINKE Inhalte aktiv – als  
255 Mandatsträger\*innen, als sachkundige Bürger\*innen oder auch als politisch gewählte  
256 Verwaltungsbeamte. Darüber hinaus sind Tausende Mitglieder vor Ort aktiv als  
257 Vorstände in Bürgerinitiativen und in Vereinen, in Elternvertretungen, in  
258 migrantischen oder antifaschistischen Selbstorganisationen und Bündnissen, in  
259 Selbsthilfegruppen, in Stadtteilzentren und Bürgerhäusern. Sie alle geben unserer  
260 Partei ein erkennbares Gesicht.

261 Noch viel zu oft verschenkt die Partei dieses Potenzial. Dies gilt in zweierlei  
262 Hinsicht: Als Mitglieder unserer Partei und zugleich kommunalpolitische  
263 Persönlichkeiten sind unsere Kommunalpolitiker\*innen Botschafter\*innen unserer linken  
264 politischen Anliegen. Aktive in Initiativen und Selbstvertretungen haben Ansehen und  
265 Kompetenz in ihrem Gebiet. Diese Anliegen kommunalpolitischen Engagements mit den  
266 Zielen unserer Partei aktiver zu verknüpfen, ist unsere Aufgabe als Partei. Umgekehrt  
267 muss die Mitgliedschaft in unserer Partei die kommunalpolitische Aktivität der  
268 Mandatsträger\*innen und Aktiven bereichern und erleichtern. Deshalb wollen wir die  
269 Arbeit in den Kommunalvertretungen stärker mit der alltäglichen Parteiarbeit und  
270 unseren Bündnispartner\*innen vor Ort verbinden. Es gilt, die jeweiligen  
271 Möglichkeiten, Kontakte und Netzwerke zu bündeln und in einer gemeinsamen politischen  
272 Sichtbarkeit münden zu lassen.

273 Wir setzen den Fokus auf Konflikte, die wir als LINKE zusammen mit interessierten  
274 Nachbar\*innen gewinnen können. In der Kommunalpolitik entwickeln und verwirklichen  
275 wir „im Kleinen“, was wir am Großen verändern wollen. Eine sozialistische  
276 Kommunalpolitik hat im Blick, welche konkreten Veränderungen den Weg zu einer anderen  
277 Gesellschaft jenseits des Kapitalismus ebnen können. Kommunalpolitische Erfolge  
278 machen Mut auf Mehr. Wir wollen die Erfolge, die unsere kommunalpolitischen  
279 Mandatsträger\*innen gemeinsam mit den Menschen erzielen, übertragbar machen und mit  
280 den zentralen Schwerpunktsetzungen kombinieren. Bis 2024 werden wir gemeinsam mit der  
281 BAG Kommunalpolitik, den Kommunalpolitischen Foren und allen hier aktiven  
282 Gliederungen ein Unterstützungsangebot für die kommunalpolitische Arbeit aufbauen.

### 283 **Digitalisierung**

284 Digitale Infrastruktur muss den aktiven Mitgliedern die Arbeit erleichtern, unnötigen  
285 innerparteilichen Bürokratismus abbauen und unsere Arbeit effizienter machen. Tausend  
286 Telegrammgruppen, diverse Cloudlösungen in den Ländern und uneinheitliche  
287 Datenbankstrukturen schaffen dies nicht. Wir brauchen unkomplizierte Lösungen und  
288 bauen deswegen die Plattform der DIE-LINKE.APP weiter aus und schaffen Schnittstellen  
289 zu einer zentralen Datenbank. Hier soll alles zusammenkommen: Mitglieder können  
290 eintreten; sie haben Zugriff auf Inhalte und wichtige Infrastruktur und können sich  
291 mit anderen Mitgliedern vernetzen. Die eigenen Mitgliederdaten, einen  
292 kommunalpolitischen Musterantrag finden, die neuesten Kommunikationslinien oder FAQs,  
293 der Leitfaden für die nächsten Haustürgespräche – je nach Funktion alles in der Hand.  
294 Damit beseitigen wir auch die oft angemahnte Kommunikationslücke, alle Informationen  
295 und Termine sollen darüber bereitgestellt, sowie Befragungen und Abstimmungen möglich  
296 werden.

# Antrag L03: Keine Aufrüstung, kein Krieg. Für eine neue Friedensordnung und internationale Solidarität

Antragsteller\*in:

Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Keine Aufrüstung, kein Krieg. Für eine neue Friedensordnung und internationale**  
2 **Solidarität**

3 Wir leben in Zeiten tiefer Krisen. Der Angriff Russlands auf die Ukraine und die  
4 zunehmenden geopolitischen Rivalitäten unterschiedlicher imperialer Machtansprüche  
5 bergen die Gefahr eines globalen Flächenbrandes, eines atomaren Krieges und weiterer  
6 Stellvertreterkriege. Sie drängen die Bekämpfung der Klimakatastrophe in den  
7 Hintergrund. Die soziale Ungleichheit spitzt sich weltweit zu; autoritäre und rechte  
8 Kräfte erstarben.

9 Wir verurteilen den verbrecherischen Angriffskrieg Russlands aufs Schärfste. Unsere  
10 Solidarität gilt den Menschen in der Ukraine, die leiden, Widerstand leisten oder  
11 flüchten müssen. Unsere Solidarität gehört ebenso den Menschen in Russland, die sich  
12 gegen den Krieg stellen, desertieren und dafür Verfolgung befürchten müssen; den  
13 Menschen, die sich weltweit gegen Krieg stellen, und die Menschen auf der Flucht  
14 unterstützen.

15 Seit Jahren betreibt Russland eine Politik, die darauf zielt, die postsowjetischen  
16 Staaten unter dem Einfluss Russlands zu halten: Indem versucht wird, autoritäre  
17 Vasallen-Regime einzurichten oder – wo das nicht gelingt –, die Staaten zu  
18 destabilisieren. Kasachstan, Transnistrien, die Niederschlagung der belarussischen  
19 Aufstände legen über diese Politik deutlich Zeugnis ab. Russland ist eines der  
20 geostrategischen Machtzentren im fossilen Kapitalismus, in dem unterschiedliche  
21 Akteure um Zugang zu Ressourcen und Einflussphären kämpfen, auch mit dem Mittel des  
22 Krieges. Es wird deutlich, dass Russland eine imperialistische Politik verfolgt.  
23 Legitimiert wird diese Politik gegenüber der eigenen Bevölkerung durch eine  
24 nationalistische, militaristische und autokratische Großmachtideologie.

25 DIE LINKE ist dem Frieden, dem Völkerrecht und der internationalen Solidarität  
26 verpflichtet. Wir messen nicht mit zweierlei Maß. Wir nehmen keine Verletzung des  
27 Völkerrechts hin. Wir stehen an der Seite der Menschen, die sich gegen autokratische  
28 Regime und Diktaturen, gegen Krieg und Ausbeutung für eine gerechte Welt einsetzen.  
29 Diesen und nicht Staaten gilt unsere Loyalität. Wir verteidigen die Menschenrechte,  
30 alle Menschenrechte an jedem Ort.

31 Zur Beendigung des russischen Krieges gegen die Ukraine fordern wir einen sofortigen  
32 Waffenstillstand und Verhandlungen mit dem Ziel des vollständigen Rückzugs russischer  
33 Truppen aus der Ukraine.

- 34 • Statt Waffenlieferungen in Kriegsgebiete müssen nichtmilitärische Möglichkeiten  
35 erweitert werden: Sanktionen müssen sich gegen die ökonomische Machtbasis des  
36 Systems Putin, die Konzentration von Reichtum in den Händen weniger, richten.  
37 Die Bundesregierung muss ihrer Verantwortung für das Einfrieren von diesen  
38 Vermögenswerten russischer Oligarchen im nationalen und europäischen Rahmen  
39 nachkommen. Ein Transparenzgesetz, welches die Verschleierung von Vermögen  
40 erschwert, ist dringend notwendig.
- 41 • Die aktuell getroffenen Sanktionsmaßnahmen bedeuten vor allem harte Einschnitte  
42 für die einfache Bevölkerung in Russland. Es besteht zudem die Gefahr, dass die  
43 Sanktionen, die tief in die russische Wirtschaft eingreifen, dazu führen, dass

- 44 sich große Teile der russischen Bevölkerung mit der Putin-Regierung gegen „den  
45 Westen“ solidarisieren. Das schwächt oppositionelle Kräfte in Russland und führt  
46 nicht dazu, dass in Russland mehr Widerstand gegen das Putin-Regime geleistet  
47 wird.
- 48 • Die Einrichtung eines internationalen Finanzregisters, wie zum Beispiel von  
49 Thomas Piketty gefordert, ist notwendig und überfällig.
  - 50 • Wir wollen Energieunabhängigkeit und dafür den Ausbau Erneuerbarer Energien in  
51 Deutschland und Europa deutlich beschleunigen. Die Möglichkeiten, den Import von  
52 fossilen Energieträgern aus Russland schnellstmöglich stärker einzuschränken,  
53 müssen ausgenutzt werden. Dies darf jedoch nicht zu einer Verlängerung des  
54 Kohleabbaus in Deutschland oder einer Renaissance der Atomkraft führen.  
55 Preissteigerungen für Energie müssen sozial ausgeglichen werden, so dass Strom  
56 und Heizung auch für alle bezahlbar sind. Dafür haben wir als LINKE klare  
57 Vorschläge eingebracht.
  - 58 • Russland ist mehr als Putin! Auch in dieser Situation wollen wir  
59 zivilgesellschaftliche, kulturelle und wissenschaftliche Beziehungen weiter  
60 erhalten, um uns damit dem wachsenden Nationalismus entgegenzustellen. Wir  
61 wollen die Zusammenarbeit mit fortschrittlichen, menschenrechtlich engagierten  
62 und linken Akteuren in Russland, der Ukraine und Belarus sowie den anderen  
63 osteuropäischen Ländern vertiefen. Wir stehen gegen Stimmungsmache gegen  
64 Russ\*innen hierzulande und unterstützen progressive Kräfte gegen Putin.
  - 65 • Geflüchtete müssen schneller aufgenommen werden. Wir unterscheiden nicht  
66 zwischen Geflüchteten aus der Ukraine oder anderen Ländern: Menschenrechte sind  
67 unteilbar. Die Geflüchteten sollen in unserer Gesellschaft schnell ankommen  
68 können und schnell in dezentrale Unterbringung und an Arbeitsmöglichkeiten  
69 kommen. Kriegsdienstverweigerer\*innen und Deserteur\*innen müssen Asyl bekommen.  
70 Durch den Krieg gegen die Ukraine mussten und müssen so viele Menschen fliehen  
71 wie noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg in Europa. Die Kosten müssen innerhalb  
72 der EU gerecht verteilt werden.
  - 73 • Die Reduzierung russischer und der weitgehende Ausfall ukrainischer  
74 Weizenimporte verschärft die Gefahr einer Hungerkatastrophe insbesondere in  
75 großen Teilen Afrikas. Die Bundesregierung muss Sondermittel für das UN-  
76 Ernährungsprogramm zur Verfügung stellen und auf internationaler Ebene endlich  
77 wirksam gegen die Spekulation mit Nahrungsmitteln vorgehen.

## 78 **Keine Aufrüstung ins Grundgesetz**

79 Im Windschatten des Entsetzens über den Krieg betreibt die Bundesregierung eine  
80 Politik, in der die Solidarität der Menschen mit der Ukraine für ein gigantisches  
81 Aufrüstungsprogramm missbraucht wird. Mit dieser Explosion der Rüstungsausgaben ist  
82 aber weder den Menschen in der Ukraine geholfen, noch werden damit Frieden und  
83 Sicherheit geschaffen, einzig die Rüstungskonzerne profitieren.

84 Mit dem „Sondervermögen für die Bundeswehr von 100 Milliarden Euro wird das von der  
85 NATO geforderte Ziel, 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Rüstung auszugeben,  
86 übererfüllt. Der von der Bundesregierung verkündete Kurswechsel bedeutet nicht nur  
87 die massive Verschiebung von Ressourcen vom Kampf gegen den Klimaschutz und sozialer  
88 Sicherheit hin zum Militär, sondern auch eine damit verbundene Militarisierung der  
89 Gesellschaft insgesamt. Die Verankerung des Sondervermögens im Grundgesetz bedeutet,  
90 dass Aufrüstung zum Verfassungsziel wird.

91 Diese „Zeitenwende“ wurde ohne gesellschaftliche Debatte verkündet. In ihren  
92 Wahlprogrammen hatten SPD und Grüne noch Abrüstung und mehr Geld für Entwicklung  
93 versprochen. Langjährige Kritik an Aufrüstung, dem Einsatz von Waffensystemen wie

94 „Killerdrohnen“ wird von den Koalitionsparteien ignoriert. Nach 1998 unter Gerhard  
95 Schröder tritt auch die nächste Regierung mit einem SPD-Kanzler als erstes großes  
96 Politikprojekt mit einer Verschiebung der deutschen Politik in Richtung  
97 Militarisierung und Krieg auf die Bühne.

98 Sogenannte „abschreckungsfähige Aufrüstung“ gaukelt Sicherheit vor statt sie zu  
99 schaffen. Das NATO-Militärbudget umfasst 1,2 Billionen Dollar pro Jahr, also 60  
100 Prozent der weltweiten (!) Militärausgaben. Die EU-Staaten geben viermal so viel für  
101 Rüstung aus wie Russland (Militärbudget von 62 Milliarden Dollar). Das genügt nicht,  
102 um Russland davon abzuhalten, NATO-Mitglieder anzugreifen? Dann schaffen auch 1,5  
103 Billionen Dollar kein Mehr an Sicherheit. Frieden gibt es nur mit kontrollierter  
104 Abrüstung!

105 Die Bundeswehr ist nicht unterausgestattet! Milliarden Euro wurden in den vergangenen  
106 Jahren an Beraterverträge versenkt. Mit der von der Bundesregierung angekündigten  
107 Aufrüstung hätte Deutschland nach den USA und China den drittgrößten Militäretat. Wir  
108 wollen die Bundeswehr auf die Landesverteidigung beschränken, Auslandseinsätze  
109 beenden und sie in keine neuen entsenden. Der Rüstungsetat muss sinken.

110 Die politische Alternative besteht darin: investieren wir in Aufrüstung oder in  
111 Klimaschutz, Schulen und Kitas, in Pflege und den sozialgerechten Umbau von  
112 Wirtschaft und Gesellschaft? Unsere Antwort ist klar: Wir wollen den Klimawandel  
113 bekämpfen und soziale Gerechtigkeit schaffen, statt in den Tod zu investieren. DIE  
114 LINKE ist Teil der gesellschaftlichen Bewegung gegen die neue Aufrüstung.

115 In den vergangenen Jahren sind Abrüstungsverträge gekündigt oder gar nicht erst  
116 unterzeichnet worden – ein schweres Versäumnis. Die Atomwaffenmächte kommen ihrer  
117 Abrüstungsverpflichtung aus dem Nichtverbreitungsvertrag nicht nach.

- 118 • Die UN-Vollversammlung hat für einen Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) gestimmt,  
119 der Anfang 2021 in Kraft getreten ist. Wir fordern die Bundesregierung auf, den  
120 Vertrag zu unterzeichnen.
- 121 • Deutschland soll sich für eine Wiederauflage des Vertrags zur Ächtung von  
122 Mittelstreckenraketen zwischen den USA und Russland einsetzen.
- 123 • Die geplante Anschaffung von F35-Bombern ist nicht nur unverantwortlich teuer,  
124 sondern dient auch der „nuklearen Teilhabe“ Deutschlands im Rahmen der NATO.
- 125 • Dies ist brandgefährlich und hat mit Landesverteidigung nichts zu tun. Die  
126 "nukleare Teilhabe" muss ausgesetzt, die US-amerikanischen Atomsprengköpfe  
127 müssen aus Deutschland abgezogen werden.

## 128 **Für eine neue Friedensordnung**

129 In der medialen Debatte wird der Krieg oft als Konflikt zwischen autoritären und  
130 demokratischen Systemen und als „Rückkehr des Krieges nach Europa“ dargestellt.  
131 Dieses Bild ist falsch. DIE LINKE misst nicht mit zweierlei Maß, das bedeutet auch:  
132 Wir vergessen nicht, dass vor etwa 30 Jahren mit den Jugoslawienkriegen, vor 20  
133 Jahren mit dem „Kosovo-Krieg“, vor acht Jahren mit der Annexion der Krim das  
134 Völkerrecht gebrochen wurde.

135 Die NATO kann nicht für sich beanspruchen „die Demokratie“ zu vertreten. Sie ist ein  
136 Militärbündnis, das – wie deutlich am Mitgliedstaat Türkei zu sehen ist – (geo-  
137 )strategische Fragen höher wertet als demokratische Werte. Nach dem Ende des Kalten  
138 Krieges haben sich die westlichen Staaten mit ihrer überwältigenden wirtschaftlichen  
139 und militärischen Macht und der NATO vielfach (siehe Kosovo- oder Irakkrieg) über  
140 Institutionen wie die UN und das Völkerrecht hinweggesetzt. Das stand im Fokus LINKER  
141 Kritik. Dabei wurden imperiale Kriege jenseits der NATO zu wenig beachtet, wie etwa  
142 die militärischen Interventionen von Russland in Tschetschenien und Syrien. Die USA  
143 und ihre Verbündeten auf der einen, China und Russland auf der anderen Seite haben

144 den Sicherheitsrat und die Vereinten Nationen in den vergangenen Jahren blockiert und  
145 die UN in Konfliktlagen weitestgehend handlungsunfähig gemacht.

146 Insbesondere in den osteuropäischen Staaten ist der Wunsch nach einer Mitgliedschaft  
147 in der NATO durch den russischen Angriffskrieg gewachsen, der Krieg hat so der NATO  
148 vermeintlich neue Legitimation verliehen. Allerdings sind die Versuche der NATO, eine  
149 „neue Weltordnung“ zu installieren, vielfach gescheitert, oft mit katastrophalen  
150 Folgen. Letztlich hat die geopolitische Ausrichtung der NATO das Denken in  
151 geopolitischen Einflusszonen und ein Wettrüsten insbesondere zwischen der NATO,  
152 Russland und China befördert. Diese Spirale der weltweiten Hochrüstung und des  
153 Einsatzes von Krieg als Mittel der Durchsetzung hegemonialer Interessen ist  
154 brandgefährlich. Der DGB hat zu Recht daran erinnert, dass Abrüstung und  
155 Entspannungspolitik gerade in Zeiten der Konfrontation überlebenswichtig sind:

156 *„Vor vierzig Jahren, mitten im Kalten Krieg (zielte) der sogenannte „Palme-Bericht“*  
157 *(...) darauf ab, durch das entspannungspolitische Konzept der gemeinsamen Sicherheit*  
158 *zur Überwindung des Ost-West-Konflikts beizutragen (...): Der Frieden in der Welt muss*  
159 *sich auf ein Engagement für das gemeinsame Überleben statt auf die Drohung durch*  
160 *gegenseitige Auslösung gründen. Angesichts der drohenden Ausweitung des bewaffneten*  
161 *Konflikts in der Ukraine sehen der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften die*  
162 *internationale Staatengemeinschaft in der Verantwortung, sich zu besinnen: Niemand*  
163 *ist wirklich sicher, bevor es nicht alle sind. Militärische Machtdemonstrationen und*  
164 *die gegenseitige Androhung und Anwendung bewaffneter Gewalt münden in Tod und Elend.*  
165 *Was wir brauchen ist ein neues Verständnis von Sicherheit. Wir können die globalen*  
166 *Probleme von heute nur gemeinsam lösen. Dafür braucht es eine Politik der*  
167 *gesamteuropäischen Kooperation. Krieg ist keine Lösung!“*

168 Wir halten daran fest, dass Krieg kein Mittel der Politik sein darf. Die multipolare  
169 Weltordnung mit ihren verschiedenen imperialen Machtzentren braucht eine neue  
170 Friedensordnung, die das Völkerrecht und die Organisationen des Völkerrechts in den  
171 Mittelpunkt stellt.

## 172 **1. Frieden durch kollektive Sicherheit, Verbindlichkeit des Völkerrechts und** 173 **Abrüstung**

174 Ein Gleichgewicht des Schreckens gibt keine Sicherheit. Sicherheit gibt es nur, wenn  
175 alle sicher sind. Deshalb streiten wir für ein Sicherheitssystem, in dem nicht  
176 Machtblöcke gegeneinander aufgestellt sind, sondern sich Staaten und Staatenbündnisse  
177 gegenseitig binden. Wir treten langfristig für eine globale Friedensordnung unter  
178 Einschluss aller Akteure ein, auch wenn dies durch den russischen Angriff auf die  
179 Ukraine aktuell unmöglich erscheint. Abrüstung muss zentraler Bestandteil einer neuen  
180 Friedensordnung sein. Wir setzen uns für ein demokratisches, soziales, ökologisches  
181 und friedliches Europa und eine solche EU ein, die der Abrüstung verpflichtet ist.

- 182 • Den Internationalen Strafgerichtshof wollen wir stärken. Auch wesentliche NATO-  
183 Staaten haben das Römische Statut nicht unterschrieben, um sich vor  
184 Strafverfolgung zu schützen – das muss anders werden!
- 185 • Waffenlieferungen lehnen wir ab, insbesondere in Krisen- und Kriegsgebiete. Wir  
186 wollen zivile Konfliktbearbeitung ausbauen. Die für den zivilen Friedensdienst  
187 zur Verfügung gestellten Mittel müssen systematisch erhöht werden. International  
188 bereits bewährte Instrumente, wie unbewaffnetes ziviles Peacekeeping, müssen im  
189 Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit stärker gefördert werden. Die Milliarden,  
190 die bisher für Kriege ausgegeben werden, wollen wir für Hilfe bei der  
191 Bewältigung internationaler Krisen und Katastrophen einsetzen. Ein wirksamer  
192 Katastrophenschutz benötigt ausgebildete Helfer\*innen, kein Militär, sondern  
193 Ärzt\*innen, Techniker\*innen oder Wissenschaftler\*innen.

## 194 **2. Friedenspolitik heißt auch: Überwindung von Armut und Umweltzerstörung.**

195 Wir treten dafür ein, dass die UN-Nachhaltigkeitsziele 2030 wichtigster  
196 Orientierungspunkt für die Außenpolitik Deutschlands und die EU werden. Die  
197 Beseitigung von Hunger und extremer Ungleichheit, umfangreiche Konfliktprävention und  
198 Abrüstung sind die Voraussetzungen für Frieden auf unserem Planeten. Wir wollen gute  
199 Arbeit und Umweltstandards entlang der globalen Lieferketten garantieren. Es braucht  
200 einen internationalen Ausgleichsmechanismus, der die Staaten mit Exportüberschüssen  
201 auf ausgeglichene Handelsbilanzen verpflichtet.

202 Aktive Friedenspolitik im 21. Jahrhundert verlangt die aktive Bekämpfung des  
203 Klimawandels. Wir wollen eine Alternative zum fossilen Kapitalismus als  
204 gesamteuropäische Entwicklungsperspektive: globale Investitionen in Energiewende und  
205 einen gerechten sozial-ökologischer Umbau statt Wettrüsten und Rückschritte zu  
206 fossiler Energie. EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen hat fossile und atomare  
207 Energie als nachhaltig eingestuft. Das ist Greenwashing statt Energiewende. Wir  
208 fordern ein groß angelegtes Investitionsprogramm, um in ganz Europa Erneuerbare  
209 Energien zu fördern.

210 Deutschland als einer der Hauptverursacher des Klimawandels muss deutlich mehr Mittel  
211 für den globalen Süden bereitstellen, um dort Entwicklungen hin zur Klimaneutralität  
212 zu ermöglichen. Wir fordern auf UN-Ebene einen Kompensationsfonds für die Folgen von  
213 Klimawandel und Kolonialismus, der von den Industriestaaten finanziert wird,  
214 insbesondere von ehemaligen Kolonialmächten. Solange die Länder im globalen Süden  
215 ihren Eigenbedarf nicht aus Ökostrom decken können, lehnen wir Wasserstoffimporte aus  
216 diesen Ländern ab.

### 217 **3. Die UNO reformieren und stärken**

218 In einem ersten Schritt müssen die sozialen und wirtschaftspolitischen Kompetenzen,  
219 beispielsweise im Wirtschafts- und Sozialrat der UN (ECOSOC), gestärkt und exklusive  
220 Foren wie die G7 überwunden werden. Die UN-Generalversammlung soll gegenüber dem  
221 Sicherheitsrat und der Einfluss der Länder des Globalen Südens mehr Gewicht erhalten.

222 Die Sonderorganisationen der UN, wie das Welternährungsprogramm (WFP), die  
223 Weltgesundheitsorganisation (WHO), die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) oder  
224 das Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) sind aufgrund von Unterfinanzierung nicht in der  
225 Lage, den Krisen angemessen zu begegnen. Die reichen Mitgliedsländer müssen endlich  
226 ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen und die Finanzierungslücke schließen. Das  
227 Welternährungsprogramm (WFE), die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die  
228 internationale Arbeitsorganisation (ILO), das Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) müssen  
229 finanziell entsprechend ihrer Aufgaben ausgestattet werden. Statt des Sondervermögens  
230 von 100 Milliarden Euro für Rüstungsausgaben könnte mehr Geld für die aufgezählten  
231 UN-Organisationen viel zur Verhinderung zukünftiger Kriege beitragen.

232 Wir werden gemeinsam in einem breiten und demokratischen Diskussionsprozess in der  
233 Partei und mit Bündnispartner\*innen, Wissenschaftler\*innen und Zivilgesellschaft an  
234 einer Aktualisierung der friedenspolitischen Positionen der LINKEN arbeiten, der  
235 friedenspolitische Gründungskonsens der LINKEN bleibt dabei erhalten.

236 Darin wollen wir unter anderem Vorschläge erarbeiten, wie die UNO demokratisiert und  
237 kollektive Sicherheit in einer Zeit mit mehreren Großmächten erreicht werden kann.

238 Eine neue Friedensordnung wird nur entstehen, wenn eine weltweite Bewegung für  
239 Frieden von unten Druck auf die jeweiligen Regierungen macht. DIE LINKE und die  
240 Europäische Linke (EL) sind Teil dieser Bewegungen. Wir treten für ein Europa ein,  
241 dass nicht die Rüstungsspirale und Militarismus befeuert. Wir stehen auf der Seite  
242 der Demokratie- und Friedensbewegungen überall. Menschenrechte sind unteilbar. Linke  
243 Solidarität bezieht sich nicht auf Staaten, sondern auf Menschen, auf soziale  
244 Bewegungen und Klassen. Wir setzen auf gesellschaftliche Mobilisierung, eine aktive  
245 Zivilgesellschaft weltweit und auf eine globale Klassenpolitik für eine gerechte und

246 friedliche Welt.



# Antrag L04: Neuer Aufbruch für uns und unser Land

Antragsteller\*in:

OV Seehausen

Der Parteitag möge beschließen:

## 1 Neuer Aufbruch für uns und unser Land

### 2 Einleitung

3 „Wenn wir nur einen Planeten haben, müssen wir die Welt verändern“ lautet die  
4 zentrale Aussage in einem Aufruf der indigenen Völker Lateinamerikas, die sich zu  
5 einem Bündnis gegen die kapitalistische Ausbeutung von Mensch und Natur auf ihrem  
6 Kontinent zusammengeschlossen haben.

7 Gilt das nicht auch für uns?

8 Die Jahre bis 2030 werden nach wissenschaftlichen Aussagen, erst kürzlich  
9 zusammengefasst im Bericht des Weltklimarats, entscheidend dafür sein, ob es gelingt  
10 menschliche Lebensbedingungen auf unserem Planeten für die kommenden Generationen zu  
11 erhalten.

12 Hinzu kommen die wachsenden Gefahren durch beschleunigte Aufrüstung und  
13 Militarisierung in vielen Regionen der Welt, um geostrategische Interessen auch mit  
14 kriegerischen Mitteln durchzusetzen, was eine Auslöschung der Menschheit durch ein  
15 nukleares Inferno heraufbeschwört.

16 Als Teil der Militarisierung werden Feindbilder propagiert, um Menschen verschiedener  
17 Bevölkerungsgruppen innerhalb des Landes gegeneinander auszuspielen. Wie noch nie in  
18 der Geschichte stehen die fortschrittlichen Kräfte in allen Kontinenten vor der  
19 Aufgabe, in einem historisch kurzen Zeitraum die Kräfte zu bündeln, um dieser  
20 Entwicklung Einhalt zu gebieten, indem deren Ursachen beseitigt werden.

21 Die Welt so zu verändern, dass nur so viel an Ressourcen durch Produktion und Konsum  
22 verbraucht werden, die Umwelt nur in dem Maß belastet wird, wie sich der Planet Erde  
23 selbst regenerieren kann, das geht nur durch eine grundsätzliche Veränderung der  
24 gesellschaftlichen Verhältnisse, mit einer Wirtschaftsordnung, die nicht länger auf  
25 Maximalprofit und Wachstumslogik basiert, die frei von Ausbeutung von Mensch und  
26 Natur ist.

### 27 I. Die internationale Lage seit Beginn der russischen Aggression gegen die Ukraine 28 und die Notwendigkeit einer neuen Strategie

29 In einer Zeit knapper werdender Ressourcen durch fortgesetzten Raubbau und den  
30 zunehmenden Folgen von Umweltzerstörung und Klimawandel verschärfen sich die  
31 Widersprüche und die Konkurrenz zwischen imperialistischen Staaten, die die  
32 aggressivsten von ihnen auch mit kriegerischen Mitteln lösen wollen. Viele haben  
33 gehofft, sich gewünscht oder geglaubt, dass ein Land wie Russland, das mit Millionen  
34 Toten die Hauptlast bei der Zerschlagung des Hitlerfaschismus trug, niemals zu einem  
35 Aggressor werden würde.

36 Russlands Politik hat nichts mehr mit einem antifaschistischen Kampf zu tun, im  
37 Gegenteil seine Führung unterstützt und finanziert Rechtspopulisten und Neonazis in  
38 vielen Ländern. Und in keinem anderen europäischen Land klafft die Schere zwischen  
39 Arm und Reich so weit auseinander, gibt es mehr soziale Ungerechtigkeit als in  
40 Russland. Auch die staatlichen Repressionen gegen Andersdenkende belegen den  
41 europäischen Spitzenplatz. Aggression nach außen, Abbau aller demokratischen Rechte  
42 im Innern, sind und bleiben Merkmale faschistischer Diktaturen.

43 Die Durchsetzung imperialistischer und geostrategischer Interessen von den

44 Herrschenden in kapitalistischen Ländern stimmen niemals mit den Interessen der  
45 Völker überein. Als Internationalisten treten wir imperialistischer Politik entgegen,  
46 ganz gleich, ob sie von Russland, China, den USA oder der EU betrieben wird. Es gilt  
47 der Satz von Karl Liebknecht: Der Hauptfeind steht im eigenen Land.

48 Wenn ein Volk, wie das der Ukraine, Opfer eines imperialistischen Überfalls wird,  
49 dann stehen wir solidarisch auf seiner Seite, dann muss das Blutvergießen so schnell  
50 wie möglich beendet werden. Die Erzwingung von Waffenstillstand und Beginn von  
51 Friedensverhandlungen sind nur möglich, wenn der Aggressor seine Ziele nicht  
52 verwirklichen kann und daher muss er maximal geschwächt werden. Um das zu erzielen,  
53 reichen Sanktionen nicht aus, die nur die russische Führung und die Oligarchen  
54 treffen. Auch Maßnahmen, die die Finanzierung des russischen Angriffskrieges  
55 erschweren oder verhindern, sind berechtigt. Keine Berechtigung dagegen haben  
56 Waffenlieferungen an die Ukraine. Sie verlängern das Blutvergießen und sind im  
57 Interesse der USA und der NATO, indem sie die Ukraine immer mehr zum Austragungsort  
58 der eigenen geostrategischen Interessen machen.

59 Eine Mitgliedschaft in der NATO als Schutz vor russischer Aggression zu empfinden,  
60 ist in der aktuellen Lage ebenso verständlich wie verhängnisvoll. Niemand ist als  
61 Spielball geostrategischer Interessen auf Dauer sicher, weil sie mit Aufrüstung und  
62 Militarisierung künftige Kriegsgefahren beinhalten. Unsere Position zur Auflösung  
63 sämtlicher Militärbündnisse bleibt richtig, dauerhaften Frieden kann es nur in einer  
64 entmilitarisierten Welt geben. Auf dem Weg dahin können Schritte durchgesetzt werden,  
65 die uns diesem Ziel näher bringen. Zum Beispiel ein Verbot der Stationierung von  
66 Soldaten und Waffen außerhalb des eigenen Landes, was weltweit die Abschaffung aller  
67 Militärstützpunkte zur Folge hätte, egal von welchem Staat oder Bündnis sie betrieben  
68 werden.

69 Auch eine dauerhafte und friedliche Lösung des aktuellen Konfliktes sollte so  
70 aussehen, dass es für alle Seiten schwieriger wird, geostrategische Ziele in Europa  
71 durchzusetzen, indem nicht weniger, sondern mehr Staaten sich der Neutralität  
72 verpflichten. Dabei kann die Ukraine den Anfang machen. Wie sich das im Einzelnen  
73 gestaltet, ist Aufgabe und Inhalt von Friedensverhandlungen zwischen der Ukraine und  
74 Russland.

75 Die Ukraine hat eine bürgerlich-demokratische Regierung, der auch Rechtsextremisten  
76 angehören. Das ist leider so, aber das macht aus der Ukraine keinen faschistischen  
77 Staat. Den Einfluss von Nazis und Nationalisten zurückzudrängen, die rechtsradikalen  
78 Verbände wie das Asow-Bataillon aufzulösen, das muss das Ziel der demokratischen  
79 Kräfte in der Ukraine sein, wenn wieder Frieden herrscht und dabei haben sie unsere  
80 uneingeschränkte Solidarität und Unterstützung.

81 Es solidarisieren sich Millionen Menschen in der ganzen Welt mit dem  
82 Verteidigungskampf des ukrainischen Volkes. Die Bourgeoisie versucht daraus Kapital  
83 zu schlagen, indem sie diesen Kampf zu einer Auseinandersetzung zwischen „Freiheit  
84 und Demokratie“ auf der einen Seite und „Autokratie und Diktatur“ auf der anderen  
85 darstellt. So will sie die Zustimmung einer Bevölkerungsmehrheit für Militarisierung  
86 der EU und beschleunigte Aufrüstung erreichen.

87 Alte und neue Kalte Krieger sprechen von einer „Zeitenwende“, die gar keine ist. Es  
88 handelt sich nur eine beschleunigte und offenere Fortsetzung der alten Politik als  
89 Teil des NATO-Bündnisses.

90 Offener als vorher treten Befürworter einer hochgerüsteten EU auf, die in der Lage  
91 wäre, Kriege zu führen, auch ohne Unterstützung durch die USA. Sie repräsentieren den  
92 aggressivsten Teil des europäischen Kapitals, das von einer eigenen Geostrategie und  
93 ihrer Durchsetzung träumt.

94 Wenn sich die Sanktionen gegen Russlands Regierung auch auf die Bevölkerung Europas

95 und anderer Kontinente auswirken, fordern wir auch hier soziale Gerechtigkeit, es  
96 dürfen nicht die Ärmsten die Zeche zahlen, weder im eigenen Land noch anderswo. Wer  
97 viel hat, kann auch viel abgeben. Das gilt auch für die Folgen von Importstopps von  
98 russischem Gas, Öl oder Kohle.

99 Wir fordern, die notwendigen Maßnahmen bei Klima- und Umweltschutz zu beschleunigen,  
100 dafür die 100 Milliarden EURO zu verwenden anstatt für Aufrüstung.

101 Anstatt Kohlekraftwerke länger laufen lassen zu wollen oder Atomkraftwerke wieder in  
102 Betrieb nehmen zu wollen, müssen die erneuerbaren Energien schneller entwickelt  
103 werden.

104 Wenn trotzdem Energieeinsparungen erforderlich sind, dann sollten als erstes die  
105 Rüstungskonzerne ihre Produktion einstellen und dann die Betriebe, die nicht  
106 nachhaltig und ökologisch produzieren, solche, die Waren herstellen, die keine echten  
107 Bedürfnisse befriedigen oder auf der Ausbeutung von Menschen, Rohstoffen und Natur in  
108 anderen Kontinenten basieren.

109 Es wäre auch der Zeitpunkt für eine Verkehrswende, die die Zulassung von  
110 Kraftfahrzeugen für den Individualverkehr deutlich herunterfährt, den öffentlichen  
111 Nahverkehr zum Nulltarif ausbaut, nicht einen einzigen weiteren neuen  
112 Autobahnkilometer realisiert.

113 Wir müssen zu denjenigen gehören, die eine wirkliche Zeitenwende definieren:

114 Zu einer dauerhaften und weltweiten Friedensordnung gehört ein Wirtschaftssystem, das  
115 unserem Planeten nur so viele Rohstoffe entnimmt, die Natur nur so weit belastet, wie  
116 die Erde selbst regenerieren kann. Ob wir das als Abschaffung der kapitalistischen  
117 Eigentumsverhältnisse so benennen oder nicht, es ergibt sich aus der Notwendigkeit,  
118 den Weg des Wachstumswahn zu verlassen und klimaneutrale und sozial gerechte  
119 Alternativen durchzusetzen. Der dafür zur Verfügung stehende Zeitraum ist klein. Die  
120 wichtigsten Kippelemente werden in den nächsten zehn Jahren überschritten. Auch das  
121 verlangt neue Überlegungen für unser Handeln. Die wichtigste Frage dabei lautet: Wie  
122 können wir beitragen, im Bündnis mit welchen Kräften, so viel politischen Einfluss in  
123 diesem Zeitraum zu gewinnen, um „die gesellschaftlichen Verhältnisse zum Tanzen zu  
124 bringen“(Karl Marx).

125 Mit Beginn des Ukraine-Krieges haben sich auch die innenpolitischen Verhältnisse  
126 verändert. SPD und Grüne gehören zu den offenen Befürwortern von Aufrüstung und  
127 Militarisierung, in den bürgerlichen Massenmedien wird die Friedensbewegung als  
128 „Putins fünfte Kolonne“ diffamiert.

129 Die Trennlinie zwischen Fortschritt und Reaktion verläuft deutlich zwischen  
130 denjenigen, die die NATO als angebliches Schutzbündnis für Freiheit und Demokratie  
131 darstellen und denjenigen, die sich für Frieden, Abrüstung und Klimagerechtigkeit  
132 einsetzen.

133 Diese Kräfte in einem zunächst außerparlamentarischen Bündnis zu vereinen, um  
134 maximalen gesellschaftlichen Einfluss zu erlangen, ist der Kern unserer neuen  
135 Strategie.

## 136 **II. Das neue Bündnis**

137 Wir streben ein Bündnis an, das es in dieser Form in der Geschichte unseres Landes so  
138 noch nicht gegeben hat. Unter Berücksichtigung der Erfahrungen der Linkskräfte in  
139 anderen Ländern, sollte das deutsche Bündnis allen Menschen und ihren Gruppen,  
140 Parteien, Organisationen und Verbänden einen Platz bieten, die bereit sind, sich für  
141 die konsequente Umgestaltung der Gesellschaft für Frieden und Abrüstung, für  
142 konsequenten Klima- und Umweltschutz und für soziale Gerechtigkeit einzusetzen, die  
143 sich gegen alle gesellschaftlichen Zustände engagieren wollen, in denen der Mensch  
144 ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.

145 Es können andere Parteien dazugehören, Gewerkschaften, Verbände und Vereinigungen der  
146 Zivilgesellschaft, die seit langem spezifische Anliegen oder bestimmte  
147 Interessengruppen vertreten, aber auch soziale und politische Bewegungen, die sich in  
148 den letzten Jahren formiert haben.

149 Unser Parteitag richtet den Aufruf heute an alle diese Kräfte: Schließen wir uns zu  
150 einem Bündnis zusammen, um gemeinsam die notwendige Kraft für eine sozial-ökologische  
151 und ökonomische Umgestaltung zu erreichen, denn wir haben nur diesen einen Planeten!

152 Auf kommunaler Ebene haben bereits viele Kreisverbände gute Erfahrungen mit offenen  
153 Listen und Bündnissen gemacht.

154 Um dem Bündnis auch zu einem Gradmesser bei Wahlen und dem Erringen von Mandaten auf  
155 Landes- und Bundesebene zu verhelfen, schlagen wir vor, bei kommenden Landtagswahlen  
156 und den Bundestagswahlen 2025 mit offenen Listen anzutreten und mindestens die Hälfte  
157 aller Listenplätze parteilosen Kandidierenden aus dem Bündnis zur Verfügung zu  
158 stellen. Das Verfahren zur Besetzung dieser Mandate bestimmt das Bündnis  
159 eigenständig, sie werden auf den Aufstellungsversammlungen unserer Partei bestätigt.  
160 Wegen des geltenden Wahlrechts in Deutschland sind Bündnisse wie in anderen Ländern,  
161 die auch mehrere Parteien und sonstige politische Vereinigungen umfassen, nicht  
162 möglich. Ziel ist es, mit offenen Listen „Die Linke“ bei den Bundestagswahlen 2025  
163 ein zweistelliges Ergebnis zu erzielen, um dann eine starke linke Opposition zu  
164 bilden. Anders kann sich die Situation darstellen, wenn es gelingt bei den späteren  
165 Wahlen zur stärksten politischen Kraft zu werden und das Bündnis den Auftrag zur  
166 Regierungsbildung erhält.

167 Unsere Bundestagsfraktion sollte noch in diesem Jahr im Parlament für  
168 Wahlrechtsänderungen eintreten, die eine Zulassung von sonstigen politischen  
169 Vereinigungen und Kandidierende mit doppelten Parteimitgliedschaften nicht länger  
170 ausschließt.

### 171 **III. Die neue Ausrichtung der Partei**

172 Unser Kampf für Frieden und Abrüstung, Klima- und Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit  
173 sind die politischen Schwerpunkte. In der Umsetzung müssen wir neue Wege gehen.

174 Zum einen bedeutet es, viel mehr als bisher in der Zivilgesellschaft und in den  
175 sozialen Bewegungen aktiv zu sein, um dort für ein breites Bündnis einzutreten. Zum  
176 anderen müssen die gesamten Aktivitäten unserer Partei stärker als bisher  
177 handlungsorientiert sein. Ob in der Gemeinde oder im Betrieb, ob im Verein oder in  
178 einer Initiative, wir sind diejenigen, die die Menschen ermutigen, für die eigenen  
179 Interessen aktiv zu werden. Wir sind diejenigen, die bei der Vorbereitung,  
180 Durchführung und Auswertung entsprechender Aktionen die weiterführenden Zusammenhänge  
181 erklären, unser Fachwissen und unsere Erfahrungen einbringen, sowie für das neue  
182 Bündnis werben und mobilisieren.

183 Viel stärker als bisher geht es darum, nicht bei tages- oder kommunalpolitischen  
184 Fragen stehen zu bleiben, sondern von der Notwendigkeit radikaler gesellschaftlicher  
185 Veränderungen zu überzeugen.

186 Bei der Tätigkeit unserer Mitglieder in Ausübung parlamentarischer Mandate handelt es  
187 sich nicht um Zeitverschwendung, wenn diese Arbeit in Verbindung mit konkreten  
188 außerparlamentarischen Aktivitäten steht, ob in Betrieben, Wohngebieten oder sozialen  
189 Bewegungen. So verhindern wir auch, dass Illusionen über eine grundlegende  
190 Veränderung der Gesellschaft allein auf parlamentarischem Weg genährt werden.

191 In vielen Gruppen, Arbeitsgemeinschaften unserer Partei wird viel inhaltliche Arbeit  
192 geleistet. Das ist auch gut und richtig, wenn die Ergebnisse in konkrete Aktivitäten  
193 einfließen, ob parlamentarisch, außerparlamentarisch oder in Bündnissen. Neben der  
194 Teilnahme an solchen Arbeiten, Erstellung von Analysen, Positionen und Einschätzungen  
195 sollten möglichst viele dieser Mitglieder auch die Zeit finden, um an

196 Basisaktivitäten teilzunehmen.

197 Wir brauchen vor allem inhaltliche Expertise, wie wir uns die gesellschaftlichen  
198 Veränderungen konkret vorstellen, die ab Ende des Jahrzehnts durchgesetzt werden. Das  
199 betrifft insbesondere die Eingriffe in die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse,  
200 aber letztendlich alle Bereiche der Gesellschaft. Es geht um die Mobilisierung für  
201 eine neue Gesellschaftsordnung, die von Teilhabe, kollektiven statt individuellen  
202 Lösungen, von sozialer Gerechtigkeit im Land und global geprägt ist. Wenn wir die  
203 Bedingungen für menschliches Leben auf unserem Planeten erhalten wollen, müssen wir  
204 diese Bedingungen menschlich gestalten. Wachstums- und Wohlstandphilosophie, wie sie  
205 im Interesse von Groß- und Finanzkapital der Bevölkerung seit Jahrzehnten eingeredet  
206 wurde, muss in Frage gestellt und schnellstmöglich überwunden werden. Wir werden die  
207 Partei sein, die überall zur Formulierung von radikalen und konsequenten Alternativen  
208 einlädt, deren Umsetzung zur Folge hat, dass in Deutschland nicht mehr so viele  
209 Ressourcen verbraucht werden, als hätten wir mehr als zwei Planeten zur Verfügung. Es  
210 geht um regionale und globale Gerechtigkeit, um Umverteilung von oben nach unten im  
211 eigenen Land. Das wird unsere Anziehungskraft insbesondere auf junge Menschen  
212 erhöhen, aber auch viele der älteren Generationen ansprechen. Schließlich haben auch  
213 sie Kinder und Enkelkinder. Welchen Wert hat ein Wohlstand, der vorwiegend aus  
214 Warenanhäufung und Massenkonsum besteht und sehr vergänglich sein kann, wenn man an  
215 die Bilder des Ukraine-Krieges und der Flutkatastrophe in Deutschland denkt.

#### 216 **IV. Die neue Arbeitsweise und Zusammensetzung unserer Bundestagsfraktion**

217 Unsere Bundestagsfraktion spielt eine wichtige Rolle für öffentliche Wahrnehmung der  
218 Partei. Es darf nicht der Eindruck entstehen, sie würde sich nicht an Beschlüsse der  
219 Partei halten oder Signale aus der Partei ignorieren.

220 Ihre Hauptaufgabe ist es, das Parlament als Tribüne für Forderungen der Partei und  
221 anderer Linkskräfte zu nutzen, Sprachrohr der Menschen sein, die in Arbeitskämpfen  
222 stehen, sich in sozialen Bewegungen engagieren und in anderen Bereichen gegen die  
223 Interessen des Kapitals aktiv sind. Die Fraktion muss Dienstleistende sein für die  
224 außerparlamentarischen Aktivitäten aller Linkskräfte, Dinge entlarven, die  
225 vorbereitet werden, die Öffentlichkeit informieren.

226 Für diese Arbeit braucht man keine mehrjährige Einarbeitungszeit. Unabhängig davon,  
227 ob wir demnächst die Ausübung der Mandate zeitlich begrenzen, empfehlen wir allen  
228 Abgeordneten unserer Partei, die länger als zwei Legislaturperioden im Bundestag  
229 sitzen, sich zu fragen, ob sie zeitnah ihren Platz für Nachrückende freimachen  
230 wollen.

231 Wer während langjähriger Präsenz im Bundestag auch in der Öffentlichkeit als  
232 engagierte Persönlichkeit unserer Partei bekannt wurde, wird auch weiterhin für  
233 unsere Öffentlichkeitsarbeit wichtig sein, hat dafür dann wesentlich mehr Zeit, weil  
234 die Mandatsausübung entfällt. Im Gegenzug können die Nachrückenden sich als  
235 Volksvertreter profilieren, mehr Mitglieder unserer Partei werden in der öffentlichen  
236 und medialen Wahrnehmung bekannt.

#### 237 **V. Anforderungen für Regierungsbeteiligungen auf Bundes- und Landesebene**

238 Wir wollen als konsequente und glaubwürdige Kraft in der Gesellschaft wirken und auch  
239 so in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Wir wollen für eine Politik stehen, die  
240 nicht mit zweierlei Maß misst oder Kompromisse eingeht, die soziale Ungerechtigkeit  
241 duldet oder verschärft. Wir beteiligen uns nicht an Regierungen, die die  
242 Interessen der Menschen missachtet oder hintertreibt, die sich in Volksentscheiden  
243 oder anderen sozialen Bewegungen artikulieren.

244 Es kann kein Bündnis mit Parteien oder Organisationen geben, die Aufrüstung und  
245 Militarisierung befürworten. Wenn sich die Mitglieder anderer Parteien, mit denen wir  
246 auf einigen Landesebenen die Regierung bilden, nicht eindeutig für Frieden und

247 Abrüstung, für konsequente Klimagerechtigkeit aussprechen und einsetzen, sind unsere  
248 Genossinnen und Genossen in den jeweiligen Landesverbänden gefordert, eine Lösung zu  
249 finden, die im Einklang mit unseren Grundsätzen und unserer Glaubwürdigkeit steht.

## 250 **VI. Neuer innerparteilicher Aufbruch**

251 Viele Mitglieder empfinden unsere Parteistrukturen als unzeitgemäß oder verkrustet,  
252 die auch patriarchalisch-reaktionäre Zustände beinhalten. Um in unserer  
253 Aktionsfähigkeit und unseren Aktivitäten flexibler und schneller zu sein, sind flache  
254 Hierarchien und mehr Basisorientierung wichtig. Welche alten Strukturen wir über Bord  
255 werfen und welche neu entstehen, wird sich bei der Umsetzung der neuen Strategie  
256 zeigen.

257 Andere europäische Linksparteien verfügen über Online-Portale, die zur  
258 Meinungsbildung und für politische Entscheidungen genutzt werden. Das brauchen wir  
259 auch, um nicht in zu vielen Fragen einen aufwändigen Mitgliederentscheid durchführen  
260 zu müssen.

261 Die Zusammenschlüsse in unserer Partei, wie die Bundesarbeitsgemeinschaften, sind  
262 wichtig für die innerparteiliche Debatte, die sie mit Analysen und Argumenten  
263 bereichern.

264 Wenn jedoch ihre Arbeitsweise einer organisierten Fraktion innerhalb der Partei  
265 gleicht, eigene Hierarchien und Misstrauen gegenüber anderen in der Partei  
266 dominieren, wird nicht nur unser Bild in der Öffentlichkeit geschädigt, sondern es  
267 verunsichert auch viele der eigenen Mitglieder, die sich dann aus dem aktiven  
268 Parteileben zurückziehen.

269 Viele der strittigen Fragen können auch mit dialektischer Herangehensweise gelöst  
270 werden. Wer sich heute für ein bedingungsloses Grundeinkommen als Alternative zu den  
271 menschenunwürdigen Hartz IV-Regelungen einsetzt, der kann sich ebenso für andere  
272 Lösungen in einer Gesellschaft einsetzen, die keine kapitalistischen  
273 Eigentumsverhältnisse kennt.

274 Statt alten Dogmatismus durch neuen zu ersetzen, brauchen wir mehr Toleranz  
275 untereinander. Ein Beispiel: Das Gendern sehen die einen als Teil ihres aktuellen  
276 Kampfes gegen Diskriminierung, andere legen den Schwerpunkt für die Überwindung  
277 diskriminierender Sprache auf die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse.  
278 Daher sollte bei Veröffentlichungen und Materialien der Partei ein Nebeneinander  
279 selbstverständlich sein.

## 280 **Schluss und Ausblick**

281 Gerade weil unsere aktuelle Ausgangslage als sehr kritisch eingeschätzt werden muss,  
282 brauchen wir eine neue und emanzipatorische Strategie, die sowohl den objektiven  
283 politischen Anforderungen entspricht und geeignet ist, eine neue gesellschaftliche  
284 Dynamik auszulösen, als auch Ziele und Aufgaben formuliert, die alle Mitglieder eint  
285 und mobilisiert. Indem wir unserer Partei wieder ein klares Profil verleihen, indem  
286 wir Ziele und Inhalte formulieren, anhand derer unsere Politik für die nächsten Jahre  
287 von allen Menschen messbar ist, verleihen wir unserer Partei neue Anziehungskraft.  
288 Wir setzen uns das Ziel, bis zum nächsten Bundesparteitag 10.000 neue Mitglieder zu  
289 gewinnen.

290 Auch in anderen Ländern wachsen die Aktivitäten, um solche Bündnisse zu schaffen. Mit  
291 unserer Strategie sind wir Teil einer internationalen Bewegung.

292 Eine Partei, die in der öffentlichen Wahrnehmung als zerstritten und mit Beliebigkeit  
293 in ihren Positionen wahrgenommen wird, kann weder bei Wahlen noch in  
294 außerparlamentarischen Bewegungen überzeugen. Die Mehrheit unserer Mitglieder will  
295 daher, dass wir ein klares sozialistisches Profil haben, nicht nur etwas linker als  
296 die SPD und etwas grüner als die Grünen sind. Nicht ein paar Sozialwohnungen mehr

297 fordern, sondern die Wohnungskonzerne zu enteignen. Nicht dem Kapital ein wenig auf  
298 die Füße treten, sondern vor das Schienbein klotzen, dass es einknickt. Und das  
299 gelingt nicht als linker Wahlverein, sondern vor allem in den außerparlamentarischen  
300 Kämpfen.

301 Und wir brauchen die Forderungen, die alle verstehen und die unser Profil schärfen.  
302 Beispiele:

303 Keine Rüstungsproduktion in Deutschland bei Enteignung ihrer Eigentümer.

304 Abschaffung indirekter Steuern (alte Forderung der Arbeiterbewegung), weil durch sie  
305 vor allem die Einkommensschwachen belastet werden. Stattdessen direkte Steuern, die  
306 zur radikalen Umverteilung von oben nach unten führen, kein Land braucht Millionäre!

307 Keine Zustimmung in Parlamenten und kommunalen Vertretungen zu Projekten, die nicht  
308 den Ein-Planetens-Fußabdruck haben, sozial-ökologische Transformation durch die  
309 Übernahme von Betrieben durch die Beschäftigten, die sich z.B. als ökologisch und  
310 nachhaltig arbeitende Genossenschaft zusammenschließen.

311 Wir senden den Impuls an alle Menschen: Lasst uns eine basisdemokratische,  
312 emanzipatorische und globale Gesellschaft entwerfen, die geprägt ist vom Respekt  
313 gegenüber der Natur und im Umgang miteinander. Denn es gibt weder einen friedlichen  
314 noch einen grünen oder sozialen Kapitalismus.

## **Begründung**

Alternativer Leitantrag für den Erfurter Parteitag 2022

## **Antrag L05: Konkrete Zukunftskonzepte für eine sozialistische Gesellschaft entwickeln**

Antragssteller\*innen: Kreisverband Landkreis Rostock

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 1. Entsprechend des in der Präambel des Parteiprogramms von 2011 programmierten Ziels des  
2 demokratischen Sozialismus intensiviert die Partei ihre Anstrengungen zur Entwicklung von  
3 Konzeptionen zur Erreichung dieses Ziels und daraus hervorgehenden direkt umsetzbaren  
4 Entwicklungspfaden. Damit verbunden ist die Aktivierung von gesellschaftlichen Bewegungen für  
5 eine nichtkapitalistische Wirtschaftsordnung und eine sozialistische Gesellschaft. Die LINKE muss  
6 dabei der Gerinnungspunkt aller Kräfte werden, die für eine Umwälzung des Wirtschaftssystems  
7 hin zu einem System mit sozialistischen Grundzügen kämpfen.
- 8 2. Zur Realisierung dieser Aufgaben werden in Verantwortung des Parteivorstandes Projektgruppen  
9 zu allen wesentlichen gesellschaftlichen Bereichen unter Einbeziehung möglichst vieler  
10 kompetenter Aktivisten gebildet. Diese Projektgruppen haben die Aufgabe, eine kritische Analyse  
11 der aktuellen Zustände in dem jeweiligen Bereich vorzunehmen, erhaltenswerte und zu  
12 beseitigende Elemente zu bestimmen, Modelle und Praktiken für nachkapitalistische Formen und  
13 Strukturen in dem Bereich zu entwickeln und konkrete Aktivitäten für aktuelle Kämpfe  
14 vorzuschlagen.
- 15 3. Es wird im Parteivorstand eine Grundsatzgruppe unter Einbeziehung kompetenter  
16 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gebildet, die die philosophischen und  
17 gesellschaftspolitischen Grundlagen für die Systemänderungen erarbeitet.

### **Begründung:**

Unsere Auffassung nach liegen die hauptsächlichen Gründe für die Wahlniederlagen in den letzten Jahren darin, dass die Partei ihr Profil verloren hat und ihr Alleinstellungsmerkmal, einzige sozialistische Kraft zu sein, verblasst ist. Es fehlt an einer einigenden Klammer für die notwendige Pluralität der Meinungen. Die sozialistische Wagenburgmentalität muss wiederbelebt werden. Uns eint das gemeinsame Ziel des Kampfes für die Utopie einer sozialistischen Gesellschaft und die Unbeugsamkeit gegen alle Beharrungskräfte.

Die Notwendigkeit gesellschaftlicher Veränderungen ist so dringend wie nie zuvor. Die weitere Existenz der Menschheit wird durch drei aktuelle Gefahren bedroht, einen atomaren Weltkrieg, eine ökologische Krise und die sich zuspitzende Unfähigkeit kapitalistischer Reproduktion. Während durch einen Atomkrieg große Teile der Menschheit in Sekunden ausgelöscht werden können, führt die multiple ökologische Krise jetzt schon zu einem Sterben auf Raten. Und schon jetzt basiert kapitalistische Reproduktion auf unbezahlter Arbeit und globaler Ausbeutung. Es ist wissenschaftlich und historisch erwiesen, dass für alle drei Bedrohungen ursächlich das globale finanzkapitalistische Wirtschaftssystem verantwortlich ist. Eine grundlegende Umwälzung dieses Wirtschaftssystems ist deshalb eine aktuelle welthistorische Aufgabe, an der sich weltweit alle sozialistischen Parteien führend beteiligen sollten.

Das Ziel der Umwälzung ist eine Welt, in der sozialistische Merkmale dominieren, eine Welt, in der es keine Atomwaffen, keine Waffenindustrie, keine Börsen und keine kapitalistischen Großkonzerne gibt, eine Welt, in der die Billionen für Rüstung den Organen der UNO für die Bewältigung der von ihr beschlossenen 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (SDGs) zur Verfügung gestellt werden, eine Welt mit einer nachhaltigen Wirtschaft, mit starken Genossenschaften und mittelständischen Unternehmen, mit erweiterten demokratischen Grundrechten und mit einem ausgebauten System der demokratischen Mitwirkung in allen gesellschaftlichen Bereichen.



Es müssen alle vorhandenen Konzepte und Ideen für diese gesellschaftlichen Veränderungen aufgearbeitet, zusammengefasst, ergänzt und popularisiert werden. Mit seinem Buch „Die Utopie des Sozialismus“, Berlin 2021, hat Klaus Dörre dazu einen ersten bedeutsamen Schritt getan, der Fundament für weitere Arbeiten sein kann.

Die Strategie, dieses Ziel durch einen Politikwechsel auf bundespolitischer Ebene, durch eine große Transformation von oben, zu erreichen ist gescheitert. Potenziale für den Kampf liegen in den 40 % der 16 bis 29-jährigen, die im Januar diesen Jahres bei einer repräsentativen Befragung der Meinung waren, dass der Kapitalismus nicht das bestmögliche Wirtschaftssystem ist, sowie bei den Massen mit der Gesellschaft unzufriedener Arbeiter\*innen, von denen viele aus Protest noch die AfD wählen.

Die Partei hat bei Annahme des Antrages zwei relativ selbstständige, einander bedingende Grundaufgaben.

1. Nutzung der für sie vorhandenen Möglichkeiten in Parlamenten zu Initiierung und Unterstützung von Maßnahmen, die die Lebensverhältnisse der Bürgerinnen und Bürger verbessern und Verdeutlichung der Grenzen kapitalistischer Wirtschaftsweisen
2. Kritische Analyse der aktuellen gesellschaftlichen Verhältnisse und theoretisch fundierte Konzipierung und Verbreitung von Modellen und Entwicklungspfaden für wesentliche Bereiche einer künftigen nichtkapitalistischen Gesellschaft

Aus dem Wechselverhältnis dieser beiden Grundaufgaben ergibt sich eine andere Sicht auf viele der gegenwärtig in der Partei kontrovers diskutiert Themen. Als Beispiele seien die Frage der Mitarbeit in Parlamenten und die Stellung zur EU/NATO genannt.

Die Mitarbeit in Parlamenten bis in die Regierungsebene ist sinnvoll, weil damit die Möglichkeit besteht, linke Forderungen, die unter den gegenwärtigen Bedingungen eines kapitalistischen Wirtschaftssystems realisierbar sind, in Angriff zu nehmen oder zumindest zu popularisieren. Weiterhin kann die Ablehnung unsozialer, undemokratischer und militaristischer Vorhaben wirksamer artikuliert werden. Zur Mitarbeit in Parlamenten sind immer Kompromisse mit den herrschenden Kräften notwendig. Im Gegensatz zu diesen Bestrebungen müssen in der außerparlamentarischen Arbeit die grundsätzlichen Funktionen und Wirkungsweisen bürgerlicher Parlamente zur Sicherung des kapitalistischen Wirtschaftssystems sowie die damit verbundenen Einschränkungen demokratischer Mitwirkung herausgestellt und Konzepte für eine demokratische Reformierung des Staates in einer sozialistischen Gesellschaft erarbeitet werden.

Auch in Bezug auf die EU geht es um das Wirksamwerden des Gegensatzes von Zustimmung und Mitarbeit bei allen ökologischen und völkerverständigen Aktivitäten und von deutlicher Herausstellung der Wirkungsweise und systemhaltenden Funktion der EU, einschließlich ihrer militärischen Ambitionen. Der Verzicht auf die unrealistische und im Grundsatz nichts ändernde Forderung nach Austritt Deutschlands aus der NATO ist die eine Seite. Auf der anderen Seite geht es um das Brandmarken der zunehmenden Aufrüstung, der Zunahme der Kriegsgefahr und der damit verbundenen Schädigung der Umwelt und Verschwendung von enormen Ressourcen sowie um die Unterstützung aller entsprechenden Aktivitäten von außerparlamentarischen Bewegungen gegen diese Entwicklungen.

# Antrag S15: Bundesarbeitsgemeinschaften

Antragsteller\*in:

Benjamin-Immanuel Hoff (LV Thüringen)

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Nach § 7 Innerparteiliche Zusammenschlüsse wird ein neuer § 7a
- 2 Bundesarbeitsgemeinschaften eingefügt. Er hat folgenden Wortlaut:
- 3 § 7a Bundesarbeitsgemeinschaften
- 4 (1) Die Bundesarbeitsgemeinschaften sind Gremien zur fachpolitischen Vernetzung und
- 5 der Erarbeitung von fachlichen Konzepten und Strategien. Aus der Zusammenarbeit von
- 6 Delegierten der Landesverbände sowie Interessierten innerhalb und außerhalb der
- 7 Partei entwickeln sie inhaltliche Positionen. Die Bundesarbeitsgemeinschaften leisten
- 8 dadurch ihren Beitrag zur programmatischen Arbeit der Partei, erschließen Fachwissen
- 9 und sind Bindeglieder zu Verbänden, Initiativen und wissenschaftlichen Institutionen.
- 10 (2) Die Anerkennung als Bundesarbeitsgemeinschaft erfolgt durch Beschluss des
- 11 Bundesausschusses auf Antrag des Parteivorstandes und einem zustimmenden Votum der
- 12 Versammlung der Sprecherinnen und Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaften.
- 13 (3) Der Parteivorstand bezieht die Bundesarbeitsgemeinschaften in Beratungen über die
- 14 Strategie und Programmatik der Partei rechtzeitig und transparent ein. Er kann in
- 15 Abstimmung mit der jeweils zuständigen Bundesarbeitsgemeinschaft den Auftrag zur
- 16 Erarbeitung von Stellungnahmen oder Konzepten erteilen.
- 17 (4) Die Bundesarbeitsgemeinschaften haben Antragsrecht an die Bundesgremien der
- 18 Partei.
- 19 (5) Jede Bundesarbeitsgemeinschaft wählt für die Dauer von zwei Jahren eine
- 20 Sprecherin oder einen Sprecher. Die Sprecherinnen und Sprecher aller
- 21 Bundesarbeitsgemeinschaften bilden die Versammlung der Sprecherinnen und Sprecher der
- 22 Bundesarbeitsgemeinschaften.
- 23 (6) Das Nähere regelt das BAG-Statut, das vom Parteitag mit einfacher Mehrheit
- 24 beschlossen wird. Es ist der Satzung als Anlage beizufügen.

## Begründung

Die Tätigkeit der Innerparteilichen Zusammenschlüsse ist in § 7 der Bundessatzung der Partei DIE LINKE geregelt. Als Konsequenz aus dem Fraktionsverbot innerhalb kommunistischer Parteien zogen die PDS und später die DIE LINKE die Schlussfolgerung, den Mitgliedern das Recht zur Bildung innerparteilicher Zusammenschlüsse statuarisch zu sichern. Davon wird innerhalb der Linkspartei rege Gebrauch gemacht. Das Recht auf Bildung innerparteilicher Zusammenschlüsse garantiert freilich nicht die strukturierte fachliche und inhaltliche Arbeit und entsprechende programmatische Fortentwicklung der Partei. Mit der Einfügung des § 7a Bundesarbeitsgemeinschaften soll der unterschiedlichen Ausrichtung der Innerparteilichen Zusammenschlüsse in Strömungen, die zur innerparteilichen Willensbildung und strategischen Debatte beitragen, einerseits und Bundesarbeitsgemeinschaften als Fachkommissionen zur Bearbeitung spezieller fachpolitischer Themenfelder andererseits Rechnung getragen werden. Darüber hinaus soll auf diesem Wege die strukturierte inhaltliche und fachliche Debatte der Partei durch Vernetzung der jeweiligen Interessierten und Expert:innen innerhalb der Partei, mit den Mandatsträger:innen in Parlamenten und Regierungen sowie Akteur:innen, Institutionen und Bewegungen außerhalb der Partei befördert werden.

## **Antrag S16: Änderung von § 15 Absatz 1 Buchstabe b**

**Antragsteller\*in:**

Benjamin-Immanuel Hoff (LV Thüringen)

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 In § 15 Absatz 1 wird Buchstabe b wie folgt neu gefasst:
- 2 „(b) die Satzung, die Wahlordnung und die Schiedsordnung der Partei sowie das Statut
- 3 der Bundesarbeitsgemeinschaften“

### **Begründung**

Die Einfügung „sowie das Statut der Bundesarbeitsgemeinschaften“ ist eine Folgeänderung aus § 7a Absatz 6. (siehe Antrag S15)

## **Antrag S17: Änderung der Gruppierung der §§ 18 bis 23**

**Antragsteller\*in:**

Benjamin-Immanuel Hoff (LV Thüringen)

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die §§ 18 bis 23 werden wie folgt neu gruppiert:
- 2 Bundesausschuss
- 3 § 18 Aufgaben des Bundesausschusses
- 4 § 19 Zusammensetzung und Wahl des Bundesausschusses
- 5 § 20 Arbeitsweise des Bundesausschusses
- 6 Parteivorstand
- 7 § 21 Aufgaben des Parteivorstandes
- 8 § 22 Zusammensetzung und Wahl des Parteivorstandes
- 9 § 23 Arbeitsweise des Parteivorstandes

## **Antrag S18: Der Bundesausschuss (Neufassung des § 18 (neu) [§ 21 alt])**

**Antragsteller\*in:**

Benjamin-Immanuel Hoff (LV Thüringen)

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Der § 18 (neu) [§ 21 alt] wird wie folgt neu gefasst:
- 2 § 18 Aufgaben des Bundesausschusses
- 3 (1) Der Bundesausschuss ist das oberste beschlussfassende Gremium zwischen den
- 4 Parteitag; er beschließt über die Richtlinien der Politik zwischen den Parteitag.
- 5 Ferner befasst er sich mit allen Angelegenheiten, die der Parteitag an ihn delegiert.
- 6 (2) Darüber hinaus berät der Bundesausschuss den Parteivorstand, koordiniert die
- 7 Arbeit zwischen den Gremien der Bundespartei, den Landesverbänden, der
- 8 Bundestagsfraktion und den Landtagsfraktionen sowie den Vertreterinnen und Vertretern
- 9 der Partei in der Bundesregierung oder den Landesregierungen. Er entwickelt und plant
- 10 gemeinsame politische Initiativen.
- 11 (3) Der Bundesausschuss berät und beschließt insbesondere über:
- 12 (a) grundsätzliche politische und organisatorische Fragen auf der Grundlage dieser

- 13 Satzung, von Beschlüssen des Parteitag oder auf Antrag des Parteivorstandes,  
14 (b) den jährlichen Finanzplan auf Vorschlag des Parteivorstandes,  
15 (c) Anträge, die an den Bundesausschuss gestellt oder durch den Parteitag an den  
16 Bundesausschuss überwiesen wurden,  
17 (d) Angelegenheiten, bei denen der Parteivorstand wegen ihrer politischen Bedeutung  
18 oder wegen der mit ihnen verbundenen finanziellen Belastungen eine Beschlussfassung  
19 des Bundesausschusses für notwendig erachtet,  
20 (e) Kampagnen, die bei ihrer Durchführung erhebliche finanzielle Mittel oder  
21 personelle Ressourcen der Landesverbände binden.  
22 (4) Der Bundesausschuss wählt die Vertreterinnen und Vertreter der Partei in die  
23 Organe der Europäischen Linken (EL).  
24 (5) Der Bundesausschuss unterbreitet der Bundesvertreterversammlung einen  
25 Personalvorschlag zur Aufstellung der Bundesliste für die Wahlen zum Europäischen  
26 Parlament.

## Begründung

Derzeit ist der Bundesausschuss „das Organ der Gesamtpartei mit Konsultativ-, Kontroll- und Initiativfunktion gegenüber dem Parteivorstand. Der Bundesausschuss fördert und unterstützt das Zusammenwachsen der Landesverbände. Er soll Initiativen ergreifen und unterstützen, die diesem Ziel dienen.“ In der geltenden Satzung ist der Bundesausschuss ein dem Parteivorstand nachgeordnetes Gremium.

Die Konsultativ-, Kontroll- und Initiativfunktion wird durch die Regelung in § 18 Absatz 1 dahingehend geschärft, dass der Bundesausschuss als das höchste Organ zwischen den Parteitagen neu konstituiert wird. Er beschließt über die Richtlinien der Politik zwischen den Parteitagen.

Mit § 19 Absatz 2 wird die Funktion des Bundesausschusses im Sinne der strategischen und politischen Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit der Bundespartei zwischen den Parteitagen einerseits und andererseits in der Koordinierungsfunktion zwischen den Gremien der Partei, den Landesverbänden aber auch den Repräsentanzen der Partei in Parlamenten des Bundes und der Länder sowie im Falle von Regierungsbeteiligungen mit den linken Regierungsmitgliedern fortentwickelt.

Die Absätze 3 bis 5 sind identisch mit den in § 21 Absätze 3 bis 5 der geltenden Satzung enthaltenen Regelungen.

(Die Bezeichnung § 18 (neu) bezieht sich auf den Antrag S17 zur Änderung der Gruppierung der §§ 18 bis 23.)

## Antrag S19: Neufassung des § 19 (neu) [§ 22 alt]

**Antragsteller\*in:**

Benjamin-Immanuel Hoff (LV Thüringen)

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Der § 19 (neu) [§ 22 alt] wird wie folgt neu gefasst:  
2 § 19 Zusammensetzung und Wahl des Bundesausschusses  
3 (1) Dem Bundesausschuss gehören mit beschließender Stimme an:  
4 (a) 60 Vertreterinnen und Vertreter der Landesverbände, von denen je Landesverband  
5 wenigstens eine Vertreterin oder ein Vertreter dem jeweiligen Landesvorstand  
6 angehören soll.  
7 (b) zwölf Vertreterinnen und Vertreter der Versammlung der innerparteilichen  
8 Zusammenschlüsse zu wählende Mitglieder, von denen vier Vertreterinnen und Vertreter  
9 von der Versammlung der Sprecherinnen und Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaften  
10 entsandt werden.  
11 (c) die vier Mitglieder des geschäftsführenden Parteivorstandes.

- 12 (d) die Vorsitzenden und die Erste Parlamentarische Geschäftsführerin oder der Erste  
13 Parlamentarische Geschäftsführer der Linksfraktion im Deutschen Bundestag.  
14 (e) die Mitglieder der Partei in der Bundesregierung.  
15 (f) zwei Vertreterinnen oder Vertreter des anerkannten Jugendverbandes.  
16 (2) Die Vertreterinnen und Vertreter der Landesverbände werden von den  
17 Landesparteitagen gewählt. Die Verteilung der Mandate auf die Landesverbände erfolgt  
18 entsprechend den Delegiertenzahlen des Parteitages paarweise im Divisorenverfahren  
19 nach Adams.  
20 (3) Dem Bundesausschuss gehören mit beratender Stimme an:  
21 (a) die Ministerpräsidentinnen oder Ministerpräsidenten sowie die stellvertretenden  
22 Ministerpräsidentinnen oder Ministerpräsidenten der Partei.  
23 (b) eine Vertreterin oder ein Vertreter der Gruppe im Europäischen Parlament.  
24 (c) eine Vertreterin oder ein Vertreter der Partei im Vorstand der Partei der  
25 Europäischen Linken.  
26 (4) Die Mitglieder werden auf die Dauer von zwei Jahren bestellt. Für die Mitglieder  
27 sind auch Ersatzmitglieder zu wählen.  
28 (5) Das Amt der Mitglieder beginnt mit dem erstmaligen Zusammentreten des  
29 Bundesausschusses und endet mit dem Zusammentreten des Bundesausschusses der  
30 folgenden Wahlperiode.

## **Begründung**

Die neu gefasste Funktion des Bundesausschusses erfordert auch eine geänderte Zusammensetzung des künftig höchsten Gremiums zwischen den Landesparteitagen.

Wie bisher gehören dem Bundesausschuss gemäß § 19 Absatz 1 Buchstabe (a) künftig weiterhin 60 Vertreterinnen und Vertreter der Landesverbände sowie gemäß § 19 Absatz 1 Buchstabe (e) zwei Vertreterinnen und Vertreter des anerkannten Jugendverbandes an.

Weiterhin entsenden die bundesweiten Zusammenschlüsse gemäß § 19 Absatz 1 Buchstabe (b) zwölf Mitglieder, von denen vier von den Bundesarbeitsgemeinschaften (vgl. § 7 a (neu)) entsandt werden. So werden sowohl die bundesweiten Zusammenschlüsse weiterhin vertreten sein und die programmatische Stimme dieser Fachkommissionen im Bundesausschuss vernehmbar.

Anders als bislang in § 22 Absatz 1 Buchstabe (c) geregelt, gehören dem Bundesausschuss künftig nicht mehr sechs vom Parteivorstand benannte Mitglieder, darunter die Bundesschatzmeisterin oder der Bundesschatzmeister an, sondern gemäß § 19 Absatz 1 Buchstabe (b) die vier vom Parteitag gewählten Mitglieder des geschäftsführenden Parteivorstandes, die mit ihrer Wahl automatisch auch Mitglieder des Bundesausschusses sind.

Um der Koordinierungsfunktion des Bundesausschusses zwischen der Partei und der Bundestagsfraktion besser Rechnung zu tragen, gehören die Vorsitzenden der Bundestagsfraktion sowie die Erste Parlamentarische Geschäftsführerin oder der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der Bundestagsfraktion dem Bundesausschuss nach § 19 Absatz 1 Buchstabe (c) qua Funktion als Mitglied an.

Laut § 15 Absatz 5 Satz 2 der geltenden Satzung entscheidet der Parteitag über die Beteiligung an Koalitionen und die Tolerierung von Minderheitsregierungen auf Bundesebene. Weitere Regelungen für die politische Abstimmung im Falle einer Regierungsbeteiligung oder Tolerierung auf Bundesebene trifft die Satzung hingegen nicht. Entsprechend der Neubestimmung des Bundesausschusses wird für den Fall einer Regierungsbeteiligung auf Bundesebene für die Zusammensetzung des Bundesausschusses durch § 19 Absatz 1 Buchstabe (d) geregelt, dass die Mitglieder der Partei in der Bundesregierung qua Amt stimmberechtigte Mitglieder des Bundesausschusses sind.

Der Koordinierungsfunktion des Bundesausschusses in dieser neuen Form entsprechend, gehören als Mitglieder mit beratender Stimme gemäß § 19 Absatz 3 Buchstabe (a) die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten sowie die stellvertretenden Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Partei, gemäß § 19 Absatz 3 Buchstabe (c) und Buchstabe (d) eine Vertreterin oder ein Vertreter der Gruppe im Europäischen Parlament sowie eine Vertreterin oder ein Vertreter der Partei im Vorstand der Partei der Europäischen Linken dem Bundesausschuss an.

Die Regelung in § 19 Absatz 2 ist identisch mit der in § 22 Absatz 2 der geltenden Satzung enthaltenden Regelung.

Die Regelungen in § 19 Absätze 4 und 5 sind identisch mit den in § 22 Absätze 5 und 6 der geltenden Satzung enthaltenen Regelungen.

(Die Bezeichnung § 19 (neu) bezieht sich auf den Antrag S17 zur Änderung der Gruppierung der §§ 18 bis 23.)

## **Antrag S20: Neufassung des § 20 (neu) [§ 23 alt]**

**Antragsteller\*in:**

Benjamin-Immanuel Hoff (LV Thüringen)

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Der § 20 (neu) [§ 23 alt] wird wie folgt neu gefasst:
- 2 § 20 Arbeitsweise des Bundesausschusses
- 3 (1) Der Bundesausschuss tritt bei Bedarf, jedoch mindestens halbjährlich zusammen.
- 4 (2) Der Bundesausschuss wählt aus dem Kreis seiner Mitglieder ein Präsidium. Ihm
- 5 obliegt die Einberufung in Abstimmung mit dem Parteivorstand über den Inhalt der
- 6 Tagesordnung und die Tagesleitung.
- 7 (3) Das Präsidium nimmt seine Aufgaben bis zur Konstituierung des nachfolgenden
- 8 Bundesausschusses wahr.
- 9 (4) Der Bundesausschuss muss auf Beschluss des Parteivorstandes einberufen werden
- 10 oder wenn es mindestens ein Viertel der Bundesausschussmitglieder unter Angabe von
- 11 Gründen schriftlich beantragt.
- 12 (5) Der Bundesausschuss gibt sich eine Geschäftsordnung.

### **Begründung**

Die Wahrnehmung der Aufgaben des Bundesausschusses erfordert regelmäßige Sitzungen, die wie bislang in § 23 Absatz 1 der geltenden Satzung im Regelfall halbjährlich stattfinden.

Wie bisher in § 23 Absatz 4 der geltenden Satzung geregelt, wählt der Bundesausschuss aus seiner Mitte ein Präsidium. Diesem Präsidium obliegt gemäß § 20 Absatz 2 Satz 2 die Einladung des Bundesausschusses unter Abstimmung der Tagesordnung mit dem Parteivorstand sowie die Tagungsleitung.

Die Regelung in § 20 Absatz 3 ist identisch mit der in § 23 Absatz 2 der geltenden Satzung enthaltenen Regelung.

Die Regelungen in § 20 Absätze 4 und 5 sind identisch mit den in § 22 Absätze 3 und 5 der geltenden Satzung enthaltenen Regelungen.

(Die Bezeichnung § 20 (neu) bezieht sich auf den Antrag S17 zur Änderung der Gruppierung der §§ 18 bis 23.)

## **Antrag S21: Zusammensetzung und Wahl des Parteivorstandes**

**Antragsteller\*in:**

Benjamin-Immanuel Hoff (LV Thüringen)

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Der § 22 (neu) [§ 19 alt] wird wie folgt neu gefasst:
- 2 § 22 Zusammensetzung und Wahl des Parteivorstandes
- 3 (1) Der Parteivorstand (Gesamtvorstand) besteht aus bis zu 12 vom Parteitag zu
- 4 wählenden Mitgliedern, darunter die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes,

5 eine frauenpolitische Sprecherin, eine Koordinatorin oder ein Koordinator für  
6 europäische/internationale Politik sowie eine jugendpolitische Sprecherin oder ein  
7 jugendpolitischer Sprecher.  
8 Der Parteitag bestimmt die genaue Zusammensetzung des Parteivorstandes.  
9 (2) Der Geschäftsführende Parteivorstand besteht aus 4 Mitgliedern:  
10 (a) zwei Parteivorsitzende unter Berücksichtigung der Mindestquotierung,  
11 (b) eine Bundesschatzmeisterin oder ein Bundesschatzmeister,  
12 (c) eine Bundesgeschäftsführerin oder ein Bundesgeschäftsführer.  
13 (3) Die Mitglieder des Geschäftsführenden Parteivorstandes werden mit ihrer Wahl  
14 zugleich zu Mitgliedern des Bundesausschusses gewählt.  
15 (4) Der Parteivorstand wird in der Regel in jedem zweiten Jahr gewählt. Hat in einem  
16 Kalenderjahr keine Wahl des Parteivorstandes stattgefunden, muss diese spätestens auf  
17 einem ordentlichen Parteitag im darauf folgenden Kalenderjahr stattfinden. Im Übrigen  
18 finden eine Neuwahl des Parteivorstandes oder eventuelle Nachwahlen auf Beschluss des  
19 Parteitages statt.  
20 (5) Mitglieder der Partei DIE LINKE, die in einem beruflichen oder finanziellen  
21 Abhängigkeitsverhältnis zur Bundespartei stehen, können kein Parteivorstandsamt  
22 bekleiden.

## **Begründung**

Aktuell hat der Parteivorstand eine Mitgliederstärke von 44 ordentlichen Mitgliedern sowie 6 Mitgliedern mit beratender Stimme und gegebenenfalls zusätzlich vom Parteitag zu bestimmenden weiteren Mitgliedern mit beratender Stimme.

Er ist einerseits so groß, dass Verantwortung innerhalb des Gremiums diffundiert und andererseits reicht auch dieser erhebliche personelle Umfang nicht aus, um alle Gliederungen und Zusammenschlüsse der Partei adäquat abbilden zu können.

Der in § 22 Absatz 1 nunmehr vorgesehene Umfang des Parteivorstandes von bis zu 12 Mitgliedern orientiert sich an der derzeitigen Größenordnung des Geschäftsführenden Parteivorstandes und schafft damit ein jederzeit handlungsfähiges Gremium, das den in § 18 festgelegten Aufgaben des Parteivorstandes Rechnung tragen kann.

Der in § 22 Absatz 2 festgelegte Umfang des Geschäftsführenden Parteivorstandes trägt der bereits in der politischen Praxis des Parteivorstandes seit Jahren etablierten besonderen Rolle der Zusammenarbeit der beiden Parteivorsitzenden mit der Bundesgeschäftsführerin oder dem Bundesgeschäftsführer und der Schatzmeisterin oder dem Schatzmeister Rechnung. Diese Vierergruppe wird mit der vorgesehenen Änderung nunmehr nicht nur als faktischer sondern als tatsächlicher geschäftsführender Parteivorstand anerkannt und entsprechend normiert.

Im Rahmen der vorgesehenen geänderten Rolle und Zusammensetzung des Bundesausschusses als höchstes Gremium der Partei zwischen den Parteitag ist in § 22 Absatz 3 vorgesehen, dass die Mitglieder des geschäftsführenden Parteivorstandes mit ihrer Wahl automatisch auch Mitglieder des Bundesausschusses werden.

Die Regelung des § 22 Absatz 4 ist identisch mit § 19 Absatz 2 der geltenden Satzung der Partei DIE LINKE.

Die Regelung des § 22 Absatz 5 ist eine Klarstellung zur Vermeidung von Interessenkonflikten.

(Die Bezeichnung § 22 (neu) bezieht sich auf den Antrag S17 zur Änderung der Gruppierung der §§ 18 bis 23.)

# Antrag S22: Antrag auf Beauftragung der Satzungskommission mit der Vorbereitung weiterer Satzungsänderungen

Antragsteller\*in:

Benjamin-Immanuel Hoff (LV Thüringen)

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die Satzungskommission wird beauftragt, bis Ende des Jahres 2022, Vorschläge für
- 2 weitergehende Änderungen der Satzung zu unterbreiten. Dabei soll insbesondere geprüft
- 3 werden:
- 4 • Ob die Regelungen zur Mitgliedschaft (§§ 3 bis 5) dahingehend anzupassen sind,
- 5 dass über den Beitritt zur Partei künftig nach Antrag durch den Vorstand der
- 6 zuständigen Gebietskörperschaft entschieden wird.
- 7 • Inwieweit die Regelungen zum Mitgliederentscheid (§ 8) vor dem Hintergrund der
- 8 bislang gesammelten Erfahrungen angepasst werden sollten. Dabei sind
- 9 insbesondere die Regelungen zur Information der Mitgliedschaft über die Inhalte
- 10 der zur Abstimmung stehenden Frage unter dem Gesichtspunkt von Transparenz und
- 11 Verfahrensgerechtigkeit zu betrachten.
- 12 • Die Regelungen der §§ 9 (Gleichstellung) und 10 (Geschlechterdemokratie) sollten
- 13 zu einem Frauenstatut fortentwickelt und Regelungen zu Diversität erstmals
- 14 getroffen werden. Hierbei sind die Erfahrungen aus #LinkeMeToo einzubeziehen.
- 15 • Soweit aus den Erfahrungen der Corona-Pandemie und den Digital-Parteitagen
- 16 statuarische Anpassungserfordernisse entstanden sind, die nicht durch Regelungen
- 17 des Parteiengesetzes adäquat geregelt sind, sollten entsprechende Vorschläge
- 18 vorgelegt werden.

## Begründung

Organisationsentwicklung ist ein dauerhafter Lern- und Verbesserungsprozess. Die bestehende Satzungskommission soll deshalb Vorschläge für Änderungen unserer Satzung unterbreiten und so zur innerparteilichen Diskussion stellen, dass darüber auf dem im Jahr 2023 stattfindenden Parteitag abgestimmt werden kann.





